



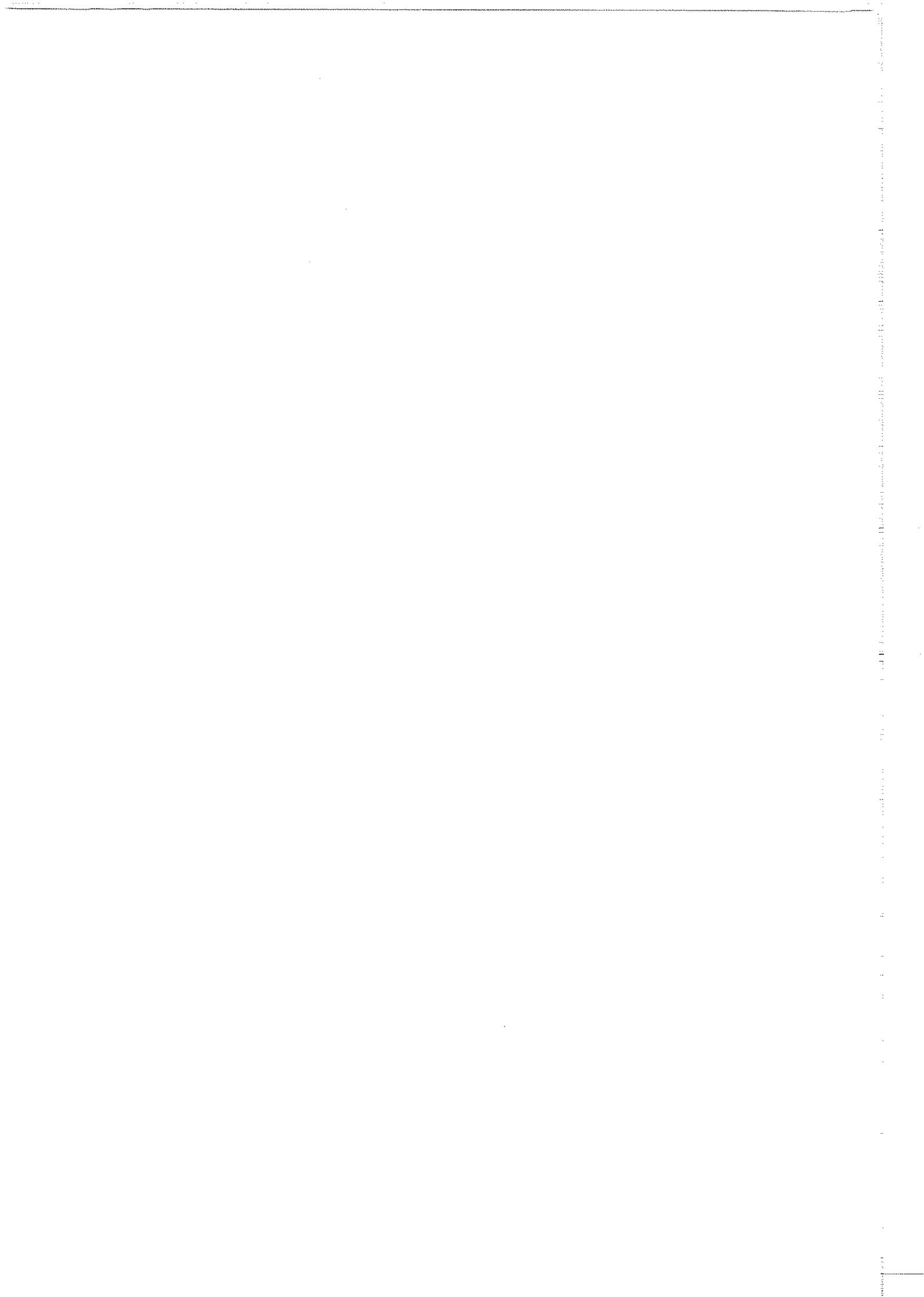
**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari  
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode  
1988 - 1993

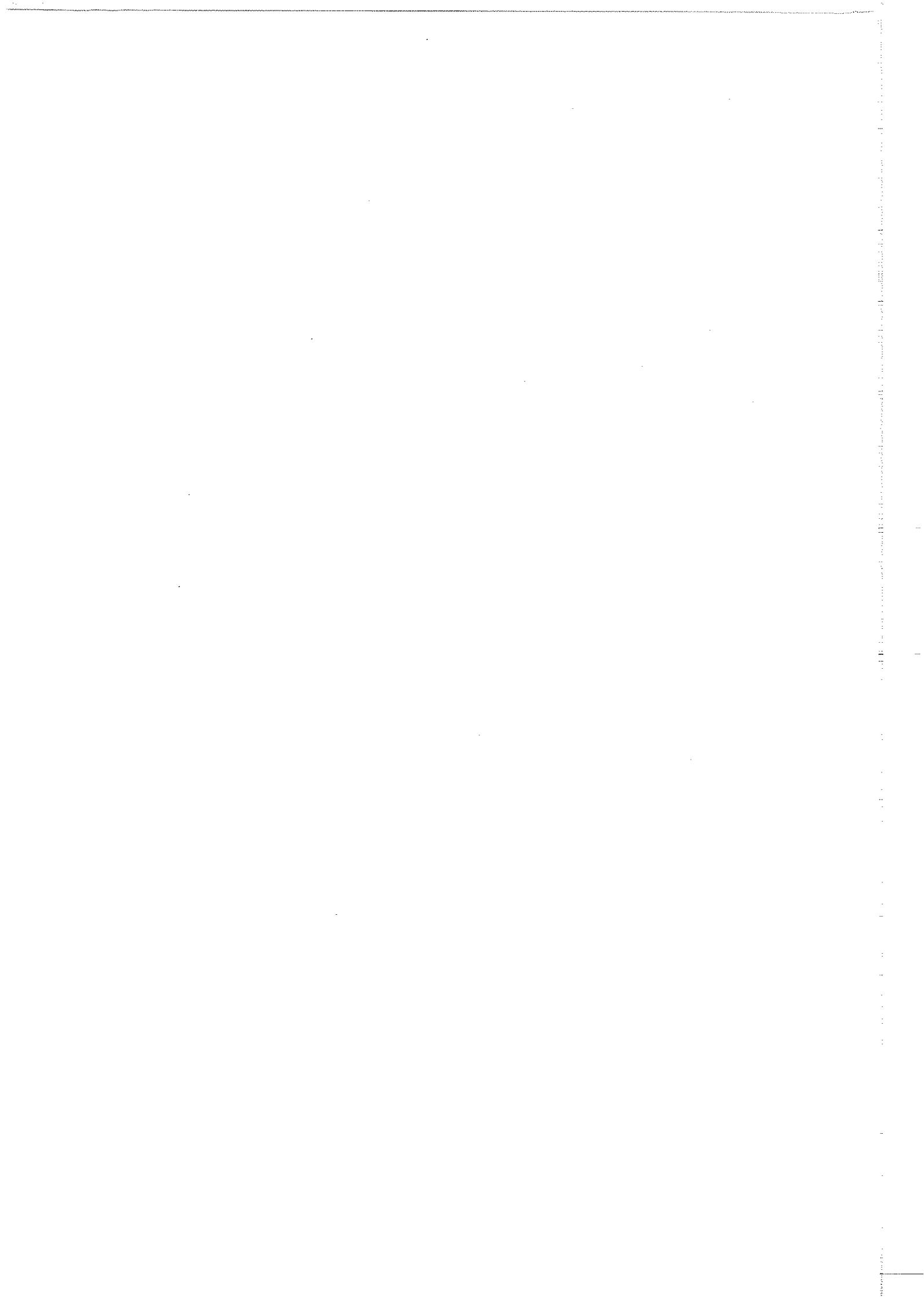
SEDUTA    76    SITZUNG

14.11.1991



**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>PETERLINI Oskar</b> <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	pag. 2
<b>TAVERNA Claudio</b> <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano—Destra Nazionale)</i>	" 21
<b>KASERER Robert</b> <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	" 30
<b>RELLA Alberto</b> <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	" 36
<b>LEVEGHI Mauro</b> <i>(Gruppo Socialdemocratico Italiano)</i>	" 41
<b>BRUGGER Siegfried</b> <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	" 44
<b>TRIBUS Arnold</b> <i>(Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion—Grupa Vèrc)</i>	" 53
<b>BERGER Franca</b> <i>(Gruppo Misto)</i>	" 64
<b>MERANER Gerold</b> <i>(Gemischte Fraktion)</i>	" 69
<b>TONELLI Paolo</b> <i>(Gruppo Misto)</i>	" 73
<b>MARZARI Aldo</b> <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	" 77
<b>MORANDINI Pino</b> <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	" 80



## INDICE

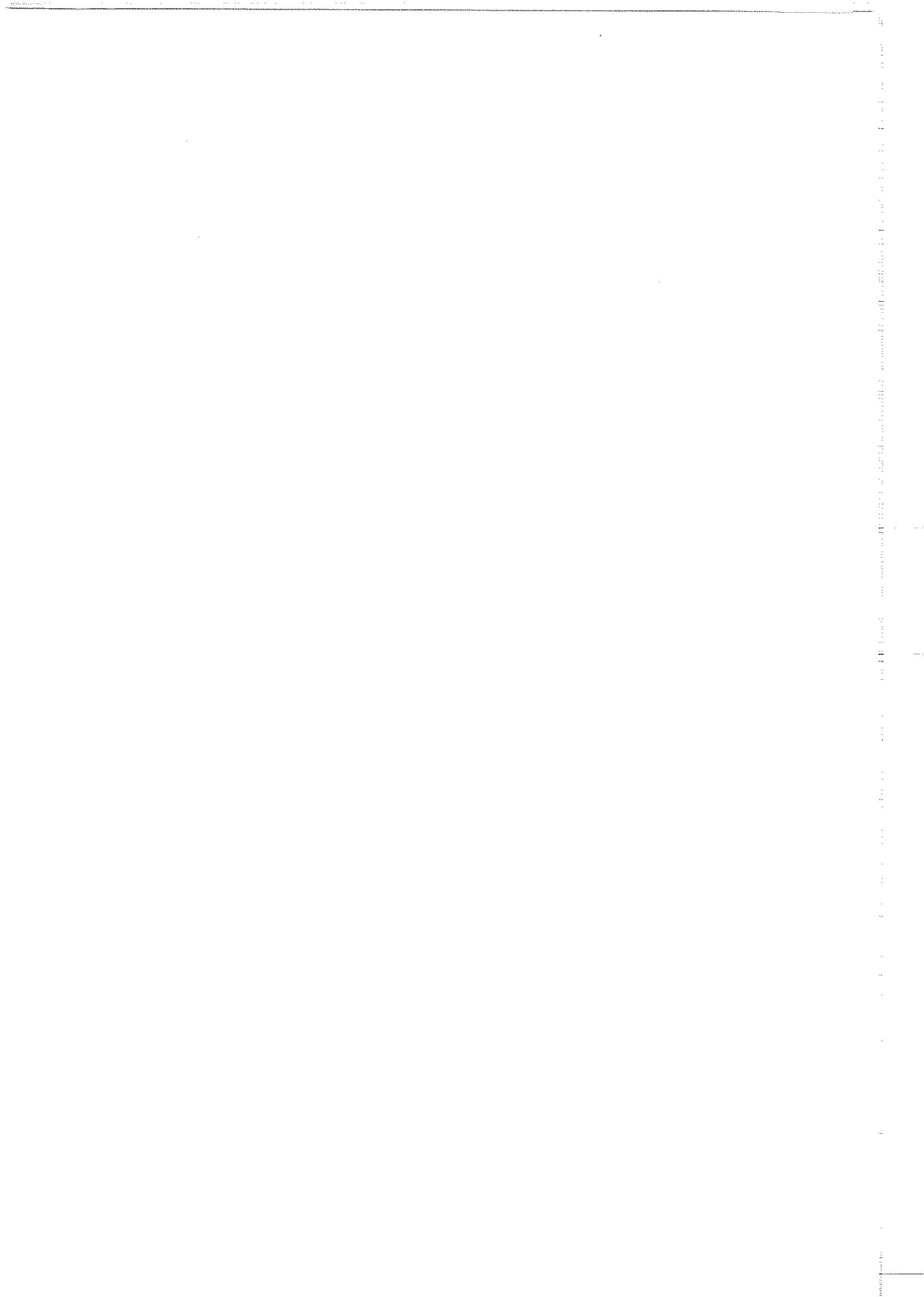
## INHALTSANGABE

**Disegno di legge n. 68:**  
Interventi in materia di previdenza  
integrativa (presentato dalla Giunta  
regionale)

pag. 1

**Gesetzentwurf Nr. 68:**  
Maßnahmen auf dem Sachgebiet der  
Ergänzungsfürsorge (eingebracht vom  
Regionalausschuß)

Seite 1



**Vorsitzender: Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

Ore 10.12

**PRÄSIDENT:** Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten Platz zu nehmen, damit wir beginnen können, es wird heute sowieso ein langer Tag werden.  
Ich bitte um den Namensaufruf.

**PRESIDENTE:** Prego i signori Consiglieri di prendere posto, in modo da poter iniziare i lavori che oggi si protrarranno sicuramente a lungo.  
Prego procedere all'appello nominale.

**LEVEGGHI:** (segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT:** Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

**PRESIDENTE:** Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**LEVEGGHI:** (segretario):(legge il processo verbale)

**PRÄSIDENT:** Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

**PRESIDENTE:** Ci sono obiezioni al processo verbale. Non ne vedo. Quindi il processo verbale risulta approvato.

**PRÄSIDENT:** Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Tonelli, Hosp, Betta, Benedikter, Mayr, Jori, (Boato hat angekündigt, daß er mit Verspätung kommt, aber er ist schon da), Kaserer (ist auch schon hier), Ricci, Micheli, Malossini, (auch der Abg. Tonelli ist schon hier), Benussi (hat sich für den Nachmittag entschuldigt). Es ist immer erfreulich, wenn entgegen der Liste, mehr anwesend sind als erwartet.

**PRESIDENTE:** Per la seduta odierna hanno comunicato la loro assenza i cons. Tonelli, Hosp, Betta, Benedikter, Mayr, Jori, (Boato ha comunicato che arriverà in ritardo, ma è già sopraggiunto), Kaserer (anche egli si trova già in aula), Ricci, Micheli, Malossini, (anche il cons. Tonelli è già arrivato), Benussi (che si è giustificato per il pomeriggio).

**PRÄSIDENT:** Ich möchte folgendes mitteilen: Heute arbeiten wir am Vormittag bis 13.00 Uhr. Für 14.00 Uhr ist die 2. Gesetzgebungskommission unter dem Vorsitz des Abg. Giordani einberufen, um den Haushalt fertig zu prüfen. Wir nehmen die Arbeiten am Nachmittag als Regionalrat um 15.00 Uhr wieder auf, also ausnahmsweise um eine halbe Stunde später, arbeiten dann durch bis 18.00 Uhr und unterbrechen dann und sofern es notwendig ist, sofern die Generaldebatte nicht abgeschlossen ist, beginnen wir mit der Nachtsitzung um 19.30 Uhr.

Jetzt übergebe ich den Vorsitz dem Vizepräsidenten, weil ich selbst als Abgeordneter das Wort ergreifen möchte.

**PRESIDENTE:** Vorrei comunicare quanto segue: questa mattina lavoreremo sino alle ore 13.00.

Alle ore 14.00 è convocata la seconda Commissione legislativa presieduta dal Presidente Giordani, per esaminare il bilancio. I lavori del Consiglio regionale riprenderanno alle ore 15.00, quindi mezz'ora più tardi e continueranno sino alle ore 18.00. Poi sospenderemo, nel caso la discussione generale non sia ancora terminata e riprenderemo poi alle ore 19.30.

Ora lascio la Presidenza al Vicepresidente Tretter, poiché vorrei prendere la parola in qualità di consigliere.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola al Presidente Peterlini.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident des Ausschusses! Sehr verehrter Herr Regionalassessor Morandini und Einbringer dieses Gesetzentwurfes! Ich melde mich zu diesem Gesetzentwurf doch ausnahmsweise zu Wort, weil es um ein wichtiges Projekt für die soziale Sicherheit unserer Bürger, für die Familie, für die Frau und ich möchte hinzufügen für alle Menschen in ihrem Alter geht. Und weil es um ein Projekt geht, an dem ich selbst in der gedanklichen Entwurfsphase wesentlich mitgewirkt habe. Das heißt nicht, daß ich irgendwelche Vaterschaft dafür übernehmen möchte, dafür gibt es – erlauben Sie mir diese positiv ironische Bemerkung – bereits viel zu viele Mutterschaften für das Gesetz, aber ich glaube, daß ich mit einer kleinen Arbeit, die ich vor zwei Jahren vorgelegt habe, einen gedanklichen Anstoß geben durfte. Ich habe im Dezember 1989 diese kleine Studie unter dem Titel "Überlegungen zum Aufbau einer autonomen Sozialversicherung in der Region Trentino-Südtirol" – "Riflessione sulla costituzione di un istituto autonomo per le assicurazioni sociali nella Regione Trentino-Alto Adige" in deutsch und auch in italienisch vorgelegt und auch an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verteilt und darin einige Grundlagen festgehalten, von denen ich glaube, daß sie in der gegenwärtigen Diskussion um diese sogenannte Familienpolitik immer noch eine richtungsweisende Gültigkeit haben werden.

Ich möchte aber meine Ausführungen nicht weiter fortsetzen, ohne um einmal in dieser Runde etwas festzustellen. Es ist ja bis jetzt sehr heftig diskutiert worden, in der Gesetzgebungskommission, in der Öffentlichkeit, in diesem Regionalparlament, vor diesen Toren und bei verschiedenen Versammlungen, es ist auch sehr viel polemisiert worden, aber eines hat man in dieser ganzen Diskussionsphase außer Acht gelassen. Es ist hinter den Kulissen hart und seriös für dieses Gesetz gearbeitet worden und zwar sind die verschiedensten Texte vorbereitet und ausgetauscht worden, bis wir, sei es innerhalb der politischen Parteien als innerhalb der Koalition und im Assessorat Morandini soweit waren, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der spruchreif für eine Prüfung im Regionalrat ist. Natürlich gibt es immer noch zu verbessern, auszuweiten und die Maßnahmen mit mehr Sahne aufzutragen. Natürlich kann man sagen, statt einem Jahr Erziehungsgeld möchten wir drei oder fünf Jahre. Natürlich wäre das eindeutig besser. Und man könnte sagen, die Familienzulagen sollten von 50.000 pro Kind, was auch ein lächerlich niedriger Betrag ist, auf die reale Höhe von 300.000, 400.000 und 500.000 Lire gesetzt werden. Und man könnte auch im Bereich der Haushaltsversicherung und dergleichen mehr wesentlich höhere Beträge vorsehen. Die Frage ist immer die Frage der Glaubwürdigkeit und die Frage der Durchführbarkeit solcher Maßnahmen. Gestatten Sie mir einen Vergleich zu bringen, den ich am Anfang der Diskussion in den politischen Reihen auch gebracht habe, als diese Diskussion angefangen hat. Ich habe damals gesagt, bitte seien wir seriös, arbeiten wir bitte auf einer Grundlage, die nicht nur in drei oder fünf Jahren noch haltet, und nicht nur jetzt, wo die Region zufällig einmal mehr Geld hat, sondern schaffen wir eine

Maßnahme, die auch in 10 und in 20 Jahren noch hält; weil wenn wir heute Versprechungen setzen, die über unsere Verhältnisse hinausgehen, wenn wir heute Maßnahmen setzen, die noch so schön und noch verführerisch sein können und uns alle dabei applaudieren, aber die in 10 oder 15 Jahren nicht mehr durchzuführen sind, dann, meine Damen und Herren, würden uns die Hausfrauen, die heute auf der Tribüne noch immer mit viel Geduld zuhören, in 10 Jahren mit dem Besen nachlaufen und uns den Besen um die Ohren geben. Das wäre nämlich die Folge. Deswegen ist eine der großen Herausforderungen der Politiker, nicht nur Sonntagsreden zu halten und in Sonntagsreden zu verlangen, das und jenes müßte man tun, sondern realistisch abzuwägen, was kann man tun, wofür sind die Geldmittel vorhanden und wie seriös und haltbar ist das Gesamte. Schauen Sie, was der italienische Staat gemacht hat. Es gibt Frühpensionierungen beim italienischen Staat für Frauen, die 15 Jahre Dienstalalter haben, die oft diese Jahre aus verschiedenen Begünstigungen vom Gesetz überhaupt nicht absolviert haben, weil sie andere Gesetzesvorteile ausgenützt haben und mit 30 Jahren in Pension gehen und eine volle Pension beziehen. Und es gibt auf der anderen Seite Industriearbeiter, die in Stahlwerken und in Bergwerken arbeiten müssen, die jetzt laut Vorlage 65 Jahre arbeiten sollen, nur deswegen, weil man bis jetzt, seit 30–40 Jahren eine Mißwirtschaft gemacht hat. Das soll in unserer Region und in unserem Lande nicht passieren. Wir möchten ein Projekt machen, das seriös ist und das haltet und das, wie gesagt, auch noch in 30 oder 40 Jahren noch eine Glaubwürdigkeit bringt. Es ist nämlich leicht, der Versuchung nachzugeben, mehr zu tun und dann die Verantwortung dafür den zukünftigen Generationen abzuschieben, wie es im Osten passiert ist. Im Osten wird jetzt polemisiert – auch von jenen, die an die neue Zukunft in der Freiheit geglaubt haben, in Ungarn, zum Teil auch in der DDR und vor allem in den ärmeren Ländern –: unter dem Kommunismus ist es uns zwar nicht gutgegangen, wir haben keine Freiheiten gehabt, aber zumindestens hatten wir alle einen Arbeitsplatz und wir hatten zu leben, wenn auch wenig zu leben. Die Schuld wir oft einmal für diesen Umbruch jetzt der neuen freiheitlichen Demokratie zugeschoben. Niemand sagt, daß es nicht daran liegt, sondern daß es daran liegt, daß diese Regime, sei es in der DDR als wie in Ungarn, als wie im Ostblock, als wie in Rußland, auf Schulden gearbeitet haben, Schulden, die die jetzige und die zukünftigen Generationen abarbeiten und abrackern müssen. Das ist nicht der Sinn einer Maßnahme, wie sie von einer seriösen Regierung vorgelegt werden kann. Deswegen – und das ist der Grund, warum vielleicht die Erwartungen höher waren und nicht alles erfüllt werden konnte –, aber ich glaube, es ist gut so. Es ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, der gesetzt worden ist und der mit sehr viel Mühe vorbereitet worden ist und der auch unsere Anerkennung verdient. Diese Anerkennung, die ich persönlich dem Herrn Regionalassessor Morandini aussprechen möchte, der wirklich einiges mitgemacht hat in diesem Prozeß. Ich weiß es nicht mehr auswendig, Herr Assessor, aber wieviele Vorlagen waren es bis jetzt, die wir intern in der Gesetzesvorbereitung als Mehrheit bearbeitet haben? Ich glaube, es waren mindestens ein gutes Dutzend von verschiedenen... also 25 Vorlagen, die bearbeitet werden mußten, bis man zu einem einheitlichen Text kam. Und irgendwann einmal – und das sage ich jetzt an unsere Kollegen Abgeordneten gerichtet – muß man auch einen Schlußstrich darunterziehen und sagen: So, das ist es jetzt und das machen wir jetzt. Das gilt es, sei es in Richtung unserer Kollegen als auch in Richtung der Sozialverbände, KVV, Frauenorganisationen, Familienverband, die einen sehr wesentlichen Beitrag zu dieser Maßnahme geliefert haben, der unsere Anerkennung und unseren Dank verdient. Wobei jetzt auch, glaube ich, im Interesse aller gesagt werden muß: Ob es alles ist oder nicht, aber machen wir einmal mindestens etwas, weil sonst machen wir nämlich überhaupt nichts. Das ist das Risiko, daß bei diesen Diskussionen herauskommt, daß man vor lauter verbessern will – und ich möchte das schon allen Minderheiten bestätigen, wenn es um Verbesserungsvorschläge geht, wiewenig ein Teil sicherlich auch auf Taktik zurückführen ist –

aber wenn man vor lauter verbessern nicht zu einem Abschluß kommt, dann haben die Hausfrauen überhaupt nichts davon. Denken wir daran, daß diese Maßnahmen rückwirkend auf den 1. Jänner 1991 datiert ist, d.h. alle Frauen, die in diesem Jahr ein Kind zur Welt gebracht haben und sonst nicht berechtigt gewesen wären und auch die anderen Maßnahmen, die hier vorgesehen sind, sind rückwirkend. Das könnten wir also ausbezahlen, wenn wir das Gesetz über die Bühne bringen. Aber wenn wir das Gesetz nicht in absehbarer Zeit über die Bühne bringen, dann ist es gegenüber dem römischen Gesetzesprüfer schwer begründbar, ein Datum zu setzen, das weit zurückgreift. Ich habe sowieso Sorge, ob uns das in dieser Form einfach so anerkannt wird, wenn man diese Rückwirksamkeit einbaut.

Die Diskussion ist ausgegangen über einen Artikel im Autonomiestatut, der jahrzehntelang toter Buchstabe geblieben ist und zwar der Art. 6 in unserem Autonomiestatut, der eine ergänzende Zuständigkeit der Region im Bereich der Sozialversicherung und der Sozialvorsorge vorsieht und die Möglichkeit vorsieht, eigene autonome Versicherungsinstitute aufzubauen. Man könnte sich fragen, warum hat denn eigentlich früher die Region, obwohl dieser Artikel bereits da war, nichts daraus gemacht. Die Frage ist berechtigt. Sie hat deshalb nichts daraus gemacht, weil erstens einmal der Artikel nie Gegenstand eines Koalitionsabkommens gewesen ist. Zum zweiten die Möglichkeiten in der politischen Diskussion nie ausgeleuchtet wurden und zum dritten – und das sollen wir auch ehrlich sagen – ist ja auch kein Geld gewesen. Die Region hat auch heute noch einen sehr mageren Haushalt, aber durch das neue Finanzabkommen mit dem Staat ist sie in eine bevorzugtere Position gerückt und in dem Moment, indem es plötzlich neues, frisches Geld gab, mußte man sich die politische Frage stellen: Wofür soll dieses Geld verwendet werden? Man hat sich dabei Gedanken gemacht und es sind die verschiedensten Pläne dabei entwickelt worden. Aber es war auch die Versuchung gegeben, daß dieses Geld möglicherweise in irgendwelche Projekte der Repräsentation investiert werden könnte, in irgendwelche Paläste investiert werden könnte oder in Anliegen, die von der Bevölkerung nicht so verspürt werden. Ja, was lag denn dann näher als den politischen Beschluß zu fassen und zu sagen, wenn wir erneute und erhöhte Mittel zur Verfügung haben, dann soll ein guter Teil davon – und das sind 100 Milliarden Lire zwischen diesem und dem zukünftigen Paket, das kommen soll – für den Sozialbereich abgesichert werden. Das ist der zweite Punkt, den ich positiv hervorheben möchte und der vom politischen Willen zeugt, im Sozialbereich aktiv zu werden, daß man den Vorzug einer Maßnahme gegeben hat, die trotz aller Umstrittenheit in ihren Details eine klare Zielsetzung abzeichnet, nämlich den Menschen in ihren sozialen Bedürfnissen zu helfen, dort zu helfen, wo man es am notwenigsten hat, bei der Mutterschaft, beim Kranksein und besonders auch im Alter und wenn ich das unterstreiche, dann deswegen, weil meine Studie dann besonders auf das ausgerichtet war.

Nun ist im Rahmen der Diskussion auch die Kritik vorgebracht worden: Ja, sind das nicht alles kleine Maßnahmen, an die man sich verliert, ein bißchen ein soziales Gießkannenprinzip, das uns dazu verführt, an alle ein kleines Päckchen auszuteilen, mit der Folge, daß niemand etwas davon hat? Diese Kritik ist bildlich von der Kollegin Klotz und auch von anderen in Worte gefaßt worden, die von Zuckerlen geredet haben. Tatsächlich sollten wir uns mit dieser Frage kurz auseinandersetzen, weil ich glaube, so einfach vom Tisch wischen sollte man sie nicht.

Ich sage meinerseits, daß auch ich der Meinung bin, daß der wichtigste und fortschrittlichste Teil dieses gesamten Projektes in der Altersvorsorge liegt. Ich bin der Meinung, daß man den Menschen dann helfen sollte, wenn sie am schwächsten sind, wenn die Gesellschaft nicht mehr auf sie angewiesen ist und somit einfach keine Löhne und Gehälter und sonstige Zuwendungen zu erwarten sind. Das ist in erster Linie das Alter, wo Menschen, die während

ihres Lebens hart gearbeitet haben, oft einmal im Elend enden, obwohl sie sich verdienen würden, ein würdiges Alter zu gestalten, wo Menschen, die während der Zeit der Arbeitskraft noch einigermaßen einen familiengerechten Gehalt beziehen konnten (und ich möchte da jetzt nicht zwischen Frauen und Männer unterscheiden, sondern das gilt für die Familie insgesamt), im Alter für die Pensionen von der Inflationsentwicklung abhängig sind – und je länger man lebt, quasi so miserabler werden die Altersrenten –. Somit finde ich es notwendig und richtig, auch in dieser Diskussion dieses Thema voll in den Vordergrund zu rücken, um bei den vielen, anderen kleineren Maßnahmen, die jetzt kommen, nicht das Wesentliche aus dem Auge zu verlieren.

Aber warum – und das soll einmal beantwortet werden – ist es zu zwei Maßnahmenpaketen gekommen? Das ist ein wesentlicher Punkt, den wir beantworten müssen. Der Ausgangspunkt war folgender, daß man gesagt hat, man sollte zunächst das Projekt und das Gerüst niederlegen und in einem zweiten Teil die inhaltliche Ausgestaltung vornehmen. Was heißt das, Projekt und Gerüst niederlegen? Das heißt, daß man entsprechend dem Art. 6 des Autonomiestatutes zuerst einmal sagt, mit diesem Gesetz sollen im Bereich der Sozialvorsorge – ich unterstreiche Vorsorge, weil die Fürsorge ist Sache des Landes – und der Sozialversicherung die Zuständigkeiten ausgeschöpft werden und entsprechend den Durchführungsbestimmungen, die dazu erlassen sind. Es sollen entsprechend diesen Durchführungsbestimmungen zwei autonome Landesinstitute entstehen, deren Aufbau festgelegt wird. Es sollen die Grundsätze festgelegt werden, wie diese Institute arbeiten sollen, nach welchen Prinzipien die Gelder verteilt werden, welche Kontrollmöglichkeiten vorgesehen sind und als zweites soll dann die inhaltliche Ausgestaltung erfolgen. Das war zu Beginn der Diskussion. Dann hat man politisch gesagt: Ja, aber das, was noch möglich ist hineinzupacken, geben wir noch ins erste Paket hinein, damit die Bürger, die Menschen, die Familien, die Frauen, die darauf warten, zumindestens das haben können, was einmal schnell verfügbar ist und wofür auch das Geld vorhanden ist. Ansonsten wäre es rein von der organischen Vorlage her gesehen besser gewesen, diese Zweiteilung aufrecht zu erhalten und im zweiten Teil die inhaltliche Ausgestaltung vorzunehmen. Und was jetzt vorliegt, sind keine Zuckerlen oder sonstige Süßigkeiten, sondern sind wesentliche Maßnahmen, die einfach ohne lange Prozeduren ausbezahlt werden können. Das ist der Grund, warum sie jetzt in diesem Paket drinnen sind. Auch wenn niemand die Frage stellen möchte, warum diese zweite Maßnahme, die eigentlich die wesentliche Maßnahme ist, die die Familie, die Frauen und die Bürger in ihrem Alter schützen soll, erst später kommen soll. Man hätte auch den anderen Weg gehen können: Nur das Rahmengesetz verabschieden und dann das zweite. Nur wäre es für die gesamte öffentliche Diskussion ein bißchen enttäuschend gewesen, die endlich auch auf konkrete Maßnahmen gewartet hat. Man hätte auch vielleicht das zweite gleich hineinpacken können. Das könnte man auch sagen. Ja, bitte, das zweite ist eine enorm wichtige Maßnahme, die wirklich durchdacht werden muß, die, wenn es um Pensionen geht, in 30–40 Jahren ihre Früchte tragen wird und von den Übergangsbestimmungen abgesehen, die wir zugunsten der Frauen machen, die jetzt bereits in fortgeschrittenem Alter sind. Aber das muß ja halten. Ich kann nicht einfach so sagen: wir geben jedem ein Stückchen Beitrag. Das ist ja nicht das System, sondern das System muß durchdacht werden, damit es einigermaßen auch in der Zukunft haltbar ist. Die Maßnahmen, die gesetzt werden, sind aber auch deswegen keine Zuckerlen, weil sie inhaltlich wichtige sozialpolitische Maßnahmen darstellen. Fangen wir beim Geburtengeld an. Es ist auch darüber schon geredet worden. Sie wissen alle, daß die Frauen, die einer geregelten abhängigen Arbeit nachgehen, für fünf Monate freigestellt werden, wenn sie ein Kind bekommen. Jetzt ist diese Maßnahme, nachdem sie nur für die Arbeitnehmer gegolten hat, durch Staatsgesetz dann auf jene Frauen ausgeweitet worden, die einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, weil man gesagt

hat, die können ja auch nicht in ihr Geschäft oder auf dem Bauernhof das Heu einführen, wenn sie schwanger sind oder ein Kleinkind zu pflegen haben, somit hat man einen gleichen Betrag festgelegt, also 3,8 Millionen Lire für die selbständigen Frauen. Die Region hatte früher eine kleine Maßnahme für die Bäuerinnen vorgesehen, die ist dann ausgeweitet worden. Dann ist folgendes passiert: Im Krankenhaus liegen drei Frauen im gleichen Zimmer, die eine, eine Arbeitnehmerfrau bekommt 5 Monate freigestellt, die andere Frau ist selbständig und bekommt 3,8 Millionen und die dritte Frau mit fünf Kindern zuhause und einem schwere Haushalt zu führen, aber keiner Arbeit außerhalb des Haushaltes, bekommt nichts. Das war eine offensichtliche Ungerechtigkeit. Diese offensichtliche Ungerechtigkeit ist bereits in der vergangenen Legislaturperiode – die Kollegin Franzelin hat darauf hingewiesen – hier in diesem Regionalrat ausgesprochen worden und ist damals bereits eine politische Verpflichtung unterzeichnet worden, vom Regionalrat beschlossen worden, die besagt: Sobald der Haushalt die Geldmittel ermöglicht, soll prioritär dieses Geburtengeld auf alle Hausfrauen ausgeweitet werden. Das ist kein Zuckerle. Das ist eine reale Maßnahme, die Gerechtigkeit schafft, in einem Bereich, wo es bisher nicht gerecht zugegangen ist.

Zweiter Punkt: Die Familienzulagen. Die heutigen Familienzulagen, die der Staat ausbezahlt – übrigens sind nur mehr ganz wenige Kategorien davon betroffen, weil kaum daß man ein höheres Einkommen erzielt, das man ja braucht, um eine kinderreiche Familie zu ernähren, sind sie schon wieder weg – aber sie sind trotzdem so lächerlich niedrig, daß sie kaum wirken. Auch diese Maßnahme hier, die vorsieht, ab dem dritten Kind 50.000 Lire zu geben, ist von keiner großen finanziellen Relevanz. Aber es kommt darin etwas zum Ausdruck, was politisch sehr wichtig ist. Wir wollen im Rahmen der finanziellen Möglichkeit unterstreichen, daß die Kinder und die Familie eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen und nicht eine Belastung und daß – wenn auch mit bescheidenen Mitteln – die Familie damit unterstützt werden soll. Es ist ein symbolischer Betrag, mehr als eine praktische Hilfe, aber vielleicht schauen auch ein paar Schuhe heraus.

Das Erziehungsgeld, dritte Maßnahme: Hier ist für die Erziehung der Kinder vom vierten bis zum zwölften Monat – und zwar deswegen, weil ja die ersten drei Monate durch das Geburtengeld abgedeckt sind bzw. bei den Arbeitnehmerfrauen durch die Freistellung – ein Monatsbetrag von 300.000 Lire vorgesehen, um den Frauen das Daheimbleiben leichter zu gestalten. Auch das ist eindeutig zu wenig und ist nicht ausreichend im Verhältnis zu einem Gehalt, das man in dieser Zeit beziehen könnte. Aber es erleichtert. Und es ist auch Aufgabe des Gesetzgebers, anzuregen, Anreize zu bieten und nicht immer das Ganze zu übernehmen. Wir müssen auch von dieser Vorstellung ein bißchen Abschied nehmen, daß alles das Land, der Staat und die öffentliche Gemeinschaft zahlen soll, weil diese Mentalität hat zu dem geführt, was wir heute beklagen, nämlich ein riesiges Staatsdefizit, von dem weder ich noch der Ministerpräsident, um es kurz auszudrücken, also weder der einfachste Bürger noch der Höchste im Staate weiß, wie man da überhaupt herauskommen soll. Das hat uns diese Mentalität, es soll alles die öffentliche Hand machen, dazu geführt, daß wir in einem Staat leben, der riskiert, den Zug nach Europa zu verpassen, weil die Verschuldung des italienischen Staates gleich groß ist, diese Summe bereits überschritten hat, als wie die gesamte Summe der Güter und Dienstleistungen, die in ganz Italien von allen Bürgern und Bürgerinnen im Laufe eines Jahres erwirtschaftet werden. So groß ist der Schuldenberg, der längst die Grenze von einer Million Milliarden Lire bereits vor einem Jahr überschritten hat, mit einer Zinslast, die der Staat jährlich von 110 Tausend Milliarden im Jahr zahlen muß. Das ist auch die Mentalität, die auch in der Wirtschaft bekämpft werden muß. Ich sage das jetzt nicht nur bei diesem Sozialgesetz. Wer mich kennt, der weiß, daß ich bei Wirtschaftsgesetzen jahrzehntelang mit der gleichen Hartnäckigkeit gesagt habe. Wo ich immer wieder behauptet habe, daß es für die Wirtschaft

ungesund ist und die Wirtschaft in eine totale Abhängigkeit des Staates und des Landes führt, wenn man alles nur mit Beiträgen aufpöppelt. Wenn die Unternehmer nicht mehr überlegen, wo könnte man besser investieren, wo könnte man bessere Rendite erwirtschaften, um damit dem Betrieb und auch dem Land Reichtum zu erwirtschaften, wenn sie sich danach orientieren: wo sind denn Beiträge zu erhalten, dann ist es eine Mentalität, die bereits in der Wirtschaft eingerissen hat, wo wir daran arbeiten müssen, um sie zu ändern. Die Landesregierung hat sich diese Kritik auch ein bißchen zu Herzen genommen, endlich von diesem Subventionsprinzip, diesem Gießkannenprinzip, wegzukommen, um wenn schon Anreize zu schaffen. Und da bin ich bei einem Stichwort, das ich für diesen Bereich setzen wollte. Es kann im Sozialbereich auch nicht immer alles übernommen werden, wohl aber sollen zumindestens Anreize geschaffen werden, um die Menschen in die richtige Richtung zu bringen und ihnen auch die Entscheidung zu erleichtern.

Dann sind noch zwei kleine Maßnahmen vorgesehen, die Entschädigung für Krankenhausaufenthalt und die Entschädigung für Haushaltsunfälle. Zum Krankenhausheld ist folgendes zu sagen: Bei diesem ganzen Paket ist überall eine Eigenleistung gefordert und wenn die Rechnungen des Assessorates stimmen, dann dürften die Kosten dieser Versicherung für Krankenhausaufenthalt von Selbständigen und Hausfrauen eigentlich sich selbst decken, so daß hier also keine großen Ausgaben zu erwarten sind.

Aber nochmals zurück zu den Zuckerlen. Es sind keine Zuckerlen, wenn für das Geburtsgeld 15,5 Milliarden Lire zur Verfügung gestellt werden, wenn für die Erziehungszulage, auch wenn sie nur ein Jahr dauert und es viel gerechter und besser wäre, sie auf drei Jahre auszudehnen, aber momentan ist das nicht drinnen gewesen, 13,5 Milliarden Lire ausgegeben werden, wenn für die Familienzulage 19 Milliarden ausgegeben werden und für die Haushaltsunfälle der Hausfrau oder des Hausmannes, das haben wir im fortschrittlichen Sinne offengelassen, 2 Milliarden Lire zur Verfügung gestellt werden. Dann sind diese erhebliche Beträge, die man nicht einfach so als Zuckerlen vom Tisch wischen sollte.

Aber was ich wesentlich bedeutsamer finde in diesem Zusammenhang, als eigentlich die finanziellen Aufwendungen alleine, ist, daß erstmals – und da sind wir wieder fortschrittlich in unserem italienischen Staat – ein Gesetz geschaffen wird, das über die Verfassungsgrundsätze hinausgeht und tatsächlich Maßnahmen zugunsten der Familie, der Hausfrau und der Erziehung schafft. Wir haben bis jetzt ein Verfassungsprinzip gehabt, das wie ein leerer, toter Buchstabe in der italienischen Verfassung gestanden ist. Und es gibt keine greifbare Gesetze in Italien, die in diesem Bereich nach diesem Verfassungsgrundsatz handeln. Das ist so ähnlich wie mit dem Recht auf Arbeit. In der italienischen Verfassung steht, jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit und in der Realität aber – wir haben das Glück, davon nicht so betroffen zu sein, weil wir eine niedrige Arbeitslosenquote haben – ist es nicht so. Wenn man in Süditalien wohnt dann ist das Recht auf Arbeit natürlicherweise ein toter Buchstabe und genauso ist es mit der Familie gewesen und ist immer noch. Deswegen ist die Bedeutung dieses Maßnahmenpaketes weit über die 3,8 Millionen, 300.000 Lire, 37.000 Lire am Tag usw. hinausreichend. Die Bedeutung dieses Gesetzes – die Ziffern können sich morgen ändern, verbessern, wenn Geldmittel dafür zur Verfügung gestellt werden können – liegt eigentlich darin, daß er erstmals den Erziehungswert der Familie voll herausgestellt hat, daß man erstmals gesagt hat, es ist uns etwas wert, wenn die Kinder in der Familie erzogen werden, so wie es uns wert ist, wenn wir für die Schule und für den Kindergarten Geld ausgeben. Ich glaube, der Vergleich stammt vom Abg. Kußtatscher, der es mit dem Motto sehr bildlich ausgedrückt hat: natürlich, wir zahlen ja auch für die Lehrerinnen, für die Kindergärtnerinnen, für die Krippen, für die Erziehungspersonen, warum sollen wir dann nicht auch der Hausfrau, die doch in idealster Form die Erziehung vornimmt, eine Anerkennung zukommen lassen. Somit liegt der

Wert – über die Buchstaben hinaus – eigentlich in dieser Anerkennung und in dieser Aufwertung von Familie und Erziehungsarbeit in der Familie. Dabei ist natürlich die Hausfrau betroffen, aber erlauben Sie mir, daß ich auch dazufüge, daß auch die Erziehungsarbeit des Mannes stärker gefordert ist. Gerade in Österreich wurde in diesen Tagen eine Untersuchung abgeschlossen, in der festgestellt wurde, daß in den vergangenen 10 Jahren die Zeit, die ein Vater seinem Kind widmet, von ca. 2 Stunden am Tag auf eine halbe Stunde täglich reduziert worden ist. Auch der Mann ist stärker gefordert im Beruf, in der Arbeit, in Verpflichtungen auswärts, im öffentlichen Leben. Und das hat nachweislich auch wiederum Folgen, vor allem – so hat diese Untersuchung ergeben – wenig für die Buben, denen das Vorbild Vater in der Erziehungsrolle immer mehr fehlt. Also auch das soll ausgesprochen werden, wenn wir in diesem Bereich über Familien und Erziehung reden. Mutter und Vater gehören dazu und sind die natürlichsten Erziehungsstätten, die sich eine Gesellschaft wünschen kann. Das sage ich deshalb, weil manche, vor allem von den Linksparteien gesagt haben, ja, das ist eigentlich jetzt ein überholtes Gesetz, das richtet sich an die Vergangenheit, wir müssen doch die neue gesellschaftliche Form zur Kenntnis nehmen. Ich bin auch der Meinung, daß es notwendig ist, die neuen gesellschaftlichen Formen zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn man sie nicht wünscht. Wenn man sagt: Wenn die Menschen heute nicht mehr heiraten, dann kann der Gesetzgeber nicht sagen, ihr seid jetzt alle gleich, oder wenn eine ledige Frau ein Kind hat, dann kann man nicht darauf pfeifen, sondern man muß volle Solidarität, in diesen Fällen vielleicht mehr als wie von der Familie selbst, ausloten. Aber der Gesetzgeber kann immer noch heute sagen, die Familie ist und bleibt die ideale Erziehungsstätte. Mir fällt bei bestem Willen und bei bester Forschung aller Experimente, die vor allem in den 60er Jahren mit Kommunen usw. gegeben war, keine bessere und wirksamere Möglichkeit ein, Kinder aufzuziehen als sie mütterlich, väterlich und heimisch zu erziehen.

Ich habe Ihnen gesagt – und damit möchte ich mit dem zweiten Teil auch zum Abschluß meiner Überlegungen kommen –, daß bei aller Beachtung dieser Maßnahmen, die wir jetzt mit diesem Gesetz schaffen, meines Erachtens der Schwerpunkt darauf gesetzt werden sollte, den Menschen in ihrem Alter Sicherheit und Würde zu ermöglichen. Ich sage Würde, weil wir einige Maßnahmen haben, die finanziell ein bißchen helfen. Ich denke z.B. an die Grundfürsorge. Ich bin ich ganz genau informiert, wie gut die Provinz Trient diesbezüglich organisiert ist, aber ich glaube, es gibt ein ähnliches Maßnahmenpaket auch in der Provinz Trient. In Südtirol haben wir ein sogenanntes Grundfürsorgesystem, das jedem Bürger, jedem Menschen im Lande das Lebensminimum garantiert. Es ist nicht sehr hoch, aber es ist so viel, daß man nicht verhungert und nicht am Hungertuche nagen muß. Es hängt davon ab, wie groß die Familie ist und wieviel Personen im Haushalt sind. Bei einem Haushalt von 4 Personen, also Vater, Mutter und zwei Kindern, ist das knapp über 1 Million Lire. Ich würde sagen, es ist wenig, aber es ist immerhin etwas, wo man nicht die Fingernägel abbeißen muß. Das hätten wir schon und somit fragt man sich, was wollen wir mehr. Wir wollen – und das ist aus meine Sicht das Entscheidende – den Bürger von der unmündigen Rolle des Bettlers im Sozialfürsorgesystem – mir geht es schlecht, ich habe kein Einkommen, ich weiß mir nicht zu helfen, ich muß zur Sozialfürsorgestelle hingehen und die Hand aufhalten, bitte helft mir – also von dieser unwürdigen Rolle des Bettlers zu einer Rechtssicherheit bringen, wo er als Bürger einen Anspruch auf ein lebenswürdiges Alter hat. Und wenn ich diese Betonung immer wieder auf das Alter setze, dann deswegen, weil das Pensionssystem, in dem wir heute leben oder hausen, bei Gott nicht so abgesichert ist, wie es uns vorgemacht wird. Natürlich diskutiert man dann wieder eine Zeit lang und vergißt es dann wieder. Wir erinnern uns an die Diskussion um das Gesetzespaket des Arbeitsministers Marini, das jetzt im Trubel des bevorstehenden Parlamentswahlkampfes eh schon wieder unterzugehen droht. Wo man vorher Jahrzehntlang in

Saus und Braus dahingelegt hat, Privilegien für alle möglichen Schichten geschaffen hat, wie gesagt – ich gönne es ja jedem, aber nur, wenn es für alle gleich ist – Leute in Pension gehen hat lassen, die voller Arbeitskraft stehen und auf der anderen Seite sehr ungerecht gegenüber anderen Kategorien waren und vor dem wir also vor einem totalen Bankrott stehen. Wir wissen alle, wie das Rentensystem in der Vergangenheit funktioniert hat. Viele junge Leute haben, ähnlich einer Pyramide, unten viele junge Leute, die nachwachsen, haben die wenigen alten Menschen, die es über 60 Jahren gegeben hat und die Privilegierten nehmen wir auch noch mit, erhalten müssen. Somit war eine breite arbeitende Schicht vorhanden, die eben weniger ältere Menschen erhalten hat müssen. Das ist sozusagen das Pensionssystem. Was passiert jetzt? Glücklicherweise werden die Menschen immer älter und wir wünschen uns auch, daß auch unsere Menschen immer älter werden und daß auch wir ein schönes Alter erleben können. Die Zahl der alten Menschen nimmt immer mehr zu, während die Zahl der jungen Menschen aufgrund von Geburtenkontrolle, Lebensstandard, Verstädterung und dergleichen mehr, auch in Südtirol, meine Herrschaften, immer mehr abnimmt und von einer Pyramide, wo viele junge Menschen Arbeitskräfte wenige Alte erhalten haben, haben wir jetzt eine Pyramide, die auf dem Kopf steht, in der immer weniger arbeitende Kräfte eine immer größerere Schicht an alten Menschen zu erhalten haben. Wenn man sich da nicht Neuerungen überlegt, dann fällt das System und fällt uns selbst auf den Kopf und zwar auf denjenigen Kopf, derjeniger, die heute noch arbeitskräftig sind und die heute noch mehr Wert schaffen können. Deswegen ist die Neuorientierung im Sozialversicherungswesen nicht mehr diejenige, daß man sagt, wenige Junge sollen viele Alte erhalten und können sie auch nicht erhalten, dann müßten sie mindestens zwei Drittel vom Gehalt für die Rente der anderen abgeben, sondern daß jene, die uns die glückliche Tierwelt vorlebt, erlauben Sie mir diesen Vergleich, aus einem von mir sehr geliebten Bereich, daß man nämlich in der Zeit, in der es einem gut geht, Vorsorge leisten muß für später, in der nach einem Kapitalisierungssystem die Menschen für morgen einzahlen sollen, wenn sie daraus die Früchte haben und genießen wollen. Ich habe mir also die Mühe gemacht, einige Zahlen aus unserer Provinz zusammenzustellen. Wir haben leider als Abgeordnete immer die Statistikangaben jeweils nur aus dem eigenen Land, aber es dürfte im Trentino nicht viel anders liegen, weil die Bevölkerungsentwicklung fast parallel gelaufen ist, abgesehen davon, daß vielleicht das Trentino eine geringere Geburtenrate hat. Da haben wir ausgerechnet, wieviel alte Menschen es gibt. Zwar hatten wir im Jahr 1981 – und ich vergleiche dazu das jüngste Datum, also 31. Dezember 1990 – 56.700 Menschen über 60 Jahre in Südtirol. Heute leben glücklicherweise innerhalb von 9 Jahren fast 80.000 Menschen, die über 60 Jahre alt sind in Südtirol, früher waren es 13% der Bevölkerung, jetzt sind es 18% der Bevölkerung, mit einer Zunahme von mehr als 23.000 Menschen über 60 Jahren, davon ist übrigens – das sei den aufmerksamen Frauen auf der Tribüne gesagt – der größte Teil mit Frauen bestückt, also es sind fast 60% Frauen und rund 40% Männer im Alter. Das sei also den Frauen auch bei den großen Mühen, die sie für die Familie auf sich nehmen, ohne weiteres auch vergönnt. Aber was zeigt diese Tabelle? Wie eine zunehmende – durch die Gesundheitsfürsorge, durch eine gute Ernährung, durch Vitamine usw. – Veralterung der Bevölkerung stattfindet, die uns als Politiker herausfordern muß und zwar jetzt, nicht wenn es zu spät ist und wenn das ganze System zusammengekracht ist und kein Mensch mehr weiß, wie man das überhaupt bezahlen soll und wenn man dann menschliches Elend im eigenen Lande schafft, wo wir uns immer gerühmt haben, so fortschrittlich und so gut zu sein. Wir sind fortschrittlich und wir sind auch wirtschaftlich gut, aber gerade deswegen sind wir heute gefordert, in den Zeiten, wo es wirtschaftlich besser steht, Vorsorge zu leisten für die Zeiten, in denen man als alter Mensch nicht mehr soviel leisten kann oder in denen uns vielleicht auch weniger gutgeht.

Deswegen – und erlauben Sie mir, daß ich einige Gedanken dazu ausspreche –

habe ich mir vorgestellt, daß die Sozialversicherung, die die Region aufbauen soll, nicht eine zweite INPS mit einem zweiten Riesenloch werden soll, das dann niemand bezahlen kann, weil da hat man auch etwas gemacht: ein riesen Institut und dann die Berechtigung der Rente eingeführt und das Loch wird immer größer und gezahlt wird es... Ja, wer zahlt es eigentlich? Da sollten wir uns auch einmal ehrlich in die Augen schauen. Gezahlt wird es natürlicherweise von den Menschen mit ihren Steuern, die immer wieder spüren, wie der Staat in unverschämter Weise in ihre Tasche hineingreift und ihnen bis zum letzten Pfennig alles herauszieht. Das neue Steuerpaket ist ja wieder ein wunderbares Zeichen dafür, wie man statt Planung und langfristiger Konzepte einfach immer wieder hergeht und den Leuten in die Tasche fährt. Das soll nicht gemacht werden.

Ich hätte mir vorgestellt – und Assessor Morandini, ich habe Ihnen schon mehrmals auch mein Konzept vorgelegt, aber ich wiederhole es immer wieder auch für Sie und für die Funktionäre, die mitwirken und auch für unsere Mitglieder, die an dem Konzept Nr. 2 auch ihre Gedanken eingebracht haben, für die Abgeordneten hier im Regionalrat, es soll also keine zweite INPS werden, sondern eine Versicherung mit öffentlich-rechtlicher Sicherheit, die betriebswirtschaftlich durchorganisiert ist und gleich viel Einnahmen wie Ausgaben hat. Sie werden mir sagen, wenn wir nur eine Versicherung mehr schaffen, dann warum denn eine öffentlich-rechtliche und nicht schon eine Privatversicherung? Es gibt ja schon Privatversicherungen, wo man sich gegen Jahres- oder Monatsquoten eintragen lassen kann und sich eine Zusatzrente oder eine Rente fürs Alter erwirtschaften kann. Ich sage deswegen eine Versicherung, die mit dem öffentlichen Beitrag ausgestattet wird, weil es hier um einen sehr wichtigen Bereich geht, der Sicherheit vermitteln muß und auch die beste Privatversicherung, ob sie so oder anders heißt, X oder Y heißt, diese Garantie, auch in 30, 40 oder 50 Jahre die Beträge, die man eingezahlt hat, wiederum zurückzuzahlen, nicht unbedingt bieten kann, während man sich das von der öffentlichen Hand schon erwartet. Aber es soll ein Versicherungspool werden, in dem meines Erachtens auch Privatversicherungen, auch Banken und andere Finanzierungsgesellschaften beteiligt werden, um in betriebswirtschaftlicher Form einen autonomen Rentenfonds aufzubauen, an dem sich die Bürger mit ihren Quoten beteiligen können und aus dem dann auch zurückgezahlt wird.

Es gibt aber einen zweiten Grund, warum ich über die öffentliche Beteiligung und das Regionalgesetz spreche, weil nicht jeder auch in der Arbeitszeit die Möglichkeit hat, diese Quoten, die dann doch beträchtlich sind, einzuzahlen oder in der vollen Höhe einzuzahlen. Da kann die öffentliche Hand eingreifen und den Hausfrauen, die sich das nicht vermögen, die sozial Schwächeren, die sich das nicht vermögen, ihre Quote reduzieren bzw. für denen die Quote übernehmen.

Dies weiteren gibt es auch die Möglichkeit, wenn man einen solchen Pool öffentlich-rechtlich organisiert, Gesetze auszuschöpfen, die Absetzungsmöglichkeiten bieten und vor allem im Arbeitsrecht Vorteile einräumen. Beispielsweise ist von den Gewerkschaften angeregt worden – und ich finde das eine sehr gute Idee –, daß bei Betriebsverhandlungen für die Arbeitnehmer die Forderungen nicht immer nur allein auf mehr Geld usw. ausgerichtet sein sollen, sondern daß man beispielsweise bei Betriebsverhandlungen, bei Tarifabkommen für ganze Kategorien, bei Arbeitsverhandlungen insgesamt, fordern kann: wir verlangen, daß unsere Kategorie, unsere Arbeiterschaft oder unsere Arbeitnehmerschaft in diesen Fonds eingetragen wird und daß die Unternehmen eben dafür auch die Quoten übernehmen sollen. Wissen Sie, warum ich das sage? Weil wir auch vermeiden sollten, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Wir wissen alle, daß wenn wir 50 Milliarden Lire hernehmen und sie auf die in der Region lebenden Hausfrauen verteilen würden, nicht einmal ein Pappenstiel herauskommen würde. Dann würden aber auch nicht 100 oder 200 Milliarden reichen. Es würden lächerliche

Beträge herauskommen, die nicht halten und die uns wirklich selbst auf den Kopf fallen würden, weil man nicht politische Forderungen stellen kann und große Ankündigungen schaffen kann, ohne nachher auch die Versprechungen einzuhalten. Ich sage das deswegen, weil ein Rentensystem nur hält, wenn man auch die Beteiligung, je nach sozialer Möglichkeit, der Interessierten herausfordert. Wenn also jemand zu einer Zusatzrente kommen will, aber er ist Freiberufler oder sonst Unternehmer oder auch gutverdienender Arbeitnehmer und er kann sich das leisten, die Zusatzrente und der Fonds soll ihm offenstehen für seinen Beitrag zu einer vollen Quote. Er zahlt die volle Quote ein und wenn er alt ist, dann soll er auch entsprechend seiner Einzahlung davon eine Zusatzrente bekommen. Aber wenn er sozial bedürftig ist oder wenn es eine Hausfrau geht, die das ja nicht aufbringen kann, dann soll die öffentliche Hand eingreifen und je nach Bedürftigkeit einen kleinen oder einen größeren Teil beisteuern. Alles andere, meine Damen und Herren, ist Sand in die Augen streuen und ist nichts anderes als Verführung in der Politik, weil aus einem Topf nur soviel herausgeschöpft werden kann, wie hineingegeben wird.

Damit bin ich bei einer Frage angelangt, die darüberhinaus auch eine autonomierechtliche Frage ist und eine Frage ist, die uns alle gemeinsam berührt, nämlich folgende: Wir schaffen mit diesem Paket Maßnahmen fortschrittlichster Art, die es im gesamten Staatsgebiet nicht gibt. Wir haben im Bereich der Autonomie eine Zuständigkeit im Art. 6 – ich habe darauf hingewiesen und auch auf diese Studie, die ich dazu gemacht habe –, die uns eine ergänzende Zuständigkeit einräumt. Das ist aber keine primäre Zuständigkeit, keine sekundäre, sondern eine tertiäre Zuständigkeit, um einen gängigen Terminus zu verwenden. Eine tertiäre Zuständigkeit, die natürlich sehr schwach ist. Die primäre ist die stärkste, da sind wir ausschließlich zuständig und die Rückverweisungen halten sich in Grenzen, bei der sekundären sind wir konkurrierend mit der Gesetzgebung des Staates und bei dieser ergänzenden Zuständigkeit können wir nur zusätzlich in Ergänzung bestehender Grundsätze und Regelungen des Staates etwas dazugeben und die Rückverweisung ist sehr groß. Wenn Sie, sehr verehrte Damen und Herren – und vor allem die Abgeordneten aus Südtirol haben das sehr wohl getan – die Diskussion um die sogenannte AKB, die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis des Staates, verfolgt haben und die vorgeschlagenen Maßnahmen ein bißchen überprüfen konnten, dann werden Sie feststellen, daß gerade Bereich des Art. 6 des Autonomiestatutes voll und ganz unter die Koordinierungsbefugnis des Staates hineinfällt und ausdrücklich als solches erwähnt wird. Es heißt, der Raum, der dort zur Verfügung steht, ist nicht sehr groß sondern eher schmal. Und so fortschrittlich wir gegenüber Italien sind, so groß ist das Risiko, daß wir dieses und das nächste Paket auf römischer Ebene überhaupt nicht durchbekommen. Und um es durchzubekommen, müßte man etwas tun, was vielleicht aus der Sicht der Bevölkerung und der Frauen nicht so sehr geliebt wird, nämlich sich voll und ganz auf der Zuständigkeit berufen, die man hat, nämlich im Bereich der Sozialversicherung und nicht auf jene Ebene gehen, die sehr rutschiger Boden gewesen wäre, der Sozialfürsorge. Sozialfürsorge heißt, ich schenke euch das Geld, d.h. das kann das Land machen mit eigenen Maßnahmen, Hilfsmaßnahmen, Bedürftigkeitsfälle und dergleichen mehr. Sozialversicherung und Vorsorge heißt, du zahlst ein und bekommst es dann wieder zurück. Und nur diese Zuständigkeit ist gegeben. Somit hat das gesamte Gesetzeswerk auch an dieser Zuständigkeit aufgehängt werden müssen und verlangt somit auch – nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Gründen, die ich vorhin ausgeleuchtet haben unter dem Motto, wo nichts hineingeht, kann man auch nichts ausschöpfen –, sondern auch aus rechtlichen Gründen die Beteiligung der Bürger, der Frauen, die von diesem und vom nächsten Gesetzespaket profitieren müssen. Ich hoffe, daß es mit diesen juristischen Aufhängern hält. Assessor Morandini hat ja bereits vorgefühlt und sich die Mühe gemacht, die Texte x-mal in Rom abzuklären, damit keine Überraschungen bevorstehen, aber damit habe ich auch

gleichzeitig dem Kollegen Benedikter geantwortet, der gemeint hat, das sei alles Fürsorge und somit nicht Zuständigkeit der Region. Nein, das Paket ist als Sozialversicherungsmaßnahme aufgebaut worden und dürfte als solches schon halten. Natürlich ist man gegen den römischen Gesetzesprüfer nie gefeit und weiß nie, was schließlich und endlich dabei herauskommt.

Ich komme damit zum Schluß meiner Überlegungen, sicherlich nicht von allen gerne gehört, aber ich hoffe realistischen Überlegungen, die zusammenfassend bestätigen lassen, daß es um ein fortschrittliches Paket in die richtige Richtung geht, daß man neben dem finanziellen Aufwand auch politisch die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat, indem man der Familie, der Frau, den besonderen sozialen Herausforderungen, dem Alter, einen gebührenden Platz einräumt. Ein Maßnahmenprojekt, das vor seiner größten Herausforderung steht und deswegen habe ich auch die Anregung zuerst den zweiten Teil des Familienpakets, interessant gefunden. Das finde ich schon irgendwie eine berechtigte Anregung, die hier gemacht worden ist, nämlich auch für das Alter vorzusorgen und jenen, die sonst zu keiner Rente kommen, einen Anspruch zu vermitteln, im Alter eine Rente zu erwirken. Wir wollen vermeiden, daß der Mensch ein Bettler in dieser Gesellschaft sei, wir sollen mündige Bürgerinnen und Bürger, deren Beitrag anerkannt wird, je nach Möglichkeit, je nach Arbeitskraft, je nach Intelligenz, je nach Einsatzfähigkeit, die aber ein Minimum, ein Auffangnetz allen Bürgerinnen und Bürgern in schwierigen Lagen garantiert. Das ist soziale Marktwirtschaft. Nicht mit allen möglichen Nikolausgeschenken hincinfunken, weder bei der Wirtschaft noch beim sozialen Leben. Grundsätzlich soll es sich jeder selber erwirtschaften, aber darunter muß ein Netz gespannt sein, in dem alle jene aufgefangen werden, wenn sie in einer besonders schwierigen Lage sind.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

*(Grazie, signor Presidente! Colleghe e colleghi! Illustre Presidente della Giunta regionale! Egregio Assessore regionale Morandini e presentatore di questo disegno di legge! Intervengo eccezionalmente su questo disegno di legge, poiché si tratta di un progetto molto importante per la sicurezza sociale dei nostri concittadini, della famiglia, delle donne e anche degli anziani. Ed anche perché si tratta di un disegno di legge alla cui nascita penso di aver contribuito indirettamente. E con questo non intendo rivendicarne la paternità, poiché – mi si permetta questa osservazione ironica – già troppi hanno rivendicato la "maternità" del presente disegno di legge. Ritengo di aver dato un valido contributo al disegno di legge in questione quando pubblicai nel dicembre 1989, in italiano e in tedesco, un opuscolo dal titolo "riflessioni circa l'istituzione di un'assicurazione sociale autonoma per la Regione Trentino-Alto Adige" che feci pervenire anche a tutti i consiglieri regionali. In questo studio delineai alcuni orientamenti che credo siano stati ripresi anche in questo dibattito sulla politica della famiglia.*

*Prima di proseguire con le mie osservazioni, vorrei puntualizzare ancora una cosa. Sino ad oggi si è discusso molto di questo disegno di legge sia nella Commissione legislativa competente, a livello di pubblica opinione, che in questo Consiglio regionale e nel corso di varie manifestazioni e sedute, polemizzando anche su vari aspetti. Ma una cosa è sempre stata trascurata nel corso dell'intero dibattito: dietro le quinte si è lavorato tenacemente e sono stati redatti e modificati numerosi testi, finché i partiti politici della coalizione e l'Assessorato Morandini sono finalmente riusciti a presentare il disegno di legge ora in discussione. Naturalmente, se si volesse, ci sarebbero ancora varie cose da migliorare o da modificare. Si potrebbe ad esempio introdurre l'assegno di educazione per tre anni invece che per uno solo. Sarebbe senz'altro positivo. E si potrebbero aumentare gli assegni al nucleo familiare da 50.000 lire per figlio, che è un importo veramente irrisorio, a 300.000, 400.000 o anche 500.000 lire. Ed anche nell'ambito degli indennizzi per gli infortuni domestici si potrebbero prevedere importi più consistenti. Il problema sta solo nella credibilità e fattibilità di tali provvedimenti. Mi si permetta un confronto che ebbi modo di fare*

quando questo dibattito era ancora sul nascere. A quel epoca io invitai il Consiglio ad essere onesto con se stesso e a lavorare sulla base di proposte concrete che fossero valide non solo per 4 o 5 anni e non solo per il periodo in cui il Consiglio regionale avesse disposto di fondi sufficientemente consistenti, ma attraverso una struttura che fosse operativa ancora tra 10 o 20 anni. Se oggi noi facciamo delle promesse che vanno oltre le nostre reali possibilità finanziarie e proponiamo delle provvidenze che sembrano belle e raccolgono il plauso di tutti, ma poi non sono durevoli nel tempo – tra 10 o 15 anni – allora, signore e signori, quelle donne che ora siedono in tribuna e ci ascoltano con tanta pazienza, tra 10 anni ci potrebbero rincorrere con la scopa e tirarcela dietro. Questo è quello che succederà. A quei politici che tengono discorsi della domenica chiedendo questo e quello, dico che farebbero meglio a cogliere la sfida e valutare realisticamente che cosa si può fare, che cosa si può realizzare con i mezzi finanziari a nostra disposizione e quanto durevole sia l'intero progetto previdenziale. Guardate, ad esempio, che cosa è successo con lo Stato italiano! In Italia ci sono pensioni-baby per donne che hanno raggiunto i 15 anni di servizio, anche se magari non hanno svolto nemmeno 15 anni di lavoro perché hanno usufruito di altri benefici di legge e che vanno in pensione a 30 anni con una pensione intera. Dall'altra ci sono operai che lavorano in acciaierie o miniere e che ora, in base alla nuova riforma delle pensioni, dovrebbero lavorare sino al 65. anno di età, e solo perché si è fatta sino ad oggi, da 30-40 anni a questa parte, una politica sbagliata. Questo non dovrà accadere nella nostra Provincia e nella nostra Regione. Vorremmo proporre un progetto onesto e credibile nel tempo, anche tra 30 - 40 anni. E' facile farsi prendere dall'euforia e fare di più, addossando poi la colpa alle future generazioni, così come sta accadendo ora all'Est. All'Est ora c'è polemica – anche da parte di coloro che hanno creduto in nuovo futuro di democrazia, come in Ungheria e in parte nella RDT e soprattutto nei paesi più poveri – e si dice: "durante il comunismo le cose non sono andate troppo bene, non avevamo libertà, ma almeno avevamo un posto di lavoro e soldi per mangiare". E la colpa per i disastri di oggi viene data alla nuova democrazia. Nessuno dice che le cose stanno in realtà diversamente e che l'economia dei blocchi dell'Est, dalla Russia alla DDR e all'Ungheria, si basava sull'indebitamento che ora dovrà venire smaltito dalle future generazioni. Non può essere questo l'orientamento di un provvedimento normativo serio, qual'è quello presentato dalla Giunta. Per queste ragioni le nostre aspettative erano forse maggiori e non tutto ha potuto essere realizzato; ma ritengo che sia giusto così. Questo provvedimento di legge rappresenta un primo passo nella giusta direzione; esso è stato al centro di molti sforzi e merita ora il giusto riconoscimento. Questo riconoscimento va soprattutto all'Assessore Morandini, a cui vanno i miei più sentiti ringraziamenti per tutti questi suoi sforzi durante il tortuoso iter di questo disegno di legge prima che arrivasse in aula. Non ricordo bene, ma quanti progetti sono stati presentati sino ad oggi dalla maggioranza in fase di predisposizione del progetto di legge? ... Dunque 25 progetti, che hanno dovuto essere vagliati ed esaminati prima che si arrivasse ad un testo unitario. E poi, ad un certo punto – e questo lo dico rivolgendomi ai consiglieri – bisogna anche sapere fare una sintesi e dire: questo è quello che abbiamo e questo è quello che intendiamo fare. E questa osservazione la rivolgo non solo ai colleghi consiglieri, ma anche alle associazioni sociali, all'ACLI tedesca, alle organizzazioni femminili e delle famiglie, che hanno dato un contributo sostanziale a questo provvedimento e a cui va il nostro riconoscimento e ringraziamento. Ma nell'interesse di tutti ora bisogna anche saper dire: Non importa che questo sia tutto o niente, facciamo almeno qualcosa, perché altrimenti rischiamo di non fare niente. Il rischio di questi progetti è che a forza di voler apportare delle correzioni – e mi rivolgo alle minoranze : e mi riferisco a vere e proprie proposte di miglioramento, non a manovre politiche – poi si rischia di non arrivare ad una conclusione; allora le casalinghe non ne trarrebbero alcun vantaggio. Pensiamo ad esempio che queste provvidenze sono state previste con retroattività al 1.1.1991: ciò significa che tutte le donne che nel corso di quest'anno hanno partorito e altrimenti non ne avrebbero avuto diritto, possono avere diritto a queste provvidenze. E questo lo possiamo solo fare se ci diamo da fare

ed approviamo questa legge. Ma se non riusciamo a far passare questa legge in tempi ragionevoli, allora di fronte al legislatore romano ben difficilmente riusciremo a giustificare la retroattività che qui abbiamo previsto. Io temo che comunque ci facciano problemi su questo aspetto.

La discussione è scaturita da un articolo dello Statuto di autonomia che è rimasto per decenni lettera morta; si tratta nella fattispecie dell'art. 6 dello Statuto di autonomia, il quale prevede la competenza integrativa della nostra Regione in materia di assicurazioni sociali e previdenza e attribuisce alla Regione la possibilità di istituire propri istituti previdenziali autonomi. Ci si potrebbe chiedere perché la Regione non ha sfruttato prima tale possibilità, esistendo già da sempre questo articolo. La domanda è senz'altro lecita. La Regione non ha sfruttato prima questa possibilità, poiché innanzi tutto questo punto non è mai stato inserito nell'accordo di coalizione; in secondo luogo non si è mai cercato un confronto a livello politico e terzo, la Regione disponeva di risorse finanziarie insufficienti — ed anche questo va detto —. La Regione ancor oggi dispone di un bilancio alquanto scarso, tuttavia attraverso la nuova riforma finanziaria essa è venuta a trovarsi in una posizione più avvantaggiata e non appena sono arrivati i primi mezzi finanziari, ci si è posti la seguente domanda: Come impiegheremo questo denaro? Si è riflettuto molto e sono state avanzate le più diverse ipotesi. All'inizio si era quasi tentati di investire questo denaro in qualche iniziativa di rappresentanza, in qualche palazzo o in cose che però non avrebbero avuto il plauso della popolazione. Quale decisione era allora più appropriata che dire: poiché abbiamo a disposizione maggiori risorse finanziarie, buona parte di esse — e dopotutto si tratta di 100 miliardi tra questo pacchetto e quello successivo — verrà investito nella competenza di cui sopra. Questo è il secondo aspetto positivo che vorrei rilevare e che da prova della volontà politica di volersi attivare nel campo sociale; si è data quindi priorità ad un provvedimento che malgrado tutti gli aspetti controversi che può avere, delinea un chiaro orientamento: quello di venire incontro alle esigenze sociali delle persone, aiutando chi è più bisognoso in certi periodi della sua vita, durante la maternità, la malattia e particolarmente la vecchiaia — e questo lo sottolineo perché il mio studio approfondiva proprio quest'ultimo aspetto —.

Nel corso della discussione è stata fatta anche la seguente critica: ma queste non sono forse una serie di piccole gocce che rischiano di perdersi nel mare del bisogno e che verranno distribuite come contributi a pioggia, attraverso "pacchettini" da distribuirsi un po' a tutti, con la chiara conseguenza che nessuno avrà dei vantaggi veri e propri? E questa critica è trasparsa anche dall'intervento della cons. Klotz e altri che hanno parlato di "zuccherini". Effettivamente dovremmo affrontare anche tale quesito, poiché ritengo che non lo si possa ignorare.

Da parte mia vorrei osservare che la parte più importante di tutto questo programma previdenziale mi sembra essere quella che concerne la previdenza per la vecchiaia. Io sono dell'avviso che si dovrebbero aiutare quelle persone che socialmente si inseriscono tra le fasce più povere, che sono abbandonate a se stesse in quanto la società non ha più bisogno di loro perché non producono reddito o altra fonte di guadagno. La vecchiaia costringe dunque spesso persone che hanno duramente lavorato per tutta la vita, a ridursi in povertà pur avendo pieno diritto a una vecchiaia tranquilla e dignitosa; essa costringe persone che durante la loro vita lavorativa avevano un reddito dignitoso e confacente alle esigenze della famiglia (e non faccio ora distinzione tra uomo e donna), ad avere una pensione sempre più inflazionata (più a lungo si vive, più miserabili diventano gli importi della pensione). Per questa ragione ritengo importante considerare anche questo aspetto e non perderlo di vista anche ora anche che trattiamo provvidenze ben meno importanti.

Ma perché si è arrivati alla presentazione di due provvedimenti di legge distinti — e a questa domanda vorrei avere una risposta, poiché si tratta di un punto molto importante che va chiarito? In effetti si è partiti dal dire: costruiamo prima la struttura e poi in un secondo momento definiamo i dettagli. Ma che cosa vuol dire struttura e dettagli? Significa che in conformità all'art. 6 dello Statuto di autonomia e alle norme di attuazione si afferma che attraverso questa legge si

intende recepire le competenze esistenti in materia di previdenza sociale — e sottolineo previdenza, poiché l'assistenza è di competenza delle Province —. In base a tali norme di attuazione dovranno sorgere due istituti autonomi provinciali e verranno fissati i principi relativi alla loro istituzione. Dovranno essere fissati dunque i principi che regolano l'attività di questi due istituti, i principi secondo i quali verranno distribuite le risorse finanziarie, le possibilità di controllo e poi le loro funzioni vere e proprie. Queste erano le considerazioni iniziali. Poi politicamente si è detto: inseriamo ciò che è possibile ancora nel primo pacchetto, così almeno i concittadini, le famiglie, le donne che stanno aspettando questo provvedimento, potranno ricevere più velocemente i soldi a nostra disposizione. Altrimenti dal punto di vista strutturale e organizzativo sarebbe stato meglio mantenere la suddivisione della parte programmatica e della parte sostanziale. Ma ciò che ci è stato qui presentato non sono "zuccherini" o altri provvedimenti per addolcirci, ma misure importanti che possono essere previste senza lungaggini procedurali. E questa è la ragione per la quale sono contenute in questo pacchetto. Anche se tutti si chiedono perché questo secondo provvedimento, che rappresenta la parte più importante dell'intero progetto e che dovrà tutelare la famiglia e le donne soprattutto nel corso della loro vecchiaia, verrà presentato solo in un secondo momento. Si sarebbe potuto percorrere anche un'altra via: approvare solo la legge—quadro e poi successivamente la seconda legge. Ma sarebbe stato deludente, anche alla luce della discussione che viene condotta ormai su larga scala da tutta l'opinione pubblica. Si è atteso ormai molto tempo l'introduzione di misure concrete. Forse si sarebbe potuto conglobare nel primo provvedimento anche il secondo. Forse questo si sarebbe potuto fare. Ma il secondo pacchetto è un provvedimento veramente importante che va esaminato a fondo, poiché si tratta di pensioni e di principi che devono portare i loro frutti tra 30—40 anni e che noi intendiamo realizzare per quelle donne che un domani saranno avanti con l'età. Si tratta di principi che devono reggere nel tempo. Non possiamo dire semplicemente: distribuiamo a tutti un po' di contributi. Non è questo il sistema. Deve trattarsi di un sistema che dura nel tempo. I provvedimenti che qui ci accingiamo ad approvare non sono "zuccherini", proprio perché rappresentano misure molto importanti dal punto di vista sociale. Consideriamo ad esempio i sussidi di maternità. Se ne è già parlato molto. Voi tutti sapete che le donne con un lavoro dipendente, vengono esentate per legge 5 mesi dal servizio, se decidono di avere un figlio. Questo provvedimento è stato recentemente esteso con legge nazionale anche alle lavoratrici autonome, in quanto si è ritenuto che esse non fossero in grado di lavorare durante gli ultimi mesi di gravidanza e subito dopo il parto (ad esempio servire in un negozio o raccogliere fieno nella loro azienda agricola) e quindi si è deciso di assegnare loro 3.800.000 lire, quasi come indennizzo. La Regione in precedenza aveva previsto un simile provvedimento per le coltivatrici dirette, che poi è stato esteso a livello nazionale a tutte le lavoratrici autonome. A tutt'oggi succede che in una stessa stanza d'ospedale si possano trovare tre puerpere, di cui una riceve 5 mesi di astensione obbligatoria dal lavoro in quanto lavoratrice dipendente, la seconda riceve 3.800.000 lire in quanto lavoratrice autonoma e la terza niente, in quanto casalinga, magari con 5 figli a casa da allevare. Si tratta di una palese ingiustizia che era già stata oggetto di approfondite analisi nel corso della passata legislatura — e la collega Franzelin vi ha fatto riferimento — e che si concluse con l'impegno politico del Consiglio regionale ad estendere l'assegno di natalità a tutte le casalinghe non appena il Consiglio regionale avesse disposto di sufficienti risorse finanziarie. Non si tratta dunque di uno "zuccherino", si tratta di un provvedimento concreto che introduce un principio di giustizia in un settore che sino ad oggi era disciplinato in modo molto differenziato ed iniquo.

Secondo punto: gli assegni al nucleo familiare. Gli attuali assegni al nucleo, erogati dallo Stato — a questo proposito desidero dire che solo poche categorie li percepiscono, poiché non appena si è superato un certo reddito, che a sua volta è necessario per poter sostenere una famiglia numerosa, vengono negati — sono così irrilevanti da non servire quasi a nulla. Anche la provvidenza qui prevista, che consiste nell'erogazione di 50.000 Lire mensili a partire dal terzo

figlio. non è particolarmente rilevante dal punto di vista economico. Tuttavia con questa provvidenza si esprime qualcosa che è molto importante dal punto di vista politico. Desideriamo sottolineare nell'ambito delle possibilità finanziarie, che i figli e la famiglia rappresentano un'arricchimento per la nostra società e non un peso e che la famiglia debba venire aiutata, anche se con mezzi finanziari limitati. Si tratta quindi di un importo simbolico, più che di un aiuto pratico, ma è pur sempre qualcosa.

Terzo punto, l'assegno di cura: questa indennità viene erogata dal quarto mese fino al compimento del primo anno di vita del bambino nella misura di 300.000 lire mensili, onde rendere più allettante alle donne la permanenza a casa. Anche quest'importo è insufficiente in rapporto a ciò che una donna potrebbe percepire durante questo periodo, ma rappresenta forse un aiuto. Naturalmente è anche compito del legislatore proporre degli incentivi e non solamente assumere integralmente ciò che viene proposto. Dobbiamo abbandonare l'idea che sono la Provincia, lo Stato e la collettività a dover pagare, perché questa mentalità ci ha portati alla situazione che oggi lamentiamo e cioè all'enorme deficit statale dal quale né io né il Presidente dei Ministri sa come uscirne, detto in parole semplici né il semplice cittadino né le più alte autorità dello Stato.

Questa mentalità, secondo la quale la mano pubblica deve provvedere a tutto ha creato una situazione tale, da mettere in pericolo la nostra partecipazione al Mercato Unico Europeo, perché il nostro indebitamento pubblico ha raggiunto cifre incredibili ed ha superato i limiti delle entrate dei beni e dei servizi che annualmente vengono gestiti da tutti i cittadini. Il deficit pubblico è così imponente da aver superato già da un anno il milione di miliardi di lire con un onere d'interessi per lo Stato di 110 mila miliardi di lire all'anno. Anche questa mentalità deve venire corretta. E non dico questo solamente ora, nel corso della discussione di questa legge a carattere sociale. Chi mi conosce sa che ho sempre sostenuto con la stessa caparbia che provvedere a tutto con delle sovvenzioni è dannoso per l'economia e conduce alla dipendenza dell'economia dallo Stato. Se le imprese riflettessero su come investire meglio i mezzi finanziari a disposizione, come ottenere migliori profitti che producano ricchezza per l'azienda e la Regione, rinunciando alla politica delle sovvenzioni, la situazione sarebbe migliore. La mentalità odierna deve venire corretta ed in tale senso ci dobbiamo adoperare. La Giunta provinciale ha preso a cuore questa critica per poter finalmente staccarsi da questo principio delle sovvenzioni a pioggia e per creare degli stimoli per l'economia. E ora arriverò a parlare di un aspetto che interessa questo disegno di legge. Anche nel campo della previdenza integrativa non si può sempre assumere tutto a priori, talvolta debbono venire creati degli stimoli che incoraggino la gente ad intraprendere la via giusta e che ne facilitino le loro decisioni.

In questa misura legislativa sono previste due altre provvidenze di minore entità: l'indennità di degenza ospedaliera e l'indennità per infortuni domestici. Per quanto concerne l'indennità di degenza desidero dire il seguente: in tutto questo pacchetto famiglia si richiede una contribuzione, una prestazione propria e se i calcoli dell'Assessorato sono esatti, allora questa assicurazione per degenza ospedaliera per le casalinghe e lavoratrici autonome dovrebbe coprire automaticamente i costi, cosicché le uscite per questa provvidenza non dovrebbero essere imponenti.

Ma ritorniamo nuovamente agli "zuccherini". Non sono degli "zuccherini" 15,5 miliardi messi a disposizione per questa provvidenza, così come non lo sono i 13,5 miliardi per l'assegno di educazione, la cui erogazione è prevista solamente per un anno, e naturalmente sarebbe meglio se fosse estesa a tre anni, i 19 miliardi per gli assegni al nucleo, i due miliardi per gli infortuni domestici per le persone casalinghe. Si tratta di somme rilevanti che non si possono semplicemente paragonare a degli zuccherini.

Ma ciò che considero più importante in questo contesto rispetto alle provvidenze stesse, è il fatto che per la prima volta, ed in tal senso siamo dei precursori rispetto al resto d'Italia,

si licenzi una legge che prescinde dai principi costituzionali e si inserisce nella realtà prevedendo misure a favore della famiglia, della casalinga e dell'educazione. Abbiamo un dettato costituzionale che è come lettera morta nella Costituzione italiana. E non ci sono in Italia delle leggi tangibili che abbiano applicato questi principi in questa materia. Lo stesso dicasi per il diritto al lavoro. La Costituzione italiana prevede che ogni cittadino abbia il diritto al lavoro ed in realtà invece questo principio è lettera morta, specialmente se si prende in considerazione il Mezzogiorno, mentre lo stesso non si può dire per la nostra Regione in cui il tasso di disoccupazione è molto basso. Lo stesso vale per la famiglia. Per questo l'importanza di questo pacchetto di provvidenze dell'ammontare di 3,8 milioni, 300.000 lire, 37.000 Lire al giorno, va al di là delle semplici cifre. L'importanza di questa legge, le cui provvidenze potranno venire modificate, migliorate se verranno messi a disposizione maggiori mezzi finanziari, dipende dal fatto che per la prima volta si è riconosciuto il valore educativo della famiglia, l'importanza dell'educazione dei figli all'interno della famiglia, così come è importante spendere del denaro per gli asili e le scuole. Credo che il raffronto sia stato fatto dal collega Kufstatscher, che si è espresso molto metaforicamente: naturalmente anche noi paghiamo gli insegnanti, le maestre d'asilo, gli asili nido, gli educatori ed allora perché non dovremmo attribuire un riconoscimento alle casalinghe, alle persone che provvedono in forma ideale all'educazione? Quindi il valore di queste provvidenze, al di là della lettera stessa della legge, sta in questo riconoscimento e nella valorizzazione della famiglia e del lavoro educativo. Naturalmente ne sono interessate le casalinghe ma permettetemi di dire che anche il compito educativo dell'uomo è diventato maggiore. Proprio in Austria si è conclusa in questi giorni un'indagine da cui ne è risultato che negli ultimi scorsi dieci anni il tempo che un padre ha dedicato al proprio figlio che era di ca. 2 ore al giorno si è ridotto a trenta minuti al giorno. Anche l'uomo è più impegnato nel lavoro, nella professione, in impegni extra-familiari, nella vita pubblica. E ciò si ripercuote naturalmente sui figli, i quali avvertono sempre più la mancanza della figura paterna. E parlando di famiglia ed educazione queste osservazioni erano dovute! La madre ed il padre sono la cellula educativa più naturale della società. Lo dico perché alcuni, soprattutto dei partiti di sinistra hanno affermato che questa legge è ormai superata, e che si orienta verso modelli appartenenti al passato, per cui è necessario prendere atto del nuovo modello di società, anche se ciò non riesce facile. Se si afferma che le persone non si sposano più, allora anche il legislatore non può dire semplicemente, ora siete tutti uguali oppure se una donna nubile ha un figlio non si può infischiarne, ma bisogna essere solidali e forse in questi casi bisogna sfruttare tutta la solidarietà, forse più che per la famiglia stessa. Ma il legislatore può sempre dire che la famiglia è e rimane la culla dell'educazione ideale. Con la più buona volontà non riesco a pensare ad una soluzione migliore di educare e crescere personalmente i bambini, nonostante tutti gli esperimenti fatti negli anni 60 con le comuni.

Ho anche detto ed ora desidero arrivare con la seconda parte anche alla conclusione delle mie considerazioni, che con tutto il rispetto per queste provvidenze previste da questo disegno di legge, la questione di fondo debba essere individuata nel rendere dignitosa la vecchiaia ed garantire in questa fase una certa sicurezza economica. Dico dignitosa, perché abbiamo alcune provvidenze che si muovono in questa direzione. Penso ad es. all'assistenza di base. Non sono ben informato di come sia organizzata la Provincia di Trento, ma penso che si siano delle misure simili a quelle della Provincia di Bolzano. Nella Provincia di Bolzano esiste un sistema di assistenza di base che assicura ad ogni cittadino un minimo vitale. Non è molto alto, ma permette di non soffrire la fame e dipende dal numero dei membri del nucleo familiare: in un famiglia costituita da 4 persone, padre, madre e due figli, è di poco più di un milione di lire. E' poco, ma è pur sempre qualcosa, per pagare l'affitto e le spese condominiali o le spese per il riscaldamento. Essendoci però questo minimo garantito, potrebbe sorgere la domanda cosa si vuole di più? Noi vogliamo — e questo è l'elemento fondamentale — che ai cittadini venga garantita una certa sicurezza anche dal punto di vista giuridico, affinché nel sistema dell'assistenza sociale venga meno l'incessante ruolo di

mendicante (sto male, non percepisco nessun reddito, non so cosa fare, debbo andare all'Ufficio per l'assistenza sociale e tenere la mano tesa chiedendo un'aiuto) e garantire il diritto ad una vecchiaia dignitosa. E se pongo l'accento sulla vecchiaia, allora proprio perché il sistema pensionistico attuale non offre nessuna garanzia. Naturalmente le discussioni si accendono ma poi tutto cade nel dimenticatoio... Ricordiamo la discussione sulla legge del Ministro del Lavoro Marini, minacciata di naufragare nel vortice della imminente lotta per le elezioni parlamentari. Ricordiamo che per decenni si è vissuto in una situazione di opulenza, si sono creati privilegi per tutti i ceti sociali — se valgono per tutti, debbono venire concessi a tutti —, si è permesso il pensionamento di cittadini nel pieno della vita lavorativa e d'altro lato si è operata ingiustizia nei confronti di altre categorie di cittadini, mentre ora siamo quasi alla bancarotta totale. Tutti sappiamo come funzionava il sistema pensionistico in passato. Molte persone ancor giovani, come in una piramide, hanno contribuito a mantenere sia i privilegiati che poche persone anziane, le quali avevano superato il 60esimo anno di età. Una larga fascia di persone attive ha quindi provveduto a mantenere un numero ristretto di anziani. Così funziona il sistema pensionistico. Ed ora che cosa succede? Fortunatamente la durata media della vita è divenuta maggiore ed anche noi auspichiamo che un numero sempre più grande di persone raggiunga un'età notevole e che possa vivere una bella vecchiaia. Il numero di anziani aumenta continuamente, mentre il numero di giovani diminuisce continuamente e queste a causa del controllo sulle nascite, del livello di vita, dell'urbanizzazione e simili. Anche in Alto Adige, egregi signori la piramide si affila sempre di più, e mentre in passato molte giovani forze lavorative hanno provveduto a mantenere pochi anziani, abbiamo ora una piramide che è posta sull'apice, poiché un numero sempre minore di forze lavorative mantiene una fascia sempre più grande di anziani. Se non si pensa ad introdurre delle innovazioni, il sistema cadrà sulla testa di coloro i quali oggi sono attivi, che lavorano e che oggi possono creare ancora più valore. Per questo il nuovo orientamento nel settore delle assicurazioni sociali non è più quello, secondo il quale, pochi giovani debbano mantenere molti anziani e se non possono farlo, allora debbono cedere per lo meno due terzi della retribuzione per la pensione degli altri, ma quello secondo cui, e permettetemi un paragone con il felice mondo animale, un mondo che mi sta a cuore, nel periodo della vita in cui la situazione economica è più florida, dobbiamo preoccuparci di assicurarci qualcosa per il futuro, un futuro in cui, secondo un sistema di capitalizzazione, le persone debbono pagare oggi per averne i vantaggi domani. Mi sono quindi permesso di raccogliere alcuni dati concernenti la Provincia di Bolzano. Come consiglieri purtroppo disponiamo sempre dei dati statistici riguardanti la propria provincia, ma presuppongo che nel Trentino la situazione non differirà di molto, poiché si è avuto uno sviluppo demografico quasi parallelo, a prescindere dal fatto che forse il Trentino ha un tasso di natalità più basso. Abbiamo calcolato quanti anziani ci siano. Nel 1981 avevamo 56.700 persone che avevano superato il 60 anno di età, attualmente sono quasi 80.000; in passato erano il 13% della popolazione, attualmente sono il 18%, con un aumento di più di 23.000 persone che hanno superato il 60esimo anno di vita, dei quali la maggior parte donne, quindi ne risulta che quasi il 60% sono donne ed il 40% uomini. E sono appunto le donne, quelle che si assumono il carico della famiglia. Ma cosa ci mostra questa tabella? Un crescente invecchiamento della popolazione, grazie all'assistenza sanitaria, alla corretta alimentazione, alle vitamine etc... E questa deve essere la nostra sfida oggi e non quando ormai è troppo tardi, quando tutto il sistema è crollato e nessuno sa più come uscire da una situazione insostenibile, quando si crea della miseria nella propria terra, mentre ci siamo sempre vantati di essere così progressisti ed economicamente così forti. Proprio per questo oggi siamo chiamati a prevenire per il tempo in cui potrà più permettere molto ed in cui la situazione economica non sarà più florida.

Per questo, permettetemi di esprimere alcune considerazioni: l'assicurazione sociale, che la Regione vuole istituire non debba diventare una seconda INPS con un enorme deficit, che nessuno vuole risanare, poiché avrebbe dato vita ad un istituto enorme e si sarebbe previsto il

diritto a percepire una pensione, mentre il deficit assumerebbe dimensioni sempre maggiori e dovrebbero provvedere a coprirlo... Chi pagherebbe veramente? Penso che dovremmo guardarci una volta sinceramente negli occhi. Naturalmente è il contribuente che paga e sul quale si ripercuotono le misure di risanamento del deficit adottate dal Governo in modo spregiudicato, ed a cui il contribuente deve far fronte con i propri guadagni, fino all'ultima lira. La nuova legge tributaria costituisce un esempio di come, invece di programmare e di elaborare delle politiche a lunga scadenza, a pagare sia sempre il contribuente. E questo non deve accadere.

Pensavo, e credo Assessore Morandini di averLe già esposto spesso il mio orientamento, ma lo ripeto sia a Lei che ai funzionari che hanno collaborato all'elaborazione di questo disegno di legge ed ai consiglieri che sostengono il pacchetto numero due, che in alcun modo la Regione deve diventare un secondo INPS, ma bisogna creare un istituto assicurativo di diritto pubblico, organizzato secondo i principi dell'economia aziendale e che abbia un pareggio di bilancio. Voi mi chiederete perché un'associazione di diritto pubblico e non un'assicurazione privata? Ci sono delle assicurazioni private, in cui pagando delle quote mensili o annuali, si può poi usufruire di una pensione aggiuntiva o una pensione di vecchiaia. Parlo di assicurazione la cui contribuzione sia pubblica, poiché si tratta di un settore molto importante, che deve trasmettere sicurezza ed anche la migliore assicurazione privata, indipendentemente dal nome che abbia, non può offrire in modo assoluto la garanzia che tra 30, 40 o 50 anni i contributi versati vengano rimborsati, mentre ci si aspetta che la Mano Pubblica lo faccia. Quest'istituto di diritto pubblico deve diventare un pool assicurativo a cui partecipino anche banche e altre società finanziarie, per costruire in modo politico-aziendale un fondo pensionistico autonomo a cui i cittadini possono partecipare con le loro quote e con cui verranno erogate le pensioni.

Esiste poi un secondo motivo per cui dico a partecipazione pubblica e con legge regionale, e cioè perché non tutti durante il periodo lavorativo sono in grado di versare questi contributi, che sono notevoli, o di pagarli per intero. E proprio in quei casi può intervenire la Mano Pubblica e assumersi in parte o per intero gli oneri derivanti dalla contribuzione delle casalinghe, dei più deboli.

Nel caso in cui si desse vita ad un simile pool di diritto pubblico, esisterebbe la possibilità di interpretare esaurientemente leggi, di applicarle e soprattutto di concedere dei vantaggi in materia di diritto al lavoro. I sindacati hanno ad es. sollecitato, e trovo che sia una buona idea, che nelle trattative aziendali per i lavoratori, le rivendicazioni non concernano solamente maggiori retribuzioni, ma che nei contratti di categoria, nelle trattative di lavoro si possa richiedere che la categoria, i lavoratori vengano iscritti in questo fondo e che gli imprenditori debbano assumersi determinate quote di contribuzione. Sapete perché lo dico? Perché dovremmo evitare di gettare fumo negli occhi alla gente. Tutti sappiamo che se distribuiamo i 50 miliardi tra le casalinghe che risiedono in Regione, per ognuna ne uscirebbe un nonnulla. E non basterebbero neppure 100 o 200 miliardi! Ne risulterebbero cifre irrisorie, per noi controproducenti, poiché non si possono fare delle rivendicazioni senza tener fede a quanto promesso. Lo dico anche perché un sistema pensionistico è valido solamente se incoraggia la partecipazione dei diretti interessati, a seconda delle possibilità sociali. Se una persona vuole percepire una rendita supplementare ed è un libero professionista, un imprenditore o un lavoratore con un discreto guadagno, deve poter accedere alla pensione supplementare ed al fondo stesso con una contribuzione piena. Versa per intero i contributi e quando sarà vecchio percepirà una pensione in base alla sua contribuzione. Ma se si tratta di una persona socialmente debole od di una casalinga, che non si può permettere di versare i contributi, in quel caso dovrebbe intervenire la Mano pubblica e assumersi una parte della contribuzione. Tutto il resto, signori e signore, è gettar fumo negli occhi e nient'altro che seduzione politica, perché non si può ricavare più di quanto non si disponga.

E sono quindi giunto ad un punto che considero importante e che costituisce un

importante fattore dal punto di vista del diritto autonomistico, un problema che interessa tutti: creiamo un pacchetto di misure avanguardistiche che non esistono su tutto il territorio nazionale. In virtù dell'art. 6 dello Statuto di autonomia la Regione ha la potestà di integrare le leggi dello Stato in materia di previdenza. Non si tratta di competenza primaria, né secondaria, bensì integrativa, che naturalmente è meno determinante. La competenza primaria è quella più importante, è esclusiva ed i disegni di legge presentati raramente vengono rinviati dal Commissario del Governo; la competenza secondaria invece è concorrente a quella dello Stato mentre la competenza integrativa prevede che si possano integrare le leggi dello Stato ed il pericolo che le leggi vengano rinviate è relativamente grande. Se voi, egregi signori, e mi rivolgo soprattutto ai consiglieri della Provincia di Bolzano, avete seguito la discussione sul cosiddetto potere di indirizzo e coordinamento dello Stato ed avete potuto esaminare le misure proposte, avrete potuto constatare che proprio l'ambito di materie previste dall'art. 6 dello Statuto di autonomia ricade sotto il potere di indirizzo e coordinamento dello Stato, espressamente citato. Significa quindi che lo spazio a disposizione non è molto grande, bensì piuttosto ridotto. E per quanto siamo all'avanguardia rispetto all'Italia, non possiamo prescindere dal rischio che le iniziative legislative vengano respinte a livello romano.

Per far sì che vengano licenziate bisogna muoversi in una direzione che non verrà giudicata positivamente dalle donne e delle casalinghe, e cioè richiamandosi integralmente alla competenza di cui si dispone, e cioè in materia di assicurazioni sociali e non di assistenza sociale, un terreno molto più pericoloso. Assistenza sociale significa che viene concesso un sussidio senza previa contribuzione, e tale sussidio viene concesso dalla Provincia nei casi di maggiori necessità etc... Assicurazioni sociali e previdenza sociale, presuppongono il versamento di contributi a cui succede la riscossione dei contributi versati. E la competenza in questa materia spetta effettivamente alla Regione. Tutta l'iniziativa legislativa è basata su questa competenza e richiede, non solo per i motivi di natura economico-aziendale a cui ho precedentemente fatto riferimento, bensì anche per motivi giuridici, la partecipazione dei cittadini, delle donne che dovrebbero trarre vantaggi da questo pacchetto di misure e dal secondo pacchetto famiglia. Spero che l'aggancio giuridico ora sia chiaro e persista. L'assessore Morandini ha già sondato il terreno e si è adoperato per la centesima volta di verificare in sede romana le possibilità delle due iniziative legislative, affinché poi non ci siano delle sorprese. Contemporaneamente desidero rispondere al collega Benedikter, il quale affermava che tutte le provvidenze previste da questo disegno di legge ricadano nella sfera dell'assistenza e quindi non siano di competenza della Regione. A tale riguardo desidero ricordare che il pacchetto è stato elaborato come insieme di misure in campo delle assicurazioni sociali e come tale deve venir licenziato. Naturalmente non si è mai abbastanza sicuri dell'opinione dei revisori romani e non può mai prevedere quale sarà il loro parere.

E passo quindi alla conclusione delle mie considerazioni, che non tutti avranno gradito, ma che spero siano state realistiche, e che confermano il fatto che questo pacchetto di provvidenze è avanguardistico, che va nella giusta direzione, che accanto all'impegno finanziario si siano fissati i punti chiave dal punto di vista politico, concedendo alla famiglia, alla donna, alle sfide sociali, alla vecchiaia, un posto che spetta loro di diritto. Si tratta di una serie di provvidenze che si trovano davanti alla loro più grande sfida. Per questo ritengo interessante conoscere le provvidenze oggetto del secondo pacchetto famiglia. Credo che sia una sollecitazione in qualche modo giustificata, quella che è stata avanzata in questo consesso, e cioè di prevenire per la vecchiaia, e di prevedere il diritto alla pensione per quelle persone che altrimenti non ne potrebbero fruire. Vogliamo evitare che l'uomo diventi un mendicante di questa società, vogliamo riconoscere il contributo che hanno prestato i cittadini e le cittadine maggiorenni, a seconda della loro possibilità, della forza lavorativa, intelligenza, capacità, contributo che garantisca loro un minimo in situazioni precarie. E questa è l'economica di mercato sociale. Non si debbono elargire regali, ognuno si deve guadagnare ciò che otterrà, ma dovrà essere tesa una rete in cui cadranno tutti quelli che in

*situazioni particolari dovranno venire aiutati.  
Grazie per la cortese attenzione!)*

**PRESIDENTE:** Si è prenotato il cons. Taverna. A lui la parola.

**TAVERNA:** Signor Presidente ed onorevoli colleghi, è sempre difficile intervenire dopo aver ascoltato il lungo intervento del Presidente del Consiglio, il quale si è occupato, come giustamente ciascuno di noi ha il dovere di occuparsi, per lungo tempo, utilizzando quasi tutto il tempo a sua disposizione circa questa iniziativa legislativa che nasce dalla volontà politica innanzi tutto dell'assessore competente che è stata sposata dalla maggioranza e dalla Giunta ed a questo proposito mi sia consentito, nel ragionamento che intendo sviluppare intorno a questo disegno di legge, non soltanto ribadire le convinzioni, le osservazioni, le documentate analisi che ho avuto l'onore di svolgere nella relazione di minoranza a nome dell'intero gruppo del M.S.I., anche se purtroppo certa stampa distratta ha voluto sorvolare completamente sulla relazione di minoranza del M.S.I., non accorgendosi, questa certa stampa un po' distratta, che la relazione di minoranza del M.S.I. in definitiva tra le numerose altre relazioni di minoranza veniva in soccorso delle tesi sostenute, dei solenni principi riaffermati non soltanto qui in aula dall'assessore Morandini, ma riaffermati con forza anche nel lungo dibattito che la I<sup>a</sup> Commissione legislativa ha dedicato a questo disegno di legge, ma, mi sia consentito, assessore Morandini, dal momento che siamo attenti osservatori dei fatti politici, lei nel suo impegno quotidiano ha sempre dedicato una particolare cura a queste argomentazioni e siccome noi del M.S.I. sotto questo profilo ed in riferimento alle tematiche che sono implicite, ma che si devono rendere sempre più esplicite, tematiche che sono contenute nel disegno di legge, a noi del M.S.I., che non abbiamo inteso e non intendiamo occupare il tempo per far trascorrere inutilmente un dibattito che al di là di qualche scaramuccia di tipo procedurale ha dimostrato ben poca cosa, mi sia consentito di dirlo in maniera molto chiara ed aperta, anche la presenza in aula in questo momento e nel momento precedente in cui oratore era il nostro Presidente del Consiglio, mi sembrava tale presenza non all'altezza della situazione, non sicuramente all'altezza di un disegno di legge che comunque lo si voglia vedere ci mette nella condizione di operare scelte radicali per un verso, nel senso o nella volontà di appoggiare questo disegno di legge, come le altre scelte possono essere radicali qualora si intendesse invece ostacolare l'iter di questo disegno di legge.

E' evidente, assessore Morandini, che qui ci troviamo di fronte ad due tesi contrapposte. Una tesi che ritiene questo provvedimento antico e quindi fuori dalla storia e dal tempo e una tesi invece che lo ritiene, almeno nelle sue linee di ispirazione, non soltanto attuale, ma moderno. Attuale e moderno proprio nel momento in cui e su un piano culturale e su un piano spirituale, ma anche su un piano della logica dei fatti politici, ci stanno dimostrando i fatti, la storia, la cronaca quanto velleitari, falsi e bugiardi fossero i miti di un passato non troppo lontano, che ha lasciato dietro di sé miseria non soltanto di tipo materiale, ma soprattutto un grandissimo vuoto di tipo spirituale.

Mi sia consentito, allora, nell'occupare, credo di doverlo fare con il massimo di tensione ideale, lo spazio che il Regolamento mi consente intervenendo in questa discussione generale non soltanto come relatore, ma mi sia consentito anche come una persona attenta ad un certo tipo di progresso, attenta ad un'evoluzione della società, che spesso si evolve molto tempo prima che le istituzioni possano accorgersi di questa sua evoluzione, ebbene, mi sia consentito allora richiamare la vostra attenzione, ma soprattutto mi sia consentito di poter svolgere questo intervento dedicando ad esso il giusto spazio, la giusta considerazione e soprattutto quella tensione morale di cui prima mi facevo, con molta modestia ed umiltà, portavoce.

Allora la stampa – ritornando ad una polemica che prima avevo accennato – di queste cose se ne deve accorgere. La stampa deve accorgersi che il M.S.I. e per il peso politico che in questo momento ha il M.S.I. ha in quest'aula, ma soprattutto per le tradizioni cui il M.S.I. si ispira, il M.S.I. è nella condizione di poter esprimere compiutamente il proprio pensiero conscio che queste argomentazioni, ispirazioni e punti di riferimento non appartengono ad un passato che ha lasciato dietro di sé rovine, ma appartengono invece ad una tradizione e ad una continuità storica che a nostro modesto parere sono viepiù attuali e moderne proprio nel momento in cui lo Stato assistenziale voluto dal pensiero marxista e realizzato dai regimi comunisti ha dimostrato invece fallimento e miseria, distruzione e rovina.

Ecco allora che questa stampa avrebbe dovuto accorgersi del significato della relazione di minoranza del M.S.I., ma evidentemente la stampa ed anche – mi sia consentito – i colleghi giornalisti, forse impigriti nell'esercizio della loro professione – non voglio in alcun modo fare un attacco diretto nei confronti dei colleghi giornalisti, ho avuto modo in altre occasioni ed in altre circostanze di denunciare molte volte la malafede di alcuni giornalisti e gli ultimi episodi che sono capitati a Trento sono la dimostrazione più evidente di questa malafede, di questa azione di killeraggio politico che certi giornalisti hanno attuato contro il M.S.I. e il suo messaggio di unità nazionale, come oggi in questa sede il messaggio del M.S.I. è di unità sociale. Allora i termini della questione unità nazionale ed unità sociale non possono essere disgiunti, ma devono essere considerati nella loro complessità e devono essere visti in senso positivo, perché soltanto dalla simbiosi, dall'unione del termine nazionale e di quello sociale abbiamo la possibilità di fare un passo avanti, di coprire tutti gli spazi lasciati vuoti da coloro che hanno predicato il falso vangelo ed oggi si trovano orfani di una ideologia completamente fallita, orfani anche di riforme cosiddette sociali che mai hanno realizzato alcunché, se è vero come è vero, ed addirittura in Italia si corre il rischio di morire perché gli ospedali non hanno la volontà, la capacità o il coraggio di ricoverare gli ammalati. Questa è la triste realtà nella quale, caro assessore Morandini, noi ci troviamo a confrontarci, ed allora di fronte a questa realtà mi sia consentito, al di là di questa premessa, forse eccessiva per quanto riguarda il tempo cui mi sono dedicato, ma che ritengo essere pertinente e puntuale, proprio per significare la nostra presenza e la nostra proposta politica, ebbene questa premessa trova ovviamente un suo punto di riferimento in responsabilità che non sono sicuramente di questo legislatore regionale, ma che sono sicuramente del legislatore nazionale, laddove dopo 45 anni questa Repubblica, che all'articolo primo della Costituzione è definita fondata sul lavoro, una Repubblica invece che non soltanto non può considerarsi fondata sul lavoro, perché non è in grado nemmeno di assicurare il lavoro a tutti, ma questa Repubblica ha fallito ed è fallita anche in virtù dei principi, di cui mi occuperò dopo, che sono indicati in maniera molto esplicita ed evidente, chiarissima ed esemplare, ma che in verità nessuno è stato capace di realizzare, nessuno è stato capace di compiere atti concreti che fossero rivolti a tradurre in pratica questi principi. Vediamo questi principi, nella modestissima relazione di minoranza che ho redatto a nome del M.S.I. me ne sono occupato: art. 29 della Costituzione: "La Repubblica riconosce i diritti della famiglia come società naturale fondata sul matrimonio. Il matrimonio è ordinato sull'eguaglianza morale e giuridica dei coniugi, con i limiti stabiliti dalla legge a garanzia dell'unità familiare."; art. 31: "La Repubblica agevola con misure economiche e altre provvidenze la formazione della famiglia e l'adempimento dei compiti relativi, con particolare riguardo alle famiglie numerose."

Di fronte a questi due principi, sui quali non ci può che essere la condivisione del M.S.I., anche se sapete che il M.S.I. come partito non è stato interessato alla stesura di questa Carta costituzionale e questa allora è una accusa doppia di latitanza, in questo momento allora il M.S.I. – lo voglio sottolineare – ha la funzione di essere l'orgogliosa supplezza di chi invece ha redatto i principi e strada facendo ha dimenticato che questi principi erano stati redatti,

occupandosi di tutt'altra cosa ed il recente messaggio dei Vescovi ha dimostrato ancora una volta che siamo di fronte ad una società sempre più secolarizzata, scristianizzata ed è quanto mai contraddittorio che a questa situazione si sia giunti dopo che un partito, che si definisce cristiano e democratico, per 45 anni ha la responsabilità del governo della Nazione. Mi sia consentito allora di polemizzare soprattutto con la D.C., assessore Morandini, perché è la D.C., a giudizio del M.S.I., che ha le maggiori responsabilità in questa latitanza che ho cercato di dimostrare al di là di ogni ragionevole dubbio, proprio perché questi principi, solennemente sanciti dagli artt. 29 e 31 della Costituzione, non hanno trovato una puntuale rispondenza nella pratica legislativa.

Se volessimo continuare come siamo nella condizione di poter continuare a polemizzare su questa linea d'onda, vorrei ricordare a tutti voi come, ad esempio, per quanto riguarda uno degli aspetti controversi del problema, cioè l'assegno alle casalinghe, allora mi sto avvicinando lentamente al merito del disegno di legge presentato, ed a questo proposito, assessore, mi sia consentito di rivolgere non a lei la polemica, ma a lei in quanto in questo momento, oltre che ad essere l'assessore competente, è l'unico rappresentante della Giunta presente a questo dibattito e questo è già un segno ulteriormente negativo circa la vostra incapacità e la vostra irresponsabilità nel sostenere fino in fondo i vostri provvedimenti legislativi, se è vero come è vero, e l'ho volutamente ricordato e sottolineato nella mia relazione di minoranza, in molte occasioni in Commissione essa ha potuto lavorare grazie all'apporto determinante per quanto riguarda il numero legale dei rappresentanti della minoranza. Ma mi sia consentito di rivolgermi a lei, assessore Morandini, in quanto lei in questo momento rappresenta idealmente tutta una Giunta che invece è assente, come almeno ci siano due contraddizioni rispetto all'andamento di questo dibattito ed anche rispetto ai possibili sbocchi che da questo dibattito potrebbero derivare e che comunque dall'esame dell'articolato potremmo assistere. Primo elemento di ordine politico sul quale soffermerò la vostra attenzione è la dichiarazione resa ieri dal Presidente della Giunta regionale. Quando egli interviene non già su una proposta di tipo regolamentare, perché egli ha voluto specificare che non trattavasi ieri di una proposta di tipo regolamentare, ma una proposta di tipo politico e, guarda caso, il Consiglio poi è stato chiamato a votare in maniera veramente ridicola sulla prosecuzione dell'ordine dei lavori e quindi sulla prosecuzione dei lavori per il quale questo Consiglio è stato convocato, anziché votare sulla richiesta legittima avanzata, proprio alla luce della dichiarazione del Presidente della Giunta regionale, di sospendere questa discussione generale in attesa di verificare e studiare il secondo pacchetto ed a questo proposito mi sia consentito ricordare l'espressione che ieri ha usato il nostro capogruppo a proposito del sostantivo "pacchetto" quanto funesto sia per noi questo sostantivo e quindi non mi riferirò più a pacchetto n. 1 e pacchetto n. 2, ma mi riferirò eventualmente al provvedimento n. 1 ed al provvedimento n. 2, ma al di là di questa polemica, che potrebbe sembrare oziosa, quando il Presidente della Giunta regionale viene a dire, appellandosi in un certo qual modo al buon senso delle opposizioni e delle minoranze, e quindi chiedendo sostanzialmente "state buone, che noi tra qualche giorno arriveremo con un nuovo provvedimento, che sarà capace di fugare qualsiasi dubbio o perplessità", mi sia consentito a questo proposito, caro assessore Morandini, che la dichiarazione del Presidente della Giunta regionale sul piano politico è di una gravità eccezionale, viene allora a confermare in pieno che la polemica, le perplessità ed i dubbi sollevati dalle opposizioni o dalle minoranze avevano comunque un loro significato se il Presidente della Giunta regionale ha ritenuto di dover r'intervenire non già per una richiesta meramente formale sul Regolamento e quindi sull'ordine dei lavori, ma per dare una spiegazione o una giustificazione di tipo politico e quindi raccomandare alle opposizioni di essere buone o meno cattive, perché sta arrivando il provvedimento n. 2. Allora, signor assessore, non crede forse che questa pezza non sia peggio che un buco? Ritengo di sì, gliel'ho detto anche in Commissione, come si fa quando una parte

della sua maggioranza ha voluto saltare a piè pari l'art. 5, che secondo me è fondamentale, è l'architrave che sorregge l'impianto legislativo, quando in Commissione la sua stessa maggioranza con il voto contrario, guarda a caso, del M.S.I., che avrebbe dovuto invece votare a favore, ma il M.S.I. vota non tanto per fare dispetto a questo o a quest'altro, vota in ragione delle proprie convinzioni, il M.S.I. era convinto allora che l'art. 5 doveva essere votato subito, perché in questo modo si sarebbero evitati dubbi di qualsiasi natura, ma soprattutto si sarebbero evitate speculazioni, e su questo piano — mi sia consentito — le speculazioni ci sono, ma non ci sono tanto o soprattutto nei confronti del settore della sinistra, lo sappiamo che la sinistra su questi argomenti, orfana com'è di tutta l'analisi marxiana, ormai gettata nella pattumiera, non dico della storia perché non mi permetto io, modesto rappresentante di un modestissimo partito fare considerazioni così altamente significative, ma sicuramente a detta degli studiosi l'analisi marxiana è stata buttata sul piano scientifico e culturale nella pattumiera, perché ha significato il totale fallimento di tutte le previsioni ottocentesche che Carlo Marx ed il suo degno collega nell'analisi Engels hanno alla luce dell'esperienza di oggi dimostrato quanto fallaci ed errate fossero quelle analisi o quantunque quelle analisi dovevano essere ovviamente riferite esclusivamente al periodo storico in cui le analisi medesime sono state effettuate.

Ma allora, se ha sbagliato, come ritengo, il Presidente della Giunta regionale intervenendo così come è intervenuto ed indebolendo la sua posizione all'interno di questa maggioranza e di questa Giunta, hanno sbagliato tutti i colleghi del S.V.P. che sono intervenuti e chi più o chi meno, a cominciare o a finire dal Presidente del Consiglio, hanno criticato di fatto il suo disegno di legge, tanto è vero che ad un certo punto, al termine del suo intervento il Presidente del Consiglio che parlava — lo voglio dire — in qualità di consigliere, lui ci tiene tanto e lo ribadisco, se prima mi ero sbagliato nell'assegnargli questo suo momento di protagonismo — quando lei, signor Presidente, ha concluso il suo intervento il collega Tonelli ha chiesto: "ma lui vota contro?". Ma se faccio mente locale all'intervento della signora Franzelin, nettamente critico nei confronti di questa legge, a quello del Presidente della prima Commissione cons. Kußtatscher nettamente critico nei confronti di questa legge, se faccio riferimento alla latitanza di un partito di maggioranza come il P.S.I., che su questa legge non si è sentito per nulla, o se si è sentito è stato attraverso una modestissima paginetta del collega Duca — non so se è presente, sì, c'è, lo dobbiamo sottolineare tre volte se c'è — con il collega Duca avrei un contenzioso aperto nei confronti del quale — mi sia consentito, collega Duca — potrei stare qui delle ore a polemizzare con lei e con la sua posizione; ma il P.S.I., di fronte a questa legge dove sta? Dove si trova? Si trova all'opposizione o si trova in Giunta ed in maggioranza? Quale contributo il P.S.I. ha dato a questo disegno di legge? Credo che il P.S.I. — ho definito qualche giorno fa i socialisti "forchettoni" ed intendo ribadire questo giudizio: siete dei forchettoni della politica, ma non in quanto usate la forchetta o il forchettone per mangiare, siete dei forchettoni perché siete trasformisti e non avete nemmeno il coraggio di assumere le vostre posizioni e di sostenere lealmente quella Giunta che si presenta con questo disegno di legge. Questo è un atto di accusa di vigliaccheria politica nei vostri confronti, egregi colleghi del P.S.I., dovete assumervi fino in fondo le vostre responsabilità, che sono politiche, di solidarietà di maggioranza, di solidarietà di Giunta, altrimenti ve ne dovete andare da questa Giunta, abbiate il coraggio di dimettervi, di essere coerenti almeno una volta, ma evidentemente al P.S.I. non si può chiedere di abbandonare le comode poltrone di Giunta...

*(Interruzione)*

**TAVERNA:** Cons. Romano, mi sia consentito di rivolgermi a lei con il termine "consigliere", in quanto in questo momento non la ritengo espressione del P.S.I., mi rivolgo a lei come consigliere

e non come assessore. In questo modo non deve sentirsi obbligato a dimettersi né oggi né mai, perché non la considero un socialista. La polemica è rivolta nei confronti del suo segretario di partito, collega Aldo Duca, il quale a nome del P.S.I. ieri ha parlato in modo tale che la sua dichiarazione è apparsa a me ed ai più come una dichiarazione di sfiducia nei confronti del disegno di legge n. 68.

Dopo aver a lungo polemizzato, andiamo a vedere quelli che sono, a nostro parere, gli strumenti e gli istituti giuridici che potremmo condividere. Innanzitutto ho detto una mezza bugia due secondi fa quando ho detto "basta con le polemiche", c'è ancora una polemica da fare, ma è grande. Una polemica che mi è venuta in mente non tanto perché possa essere considerato uno smemorato, ho la memoria forte, ma mi è venuta in mente leggendo l'art. 1 del progetto di legge n. 9 della Regione Veneto, proposta di legge di iniziativa del gruppo della D.C.: "Norme per la tutela della maternità, della vita nascente e dell'infanzia", questa è una proposta di legge della D.C. e all'art. 1: "Il gruppo regionale della D.C. del Veneto...

*(Interruzione)*

**TAVERNA:** Cons. Tonelli, guardi che ho un pacco che non riguarda solamente il Veneto, credo di essere documentato, c'è anche l'Emilia-Romagna, la Liguria, la Toscana, ho qui tutta la produzione legislativa delle Regioni.

Quando il gruppo regionale della D.C. del Veneto presenta questa proposta di legge n. 9 del 24 ottobre 1990, quindi non è di 10 anni fa, ma di qualche mese fa, recita all'art. 1: "La Regione Veneto in attuazione dei principi stabiliti dagli artt. 2 e 31 della Costituzione ed in armonia con quanto disposto dagli artt. 1 e 2 della legge 22 maggio 1978, n. 194, "Tutela sociale della maternità e sulla interruzione volontaria della gravidanza". Ma lei lo sa, assessore Morandini, che questa legge, la 194, meglio nota come legge sull'aborto, è stata promulgata da un Presidente della Repubblica che era democristiano? E' stata controfirmata da un Presidente del Consiglio che era democristiano, controfirmata da un Ministro Guardasigilli democristiano, da un Ministro alla Sanità democristiano, da un Ministro al Lavoro ed alla Sicurezza sociale democristiano. Ma allora ci vogliamo prendere in giro? Ecco perché il motivo della polemica nasce da ragioni antiche, da convinzioni sempre presenti. Come si può allora parlare di tutela della maternità, se al tempo stesso abbiamo legiferato circa il diritto a negare la maternità attraverso l'aborto? Questa è una delle contraddizioni di questo nostro amato Paese!

Allora quando vogliamo per avventura vedere cosa è stato fatto nel corso di questi anni, una cosa sola è stata fatta: la legge 5 marzo 1963, n. 389, che ricorderà benissimo l'assessore Romano, "Istituzione della mutualità pensione a favore delle casalinghe", l'unico provvedimento in essere di questa Repubblica è la legge 5 marzo 1963, n. 389 e che cosa abbiamo in Parlamento? Alcuni disegni di legge, ma sono di iniziativa parlamentare, mai governativa. Allora voglio ricordarne due, per non essere accusato di essere fazioso: il primo è la proposta di legge n. 1165 a firma dei deputati Poli-Bortoni, Fini, Almirante, Altini, Baghino, Berselli, Caradonna, Deldonno, Franchi, Guarlia, Loporto, Macaluso, Maceratini, Martinatti, Massano, Matteoli, Mazzone, Menniti, Mitolo, Nania, Parigi, Parlato, Pazzaglia, Pellegatti, Rallo, Rauti, Rubinacci, Servello, Suspiri, Staiti Dicudia, Tassi, Tarella, Trantino, Trentino, Tremaglia e Valensise, questa la 1165 del 22 luglio 1987, presentata alla Camera dei Deputati, e l'altra - per non essere accusato di parzialità - è la proposta di legge presentata dai Senatori della D.C., primo firmatario la sen. Russo-Jervolino, che è stata presentata, guarda caso, il 22 luglio 1987, la medesima data della proposta di legge presentata dal M.S.I., che, per quanto riguarda quanto almeno il problema dell'assegno alle casalinghe, è l'unica produzione legislativa, o quanto meno l'unico tentativo di promuovere una produzione legislativa, ma sotto questo profilo il

Governo è assente, esso quando viene costituito e forma il pacco di maggioranza non prevede nel proprio programma questi istituti, il Governo li ignora ed allora deve intervenire la Regione, e se interviene la Regione, al di là di possibili e probabili contestazioni sul piano giuridico circa la piena legittimità, piena competenza e rispondenza della nostra competenza rispetto agli obiettivi che comunque sono obiettivi che il M.S.I. giudica per quanto riguarda i momenti ispiratori come obiettivi positivi e da realizzare, ebbene, proprio di fronte a questa capacità, questo coraggio, perché lo voglio ribadire anche in questo momento, questo disegno di legge rappresenta un'inversione di tendenza ed è, a nostro giudizio, una sana inversione, proprio nel momento in cui la società italiana, e non soltanto quella, ma ormai si può dire la società occidentale è così opulenta da essere vittima di una cultura dei consumi, dei supermercati, del consumo fine a se stesso, del consumo per il consumo, quasi che tutti i messaggi debbano essere prima ingeriti, digeriti e poi espulsi, ma di fronte a questa visione veramente piatta e misera della concezione della vita noi del M.S.I. ci opponiamo e siamo con lei, assessore Morandini, quando anche lei fa gli stessi nostri discorsi.

Allora dobbiamo intenderci circa il percorso di questo disegno di legge. Ho avuto modo in Commissione, sostenendo le cose che oggi ho sostenuto, quindi da parte nostra vi è sempre quella coerenza di cui siamo fieri ed orgogliosi di poter dimostrare e praticare, abbiamo detto in Commissione che il M.S.I. giudica positivamente il momento ispiratore anche di istituti giuridici che del momento ispiratore sono la diretta conseguenza. Abbiamo però rivolto due obiezioni che sono per noi irrinunciabili sul piano politico: la prima è di carattere meramente organizzativo, siamo contro alla creazione di carrozzini o carrozzoni, siano essi provinciali o regionali, siamo perciò a favore che questo disegno di legge possa essere gestito tramite convenzione o con l'INPS o anche addirittura con un istituto assicurativo di natura privata, siamo comunque contrari che la Regione ancora una volta si spogli di proprie competenze riservate ai sensi dell'art. 6 dello Statuto di autonomia e quindi nel momento in cui abbiamo assistito alla frantumazione del diritto all'amministrazione unitaria della giustizia in questa regione con l'istituzione della sezione staccata della Corte d'appello, rivendichiamo come M.S.I., partito tradizionalmente anti-regionalista, ma che per assurdo in questo momento viene a rappresentare l'unico polo politico di rilievo che difenda la Regione, i suoi istituti, le sue prerogative e le sue competenze, siamo contrari comunque a deleghe nei confronti delle due Province; se l'istituto, se il momento organizzativo deve essere pubblico, deve essere riservato alla Regione, la Regione assolva questo compito direttamente e non deleghi nulla a nessuno.

L'altro punto fondamentale ed irrinunciabile per il M.S.I. è il requisito dei 4 anni di residenza per poter fruire delle prestazioni, ma qui siamo nel ridicolo, come si fa a mutuare una norma statutaria, l'art. 25 dello Statuto, che prevede nel caso dell'elettorato attivo il requisito quadriennale della residenza, che abbiamo sempre contestato e sempre lo contesteremo, ma che potrebbe al limite e per assurdo avere un suo significato in una perversa logica di difesa di non so che, quale prerogativa o quale gelosia di tipo etnico, ma in questo momento, quando stiamo discutendo di una legge nei confronti della quale vede destinatari tutti i cittadini, non con il vincolo quadriennale della residenza, ma che significato ha? Abbiamo fatto un emendamento a questo proposito, in modo tale che non ci si può accusare di essere vetero-nazionalisti per sostenere queste cose, abbiamo fatto l'emendamento dicendo che quanto meno il diritto non sia potuto esercitare da tutti i cittadini che abbiano la cittadinanza di uno dei Paesi della CE, quanto di più avanti, allora, e non di più indietro, ma non ci si può fermare di fronte ad un Diktat del S.V.P. — perché se essere un Diktat del S.V.P. quello del requisito quadriennale della residenza per poter fruire delle prestazioni — questa è un'aberrazione giuridica, un pugno alla logica, alla giustizia, se dobbiamo sostenere i bisogni, essi non hanno sensibilità linguistica, i bisogni sono bisogni in quanto tali, che parlino tedesco, italiano, sono sempre bisogni e sono

degni di tutela a prescindere dal gruppo linguistico di appartenenza ed allora, se vogliamo che questa legge vada in porto, noi del M.S.I., per quanto ci riguarda, dopo aver detto in maniera molto chiara, aperta, direi coraggiosa, le nostre legittime aspirazioni e dopo aver denunciato i nostri legittimi dubbi la polemica accesa, che sia in grado di riportare a tensione ideale un provvedimento che invece può soffocare sotto una molteplicità di emendamenti, vittima del ricatto di questo o di quello, e si ricordi, assessore Morandini, il ricatto non trova cittadinanza nel M.S.I., ma il M.S.I. su questi due punti ha dimostrato e dimostrerà anche nel proseguo dell'esame di questo disegno di legge la sua massima capacità ed il M.S.I. è tenace e qui per fortuna non c'è il voto di fiducia che possa cancellare gli emendamenti, abbiamo presentato un certo numero di emendamenti, ma li possiamo moltiplicare e decuplicare ed abbiamo l'energia ed ho la fortuna – mi sia consentito – che qui in Assemblea regionale posso essere validamente aiutato da 4 colleghi, quando nei confronti del disegno di legge sulla caccia il sottoscritto ha validamente contribuito all'azione di ostruzionismo, la presenza numerosa invece del M.S.I. in quest'aula può affondare questo disegno di legge ed allora una delle due, assessore Morandini, o lei ha il coraggio politico – l'onestà intellettuale non è in discussione – e la forza di fare capire all'interno della sua Giunta che è necessario rivedere queste due cose di cui mi sono permesso di accennare, ed allora all'interno di una meditazione che ritengo legittimo da parte nostra invitare a fare, nel senso che se riuscirà a modificare l'atteggiamento della Giunta e della maggioranza rispetto a questi nostri due principali motivi di contestazione, ci sono altri problemi che in questa modestissima relazione non toccherò, perché li toccheremo analizzando l'articolato, ci sono dei miglioramenti che ritengo opportuno fare, ad esempio per quanto riguarda la tutela degli infortuni domestici e non già ricordare e riconoscere la invalidità temporanea assoluta, ma addirittura anche l'invalidità permanente, questi sono emendamenti migliorativi di sostanza, così come elevare l'assegno di educazione, anziché limitarlo ad un anno di vita del bambino estenderlo fino ai tre anni, ma questi sono momenti di discussione nei confronti dei quali sono convinto di trovare quanto meno la possibilità di confronto, assessore Morandini, ma sugli altri due – mi sia consentito – il M.S.I. è deciso ad andare fino in fondo, quindi a buon intenditore poche parole, non è una minaccia né un ricatto, ma soltanto una dichiarazione politica che deve essere soppressa credo con la dovuta attenzione.

Continuando nel mio intervento e cercando di analizzare anche sul piano propositivo o quanto meno sul piano della necessità di un confronto anche su tematiche che sembrerebbero estranee dall'oggetto del disegno di legge, ma che sono, a nostro parere, intimamente collegate e legate, non possiamo non ricordare che siamo sicuri che il messaggio, che questo disegno di legge può dare nei confronti della pubblica opinione, sia altamente positivo anche per l'aspetto di cui mi sono occupato in relazione e quindi toccherò soltanto per sommi capi, perché mi pare che la relazione di minoranza del M.S.I. sia stata da questo punto di vista esaustiva del problema. Abbiamo detto che siamo a favore e leggiamo questo disegno di legge nel senso che è un disegno di legge le cui norme contengono principi di inversione di tendenza e sono rivolti a determinare nell'ambito dell'opinione pubblica un'inversione di tendenza anche a riguardo al problema demografico e a quello della natalità, lo diciamo in maniera molto aperta, non abbiamo paura delle parole, meno ancora dei concetti.

Riteniamo, e qui sono sicuro di interpretare tutto il M.S.I., non soltanto quello del Trentino-Alto Adige, ma di tutta Italia, quando il M.S.I. presentando un apposito disegno di legge a tutela della famiglia, non dei singoli componenti della famiglia, ma della famiglia in quanto soggetto essa stessa sociale, e quindi la famiglia va vista nel quadro complessivo e non nel quadro egoistico o edonistico dei singoli componenti, in quanto come unità, cellula della società dello Stato.

Abbiamo visto e vediamo in questo disegno di legge la possibilità di aggredire

un problema che ci sta molto a cuore, un problema che purtroppo vede l'Italia ormai all'ultimo posto per quanto riguarda il ricambio generazionale, sappiamo — e ce lo hanno insegnato studiosi del campo della demografia come Pacini — che se non vi è un tasso di natalità pari al 2,1% non vi è un naturale ricambio generazionale, quindi saremo purtroppo portati verso la realizzazione di una società vecchia, formata da anziani e quindi avremo grossissimi problemi, non soltanto di mantenimento o di pensione. Quando il Presidente nel corso del suo intervento aveva fatto riferimento a Marini, il Ministro del Lavoro, ma quanti guai ha fatto Marini da sindacalista, cosa possiamo aspettarci che faccia da Ministro? E' meglio che si vada immediatamente allo scioglimento di questa Camera e quindi al rifacimento del Governo, augurandoci che Marini non ricopra più l'incarico di Ministro della Previdenza sociale, perché altrimenti saremmo al di fuori della grazia di Dio. Ma come si fa a costringere le persone a lavorare fino a 65 anni? Qui siamo al di fuori di qualsiasi logica, tradizione, anche da un punto di vista culturale, alla quale il nostro Paese è abituato da tanti anni, e guarda caso queste abitudini trovano le loro radici in un passato più o meno remoto al quale non voglio fare esplicito riferimento, perché voi tutti avete inteso benissimo a quale passato mi fossi riferito, se allora il problema quello di dare un segnale e di ricreare le condizioni affinché questo nostro Paese possa abbandonare questo triste primato di essere l'ultimo dei Paesi del mondo per quanto riguarda il tasso di natalità, che ormai è zero, individuiamo allora anche sotto questo profilo la necessità che questo disegno di legge possa trovare felice compimento in una approvazione; e quando possiamo citare autorevolissimi studiosi in materia che dicono "più cimiteri che asili", quando ci dicono che tra qualche decennio in Italia la popolazione scenderà a 45 milioni di abitanti, con una diminuzione di 12 milioni di abitanti, il problema che sorge, al di là di quelli di cui mi sono occupato, seppur per breve sintesi pochi minuti fa, avremmo un problema gravissimo non solo noi, lo hanno anche tutte le nazioni europee, saremmo ricoperti da una immigrazione nord-africana che ci determinerà un sacco di guai, ma non tanto perché dobbiamo difendere egoisticamente i nostri obiettivi raggiunti, il nostro benessere, che è soprattutto legato al consumo per il consumo, che ha fatto dimenticare gli ideali ed i valori, i quali molto spesso sono soffocati da queste montagne di immondizie, allora è evidente che nasce un altro problema che, secondo il giudizio del M.S.I., non può non trovare un puntuale punto di riferimento in un'azione politica di un Governo degno di tale nome, anche qui in questa occasione ed a proposito di questo argomento mi sovviene un altro socialista forchettoni, che è il Vicepresidente del Consiglio, che con la sua famigerata legge Martelli, che ha consentito l'entrata in Italia di tutti a qualsiasi rango questi individui appartengano con il risultato di creare all'interno della Nazione una guerra tra i poveri e di vedere come io vedo e tutti voi vedete a Bolzano ed a Trento questi extracomunitari dormire accartocciati sotto i ponti, in una situazione veramente di inciviltà e nessuno, al di là di qualche sporadica forma di intervento, che sa più del demagogico che dell'organizzatorio e del programmatico, al di là di queste poche sporadiche forme che hanno il sapore della demagogia, nessuno nei fatti è in grado di intervenire, allora diciamo sì a questa legge, anche per questi motivi, diciamo sì ad un'inversione di tendenza per quanto riguarda la natalità, un popolo è forte e può continuare a sopravvivere soltanto se è in grado di destinare per il futuro le nuove generazioni, che devono coprire tutti gli spazi occupazionali, di ricerca scientifica, culturali, di presenza non soltanto di ordine meramente formale, ma di presenza culturale ed anche — permettetemi — di ordine politico.

Ma quando mai un Paese come il nostro, a poche centinaia di chilometri assiste impotente alla guerra civile che si sta sviluppando nell'ex-Jugoslavia, quando mai un Paese degno di questo nome, che possa giocare nel mondo un suo ruolo, che sia capace di esprimere una politica, l'unica cosa che condivido, tra le moltissime che non condivido, di quando sta dicendo ultimamente l'on. Flaminio Piccoli, è questa: sia lui che noi concordiamo sul fatto che il

Governo è privo di politica estera, e guarda a caso anche in questa occasione abbiamo per Ministro un forchettoni di socialista.

Avviandomi alla conclusione di questo intervento — mi mancano 8 minuti, così sono in grado di sviluppare altre questioni — quando prima dicevo che vediamo questo disegno di legge come inversione di tendenza anche sotto questo profilo, e diciamo che è necessario perseguire questa linea politica, lo diciamo non tanto perché siamo convinti che questo disegno di legge possa da solo risolvere i problemi cui prima facevo cenno, che sono problemi di ordine continentale, ma quanto meno il momento di ispirazione possa costituire per qualcuno un campanello di allarme, per qualcuno un ancoraggio, per qualcuno un esempio da imitare, perché bisogna anche sapere imitare gli esempi, quando sono validi e giusti, e sono convinto che anche sotto questo profilo la Regione potrebbe assolvere ad un ruolo importante se sarà capace di condurre a termine questo disegno di legge, ma non nelle premesse cui prima facevo riferimento, accusando il Presidente della Giunta regionale che ora è qui e quindi mi permetto di riprendere la polemica, perché un Presidente che si rispetti è presente al dibattito, evidentemente il Presidente della Giunta regionale quando parla un oratore del M.S.I. si sente dispensato dall'essere in aula...

*(Interruzione)*

**TAVERNA:** Allora, Presidente, ho detto prima che la Giunta era rappresentata unicamente dall'assessore Morandini e, guarda a caso, dovevo polemizzare con la Giunta rappresentata idealmente dall'assessore Morandini quando le mie idee in un certo qual modo collimano con le idee dell'assessore Morandini, questa è una contraddizione politica, illustrissimo signor Presidente, che mi sono permesso prima di richiamare e di sottolineare. Accetto non dico le sue scuse, ma quanto meno la sua precisazione, quando lei afferma che la sua assenza non è dovuta al fatto che in quel momento parlasse il rappresentante del M.S.I., mi fa piacere che la sua telefonata è durata quasi un'ora, evidentemente aveva molte cose importanti da dire, ma è importante anche stare qui a seguire il dibattito, signor Presidente, mi pare che sia importante, se non per imparare, perché non mi permetto di insegnare nulla a nessuno, ma quanto meno per un dovere di cortesia nei confronti di un collega che sta sudando e sta cercando di portare modestissimamente il suo contributo in un dibattito che — mi sia consentito sottolineare nuovamente — stava prendendo una bruttissima piega, perché mi pare di aver capito che al di là delle accuse che si possono politicamente e reciprocamente fare abbiamo di fronte una maggioranza che è ormai un'Armata Brancaleone dal punto di vista dell'oggettività degli interventi che si sono sviluppati, e dall'altra parte una Giunta ed una maggioranza nei confronti della quale due partiti quanto meno hanno fisicamente dato l'impressione di essere presenti, mentre il terzo partito — mi riferisco ai forchettoni socialisti — ha dimostrato ancora una volta la più totale latitanza.

Avviandomi alla conclusione, signor Presidente della Giunta che mi dà l'onore ed ha l'onore di potermi ascoltare, dichiaro a nome del gruppo del M.S.I. che la posizione nostra è quella che abbiamo tenuto in Commissione. E' una posizione rispettosa del contenuto, delle finalità, dei propositi e degli ideali che sottendono questo disegno di legge, è una posizione oltre che rispettosa è anche di parziale condivisione sugli istituti giuridici che questo disegno di legge mette in campo, direi che è anche di condivisione perché realizza, a nostro modesto parere, una salutare inversione di tendenza rispetto ad una concezione edonistica della vita che a nostro giudizio merita di essere contrastata con efficacia e con tenacia.

E' un disegno di legge nei confronti del quale il M.S.I. aveva dichiarato in Commissione che avrebbe determinato la sua posizione rispetto a due problemi che

consideriamo politicamente irrinunciabili ed allora, dal momento che lei, signor Presidente, non c'era, — ora c'è, ma è distratto e la voglio richiamare l'attenzione —, due sono i vincoli nei confronti dei quali il M.S.I. sceglierà la strada da intraprendere nel proseguo del dibattito e dell'iter di questo disegno di legge: primo, il M.S.I. non accetta che la Regione deleghi alcunché nell'esercizio delle sue competenze, secondo motivo di vincolo per noi irrinunciabile è la scomparsa dal testo di tutti i riferimenti al requisito quadriennale della residenza per ottenere le prestazioni di cui agli istituti medesimi vengono ricondotte.

Queste sono posizioni estremamente chiare, coraggiose, di apertura, ma al tempo stesso sappia, signor Presidente, che il M.S.I. nella condizione qualora questi due vincoli non fossero soddisfatti di andare fino in fondo, affinché non si possano perpetuare ulteriormente disegni di legge iniqui, discriminatori, sperequativi nei confronti di tutti i residenti nella Regione Trentino-Alto Adige a prescindere dal gruppo linguistico e dalla residenza. E' un problema di bisogni e non di residenza.

Questo è il messaggio che il M.S.I. ha voluto dare attraverso la relazione di minoranza ed il mio modestissimo intervento odierno.

**(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)**

**(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)**

**PRÄSIDENT:** Herr Abg. Taverna, Sie sind pünktlich wie eine Uhr. Es ist genau die Zeit von 60 Minuten in dieser Sekunde abgelaufen.

Der nächste Redner ist der Abg. Kaserer.

**PRESIDENTE:** Cons. Taverna, Lei è puntuale come un orologio. In questo secondo è scaduta l'ora che aveva a disposizione per il suo intervento.

Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Kaserer.

**KASERER:** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich außerordentlich, daß wir endlich diesen Gesetzentwurf hier im Regionalrat behandeln. Es hat sehr lange gedauert und die unmittelbar Betroffenen, das muß auch einmal gesagt werden, haben sehr viel Geduld gezeigt. Sie haben lange gewartet, daß endlich die Arbeit — und wir dürfen sie so bezeichnen — der Mütter und Hausfrauen rechtlich — auch das möchte ich auch einmal sagen — und vor allem auch einmal geldlich auf irgendeine Art anerkannt wird. Bisher haben wir alle diese Tätigkeiten als selbstverständlich betrachtet: Die große Arbeit, die in aller Stille und mit sehr viel Freude und Hingabe und ideal für das Wohl der Familie und damit auch für das Wohl der Gemeinschaft geleistet worden ist. Eine Leistung, die für unsere Gesellschaft unentbehrlich ist. Es war eigentlich im Grunde genommen unmenschlich, daß die Anerkennung nicht schon früher erfolgt ist und erst jetzt mit diesem Gesetz. Die Entlohnung einer Tätigkeit finden wir anderweitig als selbstverständlich und deshalb haben wir endlich die Wege gefunden, um die Tätigkeit, die Arbeit der Hausfrau anerkennen zu können. Das Gesetz ist sicher nicht vollkommen, das wissen wir, wie viele andere Gesetze nicht vollkommen sind. Aber ich kann mich an jene Gesetzgebungskommission vor 4–5 Jahren zurückerinnern, als man einseitig eine Maßnahme treffen wollte und einer bestimmten Kategorie von Hausfrauen die Geburtzulage geben wollte. Ich habe mich damals widersetzt, weil ich gesagt habe, daß es ungerecht ist, die anderen, die "Nur-Hausfrauen" auszuschließen. Damals bin ich scharf angegriffen worden. Aber ich freue mich deshalb umso mehr, daß als Folge jener Arbeit damals in der Gesetzgebungskommission dann im Plenum ein Beschlußantrag eingebracht worden ist, mit dem der Regionalausschuß verpflichtet worden ist, diesbezüglich Maßnahmen zu ergreifen, sobald die Region über die

notwendigen Mittel verfügt. Das ist nun der Fall und infolgedessen ist es richtig, daß das jetzt gemacht wird.

Ich bin der Meinung, daß es nicht Almosen sind, daß es falsch ist, jetzt von Zuckerlen, die hier gewährt werden zu sprechen. Die Geburtsbeihilfe beziehen andere ja schon. Es sind einzig und allein die Hausfrauen, die davon ausgeschlossen sind und deshalb ist es richtig, daß man im Sinne der Gleichberechtigung innerhalb der Frauen endlich den "Nur-Hausfrauen" diese Geburtsbeihilfe im selben Ausmaß wie sie die anderen selbständig Tätigen bekommen, gewährt. Wenn man nun auch noch das Erziehungsgeld hinzunimmt, wenngleich im bescheidenen Ausmaß von 300.000 Lire, wie bereits gesagt worden ist, so ist das für viele doch ein Anreiz, länger in der Familie zu bleiben, d.h. länger das Kleinkind zu betreuen. Wenn wir auf Pädagogen und Psychologen hören, die sagen, daß gerade diese Zeit von besonderer Bedeutung, ja ausschlaggebend auch für eine spätere Entwicklung ist, dann glaube ich, ist es richtig, daß wir hier einmal einen Anfang setzen, damit das Kind in die Lage versetzt wird, ein ganzes Jahr seine Mutter bei sich zu haben.

Die Familienzulage ist eine Möglichkeit, um den Familien mit mehreren Kindern, also ab dem dritten Kind, eben etwas zu geben. Das gilt auch für die Unfallversicherung. Wenn jemand anderer einen Unfall hat und ins Krankenhaus muß, dann bekommt er seinen Lohn weiter. Für die Hausfrau müßte eigentlich zuhause ein Ersatz gesucht werden und deshalb ist es gerechtfertigt, daß dieses Tagegeld gewährt wird – das gleiche gilt für das Krankengeld –, um auf diese Weise leichter einen Ersatz zu finden, auch damit Kinder nicht von der Familie weggebracht werden müssen, sondern sie weiterhin dort bleiben können.

Es ist kritisiert worden, daß man die Hausfrauenrente, d. h. das eigentliche Ziel der Hausfrau, nämlich zu einer eigenen Hausfrauenrente zu kommen, daß man sie nicht in dieses erste Paket mit hineingenommen hat. Das hat verschiedene Ursachen. Aber ich muß sagen, es ist nicht normal, daß in einem Gesetz Maßnahmen angekündigt werden, die mit einem weiteren Gesetz durchgeführt werden sollen. Somit ist das dann auch eine klare Verpflichtung – und das ist etwas, was wir unbedingt haben wollten – seitens der Regionalregierung, daß auch das zweite Gesetz mit der Gewährung der Hausfrauenrente und auch mit der Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung, d.h. mit einem Beitrag für die freiwillige Weiterversicherung, kommt. Ich verstehe deshalb zum Teil schon die Kritik gewisser Leute seitens der Opposition, zum Teil aber auch nicht. Denn daß gerade Frauen aus den Kreisen der Opposition gegen dieses Gesetz reden, das hat mich in den vergangenen Tagen schon sehr gewundert. Es mag sein, daß sie eine andere ideologische Ausrichtung haben, daß sie eine andere Auffassung von der Familie haben, aber deswegen muß ihre Auffassung von der Familie nicht die richtige sein. Wir sagen nicht, daß unsere die allein gültige ist, aber auf jeden Fall bin ich der Meinung, daß die herkömmliche Familie die echte Zelle und die geeignete Umgebung für das Großwerden eines Kindes ist. Ich bin nämlich der Meinung, daß, nachdem die Großfamilie nicht mehr besteht, Kinderhorte nicht der geeignete Ersatz für die Familie sind. Das sollte ideologisch eigentlich der Vergangenheit angehören. Eine Betreuerin im Kinderhort, die x Kinder dort hat, ist nicht dasselbe, wie wenn eine Mutter ihr Kind betreut. Wenn es dazu führt, daß mehr Frauen zuhause bleiben und in der Familie ihre Arbeit verrichten, dann bin ich überzeugt, daß das auch dazu beitragen wird, daß wir mit weniger Störungen – wenn ich es einmal so sagen darf – vielleicht in Zukunft rechnen können, mit weniger Fehlverhalten von Jugendlichen und vielleicht auch mit weniger Aussteigern. Wenn das durch diese Maßnahme gelingt, dann haben wir schon sehr viel getan und wenn es auch nur wenige wären, die auf diese Weise nicht aussteigen, dann ist das schon viel besser, weil es dadurch viel leichter wird, ein echtes Familienleben zu führen und die berufstätige Frau und Mutter ist einfach gehetzt. Darüber besteht kein Zweifel. Wer das nicht sieht, der sieht an der Realität vorbei. Die spätere Inanspruchnahme von Psychologen und

Psychiatern und dergleichen mehr – und wir brauchen sie heute leider in einer großen Zahl – hängt auch damit zusammen, daß die Familie nicht mehr das ist, was sie einmal war. Da frage ich mich auch manchmal: wer hat denn alles mögliche getan, um die Familie sozusagen zu verteufeln, um jede nur mögliche Autorität in der Familie, in der Gesellschaft, zu untergraben? Das sind Früchte davon. Wenn wir heute mit dieser Maßnahme einen kleinen Beitrag leisten, damit die Familie wieder intakter wird, damit es in der Familie wieder besser wird, auch durch kleinen wirtschaftlichen Maßnahmen, dann haben wir gut getan. Und es muß nach wie vor die freie Entscheidung der Frau – und ich glaube nicht nur der Frau, sondern die Entscheidung der Familie – sein, was man tut. Ob man sich für die Inanspruchnahme dieser Familie entscheidet oder nicht. Jedenfalls hat meiner Meinung nach die öffentliche Hand die Verpflichtung, diese Möglichkeit zu bieten, weil wir überzeugt sind, daß wir hier für die Familie und damit für die Generation von morgen sicher sehr viel Positives leisten.

Ich habe den Kollegen Benedikter, der heute leider nicht da ist, gestern nicht gut verstanden, wenn er gesagt hat, die Region sei dafür nicht zuständig. Wir könnten solche Maßnahmen sozusagen nicht in die Welt setzen. Dann verstehe ich ihn nicht mehr, nachdem er eigentlich früher derjenige war, der gesagt hat, wir müssen so viel wie möglich Kompetenzen vom Staat auf das Land übertragen und jetzt ist er derjenige, der uns hier die Zuständigkeit abstreiten will. Und meines Erachtens geht es hier um eine gute Maßnahme. Er wird – ich habe das schon einmal im Landtag gesagt – so wie der Saulus zum Paulus geworden ist, so wird er vom Paulus zum Saulus. Also er geht den umgekehrten Weg – traurig, muß ich sagen.

Ich verstehe auch nicht die Obstruktion mit insgesamt 400 Abänderungsanträgen seitens der Opposition. Damit will man erreichen, daß diese Maßnahmen, ganz gleich, ob es sich um das Erziehungsgeld oder um die Geburtenbeihilfe handelt, nicht verwirklicht werden können: wenn man das alles ernstlich prüfen und hier behandeln will und auch bei der Behandlung dieser Abänderungsanträge dieselbe Obstruktion betrieben wird, wie sie es vorhaben, dann sind wir nächstes Jahr um diese Zeit auch noch da und werden inzwischen kaum andere Maßnahmen treffen.

Daß dem MSI die Delegation auf die Länder mißfällt, ist auch klar und daß dem MSI die eine Voraussetzung der vierjährigen Ansässigkeit, um diese Maßnahmen zu beanspruchen, nicht gefällt, ist auch verständlich, denn er wäre ja weiter für eine Zuwanderung aus dem Süden in diesem Lande, wobei sie etwas verschweigen, daß wenn jemand eine Person hier im Lande heiratet, dann trifft das ja nicht zu. Dann kann er ja diese Maßnahmen in Anspruch nehmen. Aber wir möchten nicht zu einem Mekka der Leute werden, die hier heraufkommen, ihr Kind zur Welt bringen und dann bald einmal wieder verschwinden, aber unsere Mittel doch in Anspruch nehmen. Für so dumm darf er uns nicht halten und ich glaube, daß das auch ein legitimes Recht ist, daß wir danach trachten, daß wir unsere Mittel, die wir zur Verfügung haben, daß die unserer Bevölkerung zugute kommen. Ich bin überzeugt, daß wir mit diesen Maßnahmen, daß die Gelder, die die Region nun in reichlichem Maße hat, daß wir hier eine gute Sache tun, daß die Mittel der Region gut eingesetzt sind, daß wir hier einmal nicht nur von der Familie und von Idealen reden, sondern diese Ideale auch zu unterstützen versuchen. Ich glaube, es wäre auch richtig, daß wir jenen, die sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt haben und diese Maßnahmen für die Familie, dieses Familienpaket, schon lange aber konsequent verwirklichen, daß wir denen auch einmal einen Dank sagen. Ich glaube, das darf man auch einmal von der Kollegin Franzelin sagen, die das wirklich konsequent verfolgt hat und die auch trotz ihrer Behinderung versucht, so weit wie möglich diese Debatte hier mitzuverfolgen.

Eine Bitte an den Regionalausschuß, daß er sich wirklich bemüht, alles zu tun, damit auch das zweite, das wesentliche Paket mit der Hausfrauenrente endlich auch in die Kommission kommt und dann im Regionalrat verabschiedet wird. Uns bleibt die Hoffnung der

Einsicht der Kollegen, daß wir mit der Behandlung dieses Gesetzentwurfes rascher weiterkommen als es derzeit den Anschein hat, damit die Betroffenen umso schneller in den Genuß dieser – sagen wir es ruhig einmal – Wohltätigkeiten kommen können. Danke schön!

*(Illustrissimo signor Presidente! Colleghe e colleghi! Sono particolarmente soddisfatto, in quanto questo disegno di legge viene finalmente discusso in Consiglio regionale. C'è voluto molto tempo e i diretti interessati – bisogna dirlo – hanno avuto molta pazienza. Hanno atteso a lungo che il lavoro della casalinga e della madre – lo possiamo definire così – venga riconosciuto legalmente e soprattutto – consentitemi – anche retribuito. Fino ad oggi tutte queste attività le abbiamo considerate ovvie: il grande lavoro che in silenzio, con grande gioia e dedizione viene prestato per il benessere della famiglia e della collettività. Un servizio indispensabile per la nostra società. In definitiva è davvero increscioso che questo lavoro non sia stato riconosciuto prima, ma solo adesso con questa legge. D'altro canto riteniamo che un lavoro debba venire, ovviamente, retribuito e per questo abbiamo finalmente trovato una strada per riconoscere il lavoro domestico. Sicuramente la legge non è perfetta, come del resto non lo sono anche altre leggi, lo sappiamo. Ma ricordo quella Commissione legislativa di 4 o 5 anni fa, quando si è trattato un provvedimento in base al quale venivano corrisposti i sussidi per la maternità ad una determinata categoria di casalinghe. A suo tempo mi opposi, sostenendo che non fosse giusto escludere coloro che si dedicavano esclusivamente al lavoro domestico. E venni aspramente criticato. Ma la mia soddisfazione è tanto più grande, in quanto in seguito, conseguentemente ai lavori di quella Commissione, è stata presentata una mozione con la quale si impegnava la Giunta a prendere provvedimenti in tal senso, non appena fossero disponibili le necessarie risorse finanziarie. Oggi queste risorse ci sono e quindi è giusto adempiere a quell'impegno.*

*Personalmente non credo si tratti di un'elemosina e penso che sia sbagliato paragonare queste provvidenze a zuccherini. In fondo i sussidi di maternità vengono corrisposti ad altre categorie. Sono solo le casalinghe ad esserne escluse e quindi in virtù del principio della parità dei diritti tra le stesse donne, è giusto concedere finalmente questi sussidi nella stessa misura in cui vengono corrisposti alle altre lavoratrici autonome. Prendiamo ad esempio l'assegno di educazione: anche se si tratta soltanto di 300.000 Lire è pur sempre qualcosa che spinge a restare più a lungo in famiglia e occuparsi del proprio figlio. Gli psicologi e i pedagoghi affermano che proprio questo periodo è di particolare, se non fondamentale importanza per il futuro del bambino. A questo punto ritengo sia giusto partire con questo disegno di legge, in modo che il bambino possa avere al suo fianco la madre per un anno intero.*

*Gli assegni familiari offrono la possibilità di dare qualcosa alle famiglie numerose, a partire dal terzo figlio. Lo stesso dicasi per l'assicurazione contro gli infortuni domestici. Se gli appartenenti ad altre categorie professionali subiscono un'incidente e devono essere ricoverati, lo stipendio lo ricevono comunque. Invece per la casalinga bisognerebbe trovare a casa qualcuno che la sostituisca e perciò è giustificato concedere questa indennità giornaliera – lo stesso dicasi per l'indennità di malattia – in modo da trovare qualcuno che la sostituisca, senza dover allontanare i bambini dalla famiglia.*

*Sono state avanzate delle critiche al fatto che in questo primo pacchetto non sia prevista la pensione alle casalinghe, il vero obiettivo perseguito dalle casalinghe. Questa omissione è dovuta ad una serie di ragioni. Ma devo dire che non è normale annunciare in una legge dei provvedimenti che verranno attuati con una legge successiva. Questo è un chiaro impegno – ed è quello che volevamo – da parte della Giunta regionale a predisporre un secondo disegno di legge con la pensione alle casalinghe e anche con i sussidi per la prosecuzione volontaria. Pertanto mentre comprendo una parte delle critiche mosse dall'opposizione, non mi è chiaro perché proprio le donne di alcuni partiti dell'opposizione si siano pronunciate contro questa legge. Devo dire che nei giorni*

scorsi questo fatto mi ha stupito non poco. Questo atteggiamento può essere dovuto alla loro ideologia e ad una diversa concezione della famiglia, che però non deve essere per forza quella giusta. Noi non diciamo che la nostra debba essere quella giusta. Ad ogni buon conto io sono dell'avviso che la famiglia tradizionale sia la vera cellula della società e l'habitat ideale per la crescita di un figlio. Infatti dal momento che non esiste più la grande famiglia, penso che gli asili nido non siano la sua sostituzione ideale. Questa impostazione dovrebbe appartenere all'ideologia del passato. Un'assistente dell'asilo nido non è la stessa cosa di una madre. Se con questa legge più donne resteranno a casa e svolgeranno il lavoro casalingo, sono convinto che si fornirà un apporto notevole per far diminuire in futuro i fenomeni negativi — se così li posso definire — e le devianze dei giovani. Forse anche meno donne lasceranno la famiglia. Se ci riusciremo con questa legge, abbiamo fatto davvero molto. Ma anche se fossero solo poche, quelle che grazie a questa legge resteranno in famiglia, è comunque un vantaggio. In tal modo è molto più facile condurre una vera vita familiare, in quanto la donna lavoratrice che al contempo è anche madre è semplicemente stressata. E su questo non ci sono dubbi. Chi non lo capisce, ignora la realtà. Il ricorso agli psicologi e psichiatri — e oggi purtroppo ce n'è bisogno in gran copia — dipende anche dal fatto che la famiglia non è più quella che era una volta. Di tanto in tanto anch'io mi chiedo chi abbia fatto tutto il possibile per demonizzare la famiglia, per sminuire ogni autorità possibile all'interno della famiglia e della società. E questi non sono che i frutti. Se oggi con queste provvidenze noi diamo il nostro piccolo contributo per far sì che la famiglia resti compatta e viva meglio, noi facciamo un'azione positiva. E come in passato, deve essere una libera scelta della donna — e non credo solo della donna, ma della famiglia — decidere cosa fare. Se dedicarsi alla famiglia oppure no. Comunque a mio avviso lo Stato ha il dovere di offrire questa opportunità. Infatti siamo convinti di fare così qualcosa di molto positivo per la famiglia e per la generazione di domani.

Ieri non ho capito bene il collega Benedikter, che oggi purtroppo non c'è, quando ha dichiarato che la regione non ha competenza in materia, e quindi noi in teoria non potremmo introdurre queste provvidenze. A questo punto non lo capisco proprio più: una volta era quello che diceva che la provincia doveva ottenere la delega di quante più competenze possibili dallo Stato, adesso invece ci contesta questa competenza. E a mio avviso questi sono provvedimenti validi. Come ho già avuto modo di dire in Consiglio provinciale: Saul si è convertito al cristianesimo, lui invece fu il contrario. Davvero triste.

Non capisco nemmeno l'ostruzionismo delle opposizioni, con 400 emendamenti. Si vuole che questi provvedimenti, a prescindere che si tratti dell'assegno di educazione o dell'assegno di natalità, non vengano attuati. Infatti se vogliamo esaminarli tutti esaurientemente e in fase di trattazione degli emendamenti si farà lo stesso ostruzionismo, ipotesi che è già stata ventilata. L'anno prossimo a quest'ora saremo ancora qui, e nel frattempo ovviamente non sarà possibile prendere altri provvedimenti.

E' chiaro che al MSI non piace la delega alle province, come del resto nemmeno il requisito della residenza quadriennale, per poter usufruire delle provvidenze. Il MSI sarebbe dunque favorevole ad una immigrazione dal sud nella nostra regione, ma non dice che il requisito decade se una persona è coniugata con qualcuno che risiede nella nostra regione. Non vogliamo diventare una Mecca per gente che magari viene qui, mette al mondo un figlio, usufruisce delle provvidenze e poi sparisce. Non possiamo passare per così stupidi e credo sia un nostro diritto legittimo cercare di far sì che i mezzi di cui disponiamo tornino a vantaggio della nostra popolazione. Sono convinto che con questi provvedimenti, con questi soldi, di cui la regione dispone abbondantemente, facciamo qualcosa di valido. Ritengo che le risorse della regione siano ben impiegate. E che finalmente famiglia e ideali non siano solo belle parole, ma vengano anche supportate da azioni concrete. Credo che sarebbe anche giusto ringraziare coloro che si sono adoperati in passato a tale scopo e hanno consentito la realizzazione di questi interventi, di questo pacchetto famiglia. In particolar

*modo mi riferisco alla collega Franzelin, che ha seguito tutto con impegno e cerca di seguire per quanto possibile il dibattito in aula, nonostante le sue condizioni fisiche.*

*Vorrei rivolgere una preghiera alla Giunta: di adoperarsi e fare tutto il possibile in modo che anche il secondo pacchetto, quello più importante con la pensione alle casalinghe, giunga finalmente in Commissione e poi venga approvato in Consiglio regionale. Non ci resta che sperare nella benevolenza dei colleghi e proseguire con la trattazione di questo disegno di legge più rapidamente di quanto prospettato, in modo che gli interessati possano beneficiare quanto prima di queste – diciamo pure – opere di beneficenza. Grazie!*

**(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)**

**(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)**

**PRESIDENTE:** Mi sembra di poter accogliere la richiesta di sospendere i lavori alle ore 12.31, essendo stata prevista la convocazione della seconda Commissione legislativa per le ore 14.00. Per dar modo ai signori Consiglieri di pranzare, se nessuno si oppone, sospenderei i lavori. Noto che non vi sono opposizioni, per cui sospendo la seduta. I lavori riprenderanno alle ore 15.00.

(ore 12.31)

(Ore 15.07)

**Vorsitzender: Präsident Peterlini**

**Presidenza del Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen, und ich bitte um den Namensaufruf.

**PRESIDENTE:** Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

**MORELLI:** (segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT:** Ich bitte, jetzt ein bißchen ruhiger zu werden. Im Saal ist es so laut, daß man das Gespräch, das in den Bänken geführt wird, besser hört als die Redner. Wollen Sie bitte Platz nehmen, denn wenn es so weitergeht, muß ich die Sitzung wieder unterbrechen... Ich bitte die Damen und Herren, die sich unterhalten wollen, hinauszugehen. Ich bin nicht bereit, mit der Sitzung zu beginnen, solange es so zugeht.

Dann können wir jetzt mit der Debatte fortfahren.  
Das Wort hat Abg. Rella.

**PRESIDENTE:** Prego i Consiglieri di fare un po' più di silenzio. Il rumore è talmente forte che si sentono meglio le conversazioni tra i consiglieri che non gli oratori. Vi prego di prendere posto, altrimenti mi vedo costretto ad interrompere nuovamente la seduta... Invito i signori consiglieri che vogliono conversare tra loro ad uscire dall'aula. Non sono disposto a dare inizio ai lavori con questa confusione.

Adesso possiamo proseguire con la discussione.  
La parola al cons. Rella.

**RELLA:** Grazie, signor Presidente. Signor assessore e signor Presidente della Giunta, credo che sia in atto, ma non voglio fare un processo alle intenzioni, ma credo sia in atto il gioco delle parti, perchè non capisco come sia pensabile l'approvazione di questo disegno di legge se è vero, come è vero, che nei corridoi ed in aula la maggioranza dei colleghi da noi interpellati dichiarano di nutrire profondissime riserve su questo disegno di legge. Lo dico in modo chiaro, la maggioranza assoluta dei colleghi esprime questo tipo di preoccupazione.

Non so se si tratti di gioco delle parti o di demagogia, credo che i tempi per l'approvazione del complessivo pacchetto di previdenza integrativa siano tempi piuttosto lunghi in proiezione e, aggiunta l'osservazione fatta dalla maggioranza dei colleghi su riserve consistenti sostanziali a questo impianto, probabilmente fanno apparire come fondata una promessa di realizzazione di questo progetto, che poi di fatto credo potrebbe non tradursi in sostanziale provvedimento operativo. Probabilmente anche il Governo farà osservazioni.

Ricordo che la sentenza citata dal collega Benedikter della Corte costituzionale sulla legge della Val d'Aosta, afferma un principio, che è del resto contenuto nella norma di attuazione del nostro Statuto di autonomia, per il quale l'impianto nazionale, relativo alla spesa sanitaria e previdenziale, rispettivamente la possibilità quindi di assunzione di oneri che spettano al cittadino o l'aggravio delle risorse dello Stato costituiscono illegittimità di una norma eventualmente prodotta dalla nostra regione.

Direi che vi è un elemento, da questo punto di vista, di un certo rilievo, che riguarda la fondatezza della competenza della regione a emanare una norma in materia di assistenza, sulla quale sono intervenuti già i colleghi, materia che è di assoluta ed esclusiva competenza delle Province.

I provvedimenti relativi alla maternità e quelli relativi agli assegni familiari costituiscono indiscutibilmente materia di tipo assistenziale. La questione secondo me è irrilevante, perchè rende illecito il provvedimento così come proposto e dunque si tratta qui di approvare una legge che verrà respinta dal Governo, per questa ragione, perchè l'assegno di maternità e quello familiare riguardano competenze che sono sicuramente di tipo assistenziali, non riguardano assicurazioni sociali o previdenza e quindi vi è un problema di competenza.

La Regione aveva sviluppato uno studio, attraverso il CNEL, che riguardava la possibilità interpretativa dell'art. 6 dello Statuto speciale della norma di attuazione, norma peraltro emanata prima dell'approvazione della riforma sanitaria, il quale studio, fatto da illustri studiosi della materia giuridica e istituzionale, commissione presieduta da Ardigò, concluse dicendo che non c'era dubbio che la potestà legislativa integrativa della Regione nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali poteva consentire l'istituzione di prestazioni integrative che amplino quelle assicurative previste dalle leggi dello Stato, che prevedono prestazione previdenziale a favore di soggetti non tutelati dalle medesime leggi, prestazioni di nuove forme di tutela non previste dalle leggi dello Stato.

La possibilità di istituire enti regionali autonomi è prevista soltanto con una competenza limitata alla gestione e all'erogazione delle gestioni integrative — così dice lo studio, io non sono d'accordo con questa limitazione — ferma e salva la facoltà di stipulare comunque convenzioni con gli istituti nazionali previdenziali per l'attuazione delle proprie leggi nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali.

Dunque in base a questo parere, commissionato dal consiglio nazionale dell'economia e del lavoro ad una specifica commissione, a differenza di riserve che sono espresse dai colleghi, credo si tratti di un provvedimento percorribile, con la riserva, che noi sottolineiamo, relativa alla questione di tipo assistenziale, che non rientra nelle competenze e nelle funzioni della Regione.

Vi è poi un problema di credibilità della delega, in quanto a nostro giudizio

sono più che sussurrati i pareri delle Giunte provinciali di una profonda riserva ad assumere nella propria gestione gli istituti autonomi che con questa legge si andrebbero ad istituire. Sia la Provincia di Trento, come quella di Bolzano, a noi pare aver avvertito, le due Giunte provinciali esprimono riserva ad assumere il rischio, ecco perchè c'è un'altra domanda, oltre ai tempi la demagogia, il gioco delle parti sui corridoi, c'è anche questa dichiarazione delle Giunte provinciali di una riserva ad assumere una funzione naturalmente finanziariamente a rischio.

La terza questione che volevo osservare è quella che riguarda le risorse finanziarie. Vorrei chiedere ai colleghi di prestare un secondo di attenzione. Andiamo a discutere un disegno di legge sulla base di una proiezione di impegno di circa 60 miliardi adesso, 50 miliardi col secondo pacchetto, con una stima che è basata su proiezioni del tutto ipotetiche e approssimative naturalmente. Ho tentato di fare una breve analisi della fondatezza, è difficile dire se sono fondate e meno, però chiedo se ho sbagliato a leggere, laddove è prevista l'assistenza per i ricoveri ospedalieri per malattia o per infortuni, è prevista l'crogonazione a contadini, artigiani e casalinghe di 37 mila lire al giorno di degenza dal quinto giorno compreso. La proiezione dice che le utenze riguarderanno 93 mila giornate per le casalinghe, 26 mila degenze per i coltivatori diretti, 29 mila per artigiani e commercianti, per una spesa di 5 miliardi e mezzo.

Le entrate sono stimate, rispetto alle 149 mila giornate di degenza, in 152 mila contribuzioni, pari al numero dei soggetti che teoricamente farebbero una giornata di degenza a testa, ma a tutti 152 mila dovrebbero corrispondere 136 mila lire annue, il ticket di ingresso per l'assistenza.

Domando scusa se magari ho letto in modo sbagliato questa proiezione, dico che è del tutto infondata, la previsione di una corrispondenza numerica tra giorni di presenza e numero di persone che contribuiscono, cioè sarebbero 152 mila soggetti che accederebbero a questo contratto, con 149 mila presenze, cioè una giornata a testa di degenza risarcita.

Ho fatto questa considerazione perchè questo è il capitolo nel quale non dovrebbe esserci nessun onere aggiunto a carico della Regione. Credo si tratti di una valutazione sbagliata e che la preoccupazione di rischio avanzata dalle Giunte regionali sia invece molto fondata e che noi stessi dobbiamo proporci la domanda, stamattina diceva il cons. Peterlini: è una legge che deve durare 10 anni e non soltanto 1 anno.

E' serio fare una legge che dovrebbe durare nel tempo sulla base di una proiezione di impegno finanziario del tutto alcatatorio, a rischio, rispetto al quale le prospettive finanziarie della Regione e delle Province sono tutt'altro che rosee, cioè la questione delle risorse finanziarie, insieme alla credibilità delle stime, deve essere accompagnata a una previsione di una stretta finanziaria dello Stato e alla considerazione che non a caso le assicurazioni private sono obbligate ad istituire fondi di riserva matematica di fronte al rischio. Queste sono forme assicurative a rischio, coperte dal bilancio regionale, che non sarà in grado di garantire il finanziamento.

Ecco perchè bisogna avere di fronte il quadro complessivo dei due pacchetti dell'iniziativa di tipo previdenziale integrativo, di tipo assistenziale, stabilire bene quali sono le competenze e di chi, quali sono le reali possibilità di copertura.

In Commissione oggi il Presidente della Giunta regionale, in modo poco dignitoso ha detto: la previsione del bilancio che stiamo esaminando per il 1993 è ridotta di 20 miliardi per queste voci, perchè c'era bisogno di far quadrare i conti. Mancano 20 miliardi, dove li prendiamo? Riduciamo questa voce dei provvedimenti in corso di emanazione.

E' una situazione, secondo me, non solo poco dignitosa, clamorosa, visto che bisogna coprirle queste voci, è l'unica voce messa a disposizione dal punto di vista finanziario per coprire le conseguenze di questa legge, ridotta di 20 miliardi non potrà coprire i due progetti

di previdenza e assistenza, allora la legge non è seriamente fondata, poiché il bilancio regionale ha questa lacuna che ci viene proposta.

Colleghi, non so se sono stato chiaro, per il 1992 sono previsti circa 105 miliardi per questa legge, per il 1993 sono previsti 80 miliardi, ne mancano 23 miliardi, secondo me il bilancio è legge e non è una cosa che si tira con l'elastico. Dunque, o si trovano i fondi per garantire la copertura oppure è una presa in giro ed io insisto a dire che anche da questo punto di vista siamo di fronte a un rischio.

La quarta considerazione di principio riguarda l'idoneità. Sono davvero idonei due istituti autonomi provinciali, mi domando anche se la Regione può delegare le funzioni relative alla previdenza integrativa; quelle relative all'assistenza sono già delle Province e possono essere integrate da funzioni relative alle assicurazioni sociali, ma sono idonei due istituti provinciali in province così piccole? È idonea la creazione di nuovi istituti che portano a duplicazione di funzioni di spese, di uffici, di personale, di oneri gestionali? O non era possibile pensare, come dice l'art. 2 del disegno di legge, al primo comma, a forme di convenzione con istituti pubblici o autonomi, sia previdenziali, sia assicurativi, il disegno di legge prevede soltanto la gestione diretta.

Noi gruppo del PDS siamo convinti che sia opportuno sviluppare un rapporto con l'INPS e con l'INAIL fino ad arrivare all'assunzione delle funzioni amministrative di questi istituti, per i quali ci siamo impegnati in più occasioni a fronte delle loro disfunzioni di carattere amministrativo, ferme però restando le regole nazionali, fermo restando il principio per il quale il diritto dei cittadini deve essere regolato da norme di carattere generale, di equità e tenuto conto del fatto che siamo di fronte a una strumentazione in evoluzione, sia per quello che riguarda le forme dell'assistenza, si pensi alla riforma in corso della riforma sanitaria e si pensi alla riforma del sistema pensionistico.

Dunque anche di fronte a questo tipo di evoluzione della normativa e dei trattamenti nei confronti del bisogno dei cittadini, riteniamo che la strada corretta doveva essere quella delle convenzioni.

Ci chiediamo anche se questo sia l'ultimo colpo che si dà alla Regione, è rimasto il catasto che non può essere delegabile perché riguarda una delega dello Stato, ma sicuramente realizzato questo principio per il quale sono in corso tentativi da 20 anni, con il trasferimento alle Province significa svuotare definitivamente la Regione di una propria funzione, che non sia quella dell'erogazione finanziaria, è una questione che vogliamo mettere nel conto.

Fatte queste premesse di carattere generale e istituzionale arriviamo al disegno di legge. Noi solleviamo obiezione per il fatto che questo disegno di legge aveva bisogno di un confronto organico e approfondito con le organizzazioni sindacali, rappresentative della collettività, che ha rapporto diretto con le forme di intervento dello Stato e con i quali naturalmente doveva essere affrontata la questione relativa anche alla pensione per le casalinghe.

Ieri ci è stato fatto intendere, quasi come una sorta di favore alle minoranze, la sospensione della discussione di questo disegno di legge ad avvenuta approvazione del passaggio alla discussione articolata, vero è invece che c'è un solenne impegno della Giunta regionale con le organizzazioni sindacali, che hanno manifestato la propria protesta, c'è un impegno solenne ad affrontare l'intera materia, i due pacchetti con le stesse organizzazioni sindacali prima che si vada in aula. Perciò la sospensione è un'esigenza reale e non una concessione.

Riteniamo quindi che sia inammissibile questo modo di procedere che è stampo imposto anche al Consiglio regionale. Riteniamo tra l'altro che la parte più importante di questa iniziativa legislativa, in attuazione dell'art. 6 dello Statuto stia nel secondo pacchetto,

quello che riguarda la pensione alle casalinghe e quello che riguarda i lavoratori irregolari. Riteniamo che questi aspetti abbiano fondamenti di carattere oggettivo, regole anche di tipo sociale e di carattere oggettivo più certo, mentre la parte che oggi è in trattazione ha un aspetto molto clientelare, come rischio, di cui hanno parlato già molti colleghi.

Di questo disegno di legge noi condividiamo l'assegno per la natalità, non ripeto le ragioni già argomentate relative al diritto delle donne di essere messe tutte sullo stesso livello e del resto il nostro disegno di legge presentato in Provincia, che secondo noi resta alla Provincia l'ente titolare di queste funzioni, prevede questo tipo di equiparazione e quindi l'intervento per l'assegno di natalità per porre le donne in una condizione di pari dignità e diritto, con rispetto però delle fasce di reddito, che ci sembra questo un elemento assolutamente fondamentale e distintivo, non adeguatamente regolato nel disegno di legge.

La seconda cosa sulla quale concordiamo, che ci sta a cuore, è quella che riguarda gli assegni familiari. Un assegno familiare naturalmente che sia significativo, ma che vada incontro a situazioni di effettivo bisogno, non di un'elargizione generalizzata che non ha senso, anche qui con rapporto alle fasce di reddito e dunque alle fasce di bisogno...

...lo sappiamo che non è previdenza ma è assistenza, l'abbiamo denunciato, questa è una scappatoia che è meschina, bisogna intervenire nei confronti dei bisogni reali, di quelli che sono effettivi bisogni sociali e l'assegno familiare deve avere adeguata dimensione, noi abbiamo proposto 150 mila lire al mese, però nei confronti delle situazioni che effettivamente dimostrino esigenza e bisogno.

Il cons. Peterlini stamattina diceva che il rischio è che si tratti di un zuccherino, piuttosto che di un intervento corrispondente al bisogno reale e quindi un intervento significativo, meglio un intervento significativo, ma questo riferito al bisogno reale.

Quindi dal primo figlio e non dal terzo, non ha senso, o le situazioni sono di bisogno effettivo e allora dal primo figlio, dal terzo figlio è un provvedimento che è acritico rispetto alla situazione sociale sulla quale si vuole intervenire.

Ben più importante è la questione che riguarda il secondo pacchetto, relativo alla pensione alle casalinghe e questa è prevenzione per la quale però bisogna partire da una età di effettivo bisogno, in un processo tra l'altro che vede una proiezione inversa rispetto a quella perseguita dal disegno di legge, di cristallizzare in casa le donne, le casalinghe, un processo in corso in Italia e in Europa che tende a far entrare le donne nel mondo del lavoro in condizioni di pari diritto e dignità agli uomini, è quindi un processo inverso rispetto a quello qui prospettato.

Quindi la pensione alle casalinghe, partendo anche qui dall'età del bisogno, dalla fascia dalla quale parte l'esigenza di garantire la contribuzione, salvo che non ci siano delle condizioni precise che possono essere autocertificate di una attività che è esclusivamente domestica da parte della donna, che non c'è bisogno di regolare in legge come opportunamente iscritta all'albo a 18 anni, non è questo che si deve perseguire.

Quarta cosa quella relativa ai lavoratori irregolari, relativamente alla integrazione previdenziale, per la quale però devono essere istituiti naturalmente gli enti bilaterali che sono in costituzione e vediamo quali sono anche qui gli impegni finanziari corrispondenti e la strutturazione che deve essere data a questa forma di intervento della nostra autonomia speciale.

Dunque vi erano e vi sono fondate ragioni per ritornare in Commissione con questo disegno di legge, non tenerlo in aula assessore, ho già detto demagogia, gioco delle parti, gioco sui tempi ecc.

Resistenza delle Giunte provinciali, indeterminatezza dell'effettiva proiezione della spesa e quindi incertezza nella possibilità di copertura, io dico che la copertura in prospettiva non ci sarà, è bene tornare in Commissione con l'intero pacchetto, il primo e il

secondo, per fare un progetto organico – tra le righe l'ho sentito anche suggerire dai colleghi del SVP intervenuti ieri e stamattina – che riesca a far funzionare priorità, che a nostro giudizio sono quelle della pensione alle casalinghe e dei lavoratori irregolari, priorità e corposità di queste normative, sia anche per gli effetti sociali, istituzionali e finanziari che determinano e dunque per un'organizzazione anche provinciale, rispetto alla quale vorrei fare qualche proposta.

Se questi interventi, non so se le Giunte provinciali oggi sorridono perchè sanno che questa legge non verrà mai in attuazione reale, può darsi, ho sentito aleggiare le preoccupazioni a rischio di assumersi questa responsabilità finanziaria. Queste priorità e questi quattro interventi, ripeto ancora, pensione alle casalinghe, lavoratori irregolari, assegno di mobilità, assegni familiari, se fatte con il rispetto delle fasce di reddito possono aver senso e rispondere ai bisogni sociali reali, rispondere a una ragione sociale, altrimenti il rischio è clientelare e per qualche aspetto regressivo, che guarda vecchi schemi anche della società.

Sollevo poi una questione che è relativa al divario, che io considero abissale, tra il reddito reale e quello ufficiale, quello dichiarato, altri colleghi hanno sollevato la questione.

Confesso Presidente del Consiglio che è una tortura fare l'intervento in queste condizioni, sono quasi dell'idea di rinunciare a proseguire l'intervento!

Credo che nel momento in cui si prevedono delle entrate contributive e dei diritti di utilizzazione di queste prestazioni assistenziali e previdenziali integrative, rapportate alle fasce di reddito, dobbiamo aver presente che il reddito reale è abissalmente diverso dal reddito fiscale, se non istituimo forme di accertamento, che secondo me non sono possibili oggi, ma che applicando l'art. 82 dello Statuto di autonomia, che chiama Regione e Province a concorrere, collaborare all'accertamento fiscale, possiamo anche arrivare a una definizione più corrispondente delle fasce del bisogno e del reddito, un problema reale. Se noi ci nascondiamo questo aspetto, colleghi, ecco perchè ho detto anche clientelare e demagogico, stiamo attenti, perchè nei settori del turismo, laddove c'è una rendita immobiliare, c'è un'evasione fiscale rilevante, pacifica e nel settore dell'agricoltura, dove il reddito è rapportato a quello domenicale e agrario, automatico e non reale, c'è un divario abissale tra il reddito reale e quello ufficiale.

C'è bisogno di correggere questa situazione, altrimenti l'intervento viene fatto rispetto a condizioni che non rappresentano bisogni reali, trascurando invece chi il bisogno reale lo dimostra.

Considero davvero una cosa poco apprezzabile nel disegno di legge, inopportuna la istituzione di una forma assicurativa della Regione per la degenza ospedaliera dei lavoratori autonomi, sia per malattia, come per infortuni. Colleghi, se siamo seri sappiamo che le casse rurali e la cassa di risparmio di Bolzano già hanno istituito forme di intervento gratuito, assicurativo per malattia e infortuni, sappiamo che sono diffusissime tra gli istituti assicurativi privati o pubblici, lo dico con cognizione di causa, perchè da 27 anni sono agente principale dell'INA, che è dello Stato, che fa questo tipo di interventi assicurativi, per i quali istituisce delle riserve matematiche che sono essenziali per garantirsi di fronte al rischio di un'utilizzazione anche alta della forma assicurativa.

Da questo punto di vista, tenuto conto dell'esistenza di forme assicurative già previste da altri istituti, perchè non andare alla convenzione con gli istituti assicurativi dello Stato o privati, perchè non ricercare l'individuazione di un pool di istituti assicurativi con i quali fare il contratto, la convenzione. Quale sarà il rischio di questo tipo di impostazione, rispetto al risultato della contribuzione, ma davvero questa è la novità sulla quale possiamo incardinare la qualità del disegno di legge, dell'azione della Regione? Io credo proprio di no.

C'è bisogno di ripensare dunque all'intero impianto, perchè se è vero che il secondo pacchetto prevede l'istituzione di una forma precisa, cassa regionale per la pensione

alle casalinghe, prospetta una forma diversa da quella dei due istituti provinciali e quindi legiferare in materia di assistenza, che è campo della Provincia è per un verso improprio e guarda caso deve essere strutturato a livello provinciale, deve essere legato anche alle forme di assistenza già presenti a livello provinciale, tutta la sanità e l'assistenza e svolta dalle Province anche in materie che interferiscono con le previsioni di integrazione, che qui abbiamo nel disegno di legge.

Allora c'è bisogno di ripensarlo per le convenzioni con l'INPS e con l'INAIL, per l'eventuale assunzione delle funzioni amministrative tutte dell'INPS e dell'INAIL a livello locale, è dunque basandoci sulla presenza di circa un migliaio di persone esperte a livello delle due Province, aggiornate, dotate di strumenti evoluti, informatici, di rapporto con i bisogni reali, con la società, con le organizzazioni categoriali ecc., potremmo pensare davvero a un progetto più avanzato di assunzione totale delle funzioni amministrative, secondo le regole dello Stato e il principio della parità dei diritti dei cittadini dell'intero Paese, le regole dell'INPS e dell'INAIL, intervenendo in via integrativa con le nostre previsioni per l'assegno di natalità, per la pensione alle casalinghe, per l'assegno familiare e per l'integrazione previdenziale per i lavoratori autonomi, li strutturando il servizio, salvo quella parte assicurativa che può essere fatta in convenzione con istituti privati.

Allora si tranquillizzi il collega Brugger, il nostro non è ostruzionismo, la nostra è la sottolineatura di una serie di elementi precisi e di ragioni per le quali bisogna ridiscutere l'intero complesso dei due pacchetti, ritornare in Commissione, affrontarlo per quello che è, togliere la parte che ha l'aspetto clientelare, introdurre il rispetto alle casse di reddito e quindi di riconoscimento degli effettivi bisogni sociali e organizzare adeguatamente, senza produrre duplicazione di istituti e di spese, l'intervento integrativo della Regione.

Credo che da questo punto di vista anche i rischi di illegittimità della legge che andiamo a discutere sarebbero infondati. Mi auguro quindi che ci sia anche per queste ragioni un ripensamento e si vada in Commissione con un intero pacchetto, poiché se qui venisse votato il passaggio alla discussione articolata è difficile tornare in Commissione, ma bisogna tornare in Commissione per rivedere organicamente questo complesso, perché tanto non si guadagna tempo, la bandierina è stata piantata, ma se bisogna tornare in Commissione e venire con tutti e due i pacchetti i tempi sono identici, allora bisogna tornare in Commissione anche con questo primo pacchetto, se vogliamo ripensare l'impianto sulla base di questi principi, che secondo noi sono più seri, più democratici, più garantisti, anche perché l'approvazione di un testo, sulla base di proiezioni finanziarie, elaborate un po' con insufficiente precisione, rischia di fare una legge che potrebbe durare soltanto poco tempo. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Rella.

Der nächste Redner auf der Rednerliste ist Abg. Levegghi.

Sie haben das Wort.

**PRESIDENTE:** Grazie, cons. Rella.

Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Levegghi.

Prego, consigliere.

**LEVEGGHI:** Assessore Morandini, questo disegno di legge è previdenziale o meramente assistenziale? O meglio è un grande bluff questo intero pacchetto? Cioè la Giunta regionale crede veramente che questo pacchetto, che determinerà un'uscita, dal punto di vista finanziario, copiosa abbia una copertura finanziaria per gli anni in avvenire? Oppure è semplicemente una grande annunciazione di interventi di carattere finanziario, che probabilmente nei prossimi anni

possono non avere copertura finanziaria!

E' un disegno di legge, assessore, che determina un effettivo salto di qualità sulla strada della condizione femminile? E' un disegno di legge che tiene conto di come la donna sia andata cercando negli ultimi anni una posizione di equilibrio, una sua dimensione lontana da posizioni arroccate ed opposte, che la vedevano e la vedono talvolta da un lato madre, sorella o moglie e dal lato opposto donna in carriera, quasi che il primo ruolo escludesse necessariamente il secondo.

Certo non si può negare che l'impegno del legislatore nazionale ci sia stato per attuare parte degli artt. 3, 29, 37, 51 della Costituzione, ma tuttavia permangono palesi squilibri e discriminazioni, che ostacolano una concreta politica attuativa delle pari opportunità, squilibri e discriminazioni che impediscono una diffusione di un atteggiamento all'interno della famiglia e di diversi gruppi sociali che vada verso la pari dignità. La condizione femminile risulta ancora penalizzata da diversi fattori, tra i quali la scarsità di servizi ausiliari al nucleo familiari, consultori, asili nido ecc., la discriminazione nel rapporto di lavoro con esclusione talvolta della donna a processi di formazione ed aggiornamento professionale.

E' vero che non si possono dimenticare i passi in avanti compiuti dal nuovo diritto di famiglia o dalle leggi 903 del 1967 e della 863 del 1984, riguardanti rispettivamente il lavoro femminile ed il part-time, le raccomandazioni della CEE in materia, oltre anche alla conclusione dei lavori scaturiti dagli studi delle Nazioni Unite conclusisi con la conferenza di Nairobi nel 1985. Però lo scenario che si è appena delineato dimostra un'apertura alla nuova figura di donna, che si è affermata negli anni '80 che si sta manifestando nel decennio in corso, una donna che ha conquistato un ruolo nell'ambito dell'economia sociale e che ovviamente e legittimamente non rinuncia, e se lo fa è per libera scelta, al ruolo di madre e moglie.

Quello che stupisce di più è che ancora oggi si pensi troppo spesso per compartimenti stagni, la donna o fa la madre o lavora, perchè nel caso in cui non faccia una scelta certamente l'uno o l'altro ruolo subirà limitazioni. Questo in sintesi è quanto spesso emerge e forse ci dimentichiamo che le società rurali e agricole da cui noi proveniamo, soprattutto le nostre generazioni precedenti, avevano nella donna in realtà la sintesi fra la casalinga e la lavoratrice, perchè i lavori maggiori venivano svolti proprio dalle donne nelle nostre famiglie, oltre a quello di ruolo di madre.

Quindi quello che voglio dire è che non si capisce perchè non vi sia la giusta apertura mentale per cui la donna possa svolgere entrambe le professioni con competenza e in modo riconosciuto, perchè la donna viene portata a scegliere e di conseguenza rinunciare. Scorrendo il disegno di legge pare talvolta che questa sia la direzione intrapresa, sorge il dubbio, assessore, analizzando il disegno di legge, che si voglia nascondere che le strutture di supporto, di ausilio alla madre lavoratrice non esistano, gli asili nido ad esempio non sono in grado di rispondere alle richieste presentate e davanti a questa carenza qual è l'azione intrapresa? Non un potenziamento delle strutture in questione, ma quasi un incentivo al ritiro della donna dal mondo del lavoro per l'educazione dei figli.

Il problema casa, il caro-vita, l'inflazione, la disoccupazione sono stati e sono tuttora le precondizioni che hanno portato all'incremento del lavoro femminile, se togliamo la giusta richiesta di realizzazione della donna nel mondo della produttività.

Tutti questi problemi non esistono più o li vogliamo dimenticare? Il nostro partito si è sempre attivato per l'eliminazione di atteggiamenti e strutture basate sulla divisione tradizionale di ruoli del genere e per la promozione e l'occupazione mista, la realizzazione di ciò può essere certo incoraggiata con il riconoscimento di benefici reali, sgravi fiscali per i datori di lavoro che fanno ricorso al part-time, che incoraggiano la qualificazione tecnico-professionale del personale femminile e soprattutto con la realizzazione di strutture a sostegno della famiglia e

perchè no, su questo condividiamo anche noi, anche con interventi autenticamente previdenziali per le donne prive di lavoro.

In tal senso condividiamo il riconoscimento del valore sociale della maternità e quindi la previsione dell'assegno di natalità, anche se ci poniamo un problema di giustizia sociale, perchè vi sono donne che lavorano e sono soggetti deboli da un punto di vista sia sociale che economico e donne che non lavorano e che sono comunque soggetti forti.

Per quanto concerne l'assegno di cura al genitore, anche se secondo noi sarebbe meglio inglobarlo all'interno dell'assegno di natalità, riteniamo che si dovrebbe permettere la vigilanza del genitore non solo in quel periodo determinato dalla legge, ma come sosteneva la collega Zendron nella sua relazione di minoranza, anche in altri periodi di difficoltà della famiglia, dovuti a malattie del figlio o altri problemi di handicap fisico o psichico, problemi di droga o altri ancora.

In ogni caso, così come è strutturato il disegno di legge, crediamo che vada garantito indipendentemente dall'utilizzo e meno delle strutture pubbliche convenzionate di assistenza.

Non intendiamo soffermarci sugli altri tipi di interventi previsti, che a nostro avviso rispondono a mere logiche assistenziali.

In sintesi, assessore, le chiediamo: innanzitutto sarebbe opportuno conoscere l'intera partita e cioè non solo questi timidi passi, talvolta confusi, alcuni demagogici, che sono contenuti in questa legge, ma l'intera partita di intervento previdenziale nei confronti delle donne. Sarebbe però opportuno conoscere anche la capacità finanziaria previsionale di spesa e quindi la capacità di questa Giunta regionale di coprire con le entrate e le uscite che queste leggi metteranno in campo, onde evitare che queste norme siano un bluff, che nel giro di qualche anno si sgonfieranno, perchè di fronte al rigore, alle restrizioni economiche della spesa pubblica e di fronte all'espansione e alla forbice che si viene ad attuare rispetto alle uscite, la Regione non è più in grado poi di garantire la copertura finanziaria.

Su questa legge sono stati presentati alcuni emendamenti, alcuni di questi del PSI, che noi condividiamo pienamente, noi vorremmo sapere se c'è la volontà di accettare questi emendamenti. Vi sono altri emendamenti del PDS, in parte condivisibili, che credo meritino una risposta, perchè al di là di tornare in Commissione, al di là del fatto che sarebbe opportuno conoscere l'intera partita, ma prima di esprimere un voto rispetto al passaggio alla discussione articolata, credo sia necessario che la Giunta esprima la propria volontà politica rispetto agli emendamenti che sono stati presentati.

Questa mattina il cons. Peterlini ricordava come sia necessario avere interventi di carattere previdenziale nei confronti delle donne più deboli, che non lavorano, soprattutto nel momento della maternità, io condivido questo, soprattutto – diceva – con riferimento al fatto che per esempio le donne che lavorano nell'ente pubblico possono ad una certa età usufruire della pensione e probabilmente la riforma delle pensioni fino a questo momento non ha risolto questa sorta di ingiustizia sociale, ma se pensiamo che nella Provincia di Trento esiste addirittura una norma per cui le dipendenti provinciali degli enti pubblici e dei comuni possono, oltre ai periodi stabiliti dalla legge nazionale di maternità, usufruire di un periodo di aspettativa che va da 0 a 3 anni, entro il quinto anno del bambino, certo senza assegni, ma che è computato ai fini della maturazione della pensione, non solo, ma gli oneri a carico della Provincia sono totali, cioè quelli sia propri che del dipendente.

Quindi ci rendiamo conto che di fronte all'intero mondo del lavoro esterno a quello pubblico vi sono una serie di privilegi che non si giustificano perchè non vi sono le risorse per garantirli e pur tuttavia si garantiscono questi privilegi, che oggi portano il bilancio dello Stato nelle dimensioni in cui siamo, anche questi contribuiscono allo sfascio economico della

nostra nazione.

E' quindi evidente che rispetto a questo è necessario stabilire un minimo di riequilibrio di giustizia sociale nei confronti delle donne che non lavorano, senza che questo voglia essere un premio o un incentivo, ma deve essere una libera scelta.

In buona sostanza, assessore, pur rilevando che vi sono alcuni aspetti importanti, ancorché non condivisibili così come messi nella legge, che opportunamente emendati e corretti possono trovare anche la nostra condivisione, anche se questi piccoli passi vanno valutati all'interno del disegno complessivo di questa Giunta, chiamato pacchetto famiglia, dobbiamo sottolineare che l'impianto complessivo della parte che noi conosciamo oggi cade spesso e ripetutamente nella logica di obbligare la donna a scegliere il lavoro o la casa, come se quando lavora, costretta a volte per necessità, non sia al tempo stesso lavoratrice e casalinga.

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Leveghi.

Der nächste Redner auf der Rednerliste ist Abg. Brugger.  
Er hat das Wort.

**PRESIDENTE:** Grazie, cons. Leveghi.

Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Brugger.  
Ha la parola.

**BRUGGER:** Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise hat der Fraktionssprecher der Partei die Aufgabe, den Standpunkt seiner Partei zu den Gesetzentwürfen darzulegen. Wie sie vielleicht feststellen konnten, ist dies bei diesem Gesetzentwurf gar nicht notwendig, denn es hat in dieser Legislaturperiode hier im Regionalrat noch kein einziges Gesetz gegeben, zu dem sich so zahlreiche Vertreter meiner Partei zu Wort gemeldet haben. Sie haben sich zu Wort gemeldet, um zu diesem Gesetz insgesamt zu stehen, und sie haben sich zu Wort gemeldet, um verschiedene Aspekte dieses Gesetzentwurfes zu beleuchten, und zwar aus verschiedener Sicht. Wie Sie gehört haben, hat es innerhalb der Südtiroler Volkspartei auch eine Kommission gegeben, die in den letzten eineinhalb Jahren sehr viel, sehr oft und sehr intensiv daran gearbeitet hat, ein "Familienpaket" zu schnüren, das tatsächlich den Vorstellungen gerecht wird, die man sich seit vielen Jahren macht.

Da möchte ich gleich das eine vorwegnehmen: Es ist hier verschiedentlich von seiten der Opposition die Frage gestellt worden, ob man mit diesem ersten Gesetzentwurf, mit diesem ersten Paket, nicht einfach nur etwas verabschieden will, was vielleicht teilweise – wie gesagt wurde – auch ganz gut sein kann, aber mit dem man die eigentlichen Prioritäten verkennt. Ich sage hier ganz unmißverständlich: Es ist eine klare Absicht und Überzeugung nicht nur der Südtiroler Volkspartei, sondern auch der Regionalregierung, den zweiten Teil dieses "Familienpaketes" zu bringen, vor allen Dingen die Hausfrauenrente. Auch die übrigen Gesetzentwürfe, die im zweiten "Familienpaket" enthalten sind, werden mit Gewißheit vorgelegt. Sie wissen, es ist einmal der Bereich der Hausfrauenrente, es ist auch der Bereich der Mindestrente für alle, es ist der Bereich der Zusatzrenten, es ist aber auch – und darauf werde ich später noch zurückkommen – ein Gesetzentwurf, der uns im Rahmen des "Familienpaketes", im Rahmen dieser Maßnahme, die wir verabschieden, sehr wichtig erscheint, nämlich die Hilfe für die Bergbauern zumindest in dem Bereich, in dem – wie wir wissen –, diese heute in einer Situation sind, die sie bei den Banken Geld aufzuleihen zwingt, um die Sozialabgaben zahlen zu können. Aber später noch mehr davon.

Das, was ich hier sagen will, ist, daß die Volkspartei hinter diesem Gesetz steht

und daß sie es vollinhaltlich teilt. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß es zu diesem Gesetzentwurf sehr harte Auseinandersetzungen gegeben hat und daß sehr intensiv darüber diskutiert worden ist. Sie wissen ganz genau, Kollegen von der Opposition, daß wir uns auch intern sehr hart damit auseinandergesetzt haben und daß wir ganz bestimmt nicht zu allem zu einer einhelligen Meinungen gefunden haben. Wir haben uns aber auf dieses "Paket" geeinigt, indem wir sagten, daß wir zu diesem ersten Text nur dann stehen können, wenn auch der zweite vorgelegt wird. Nur dann stehen wir zu diesem ersten Text, wie wir auch zum zweiten stehen werden. Es ist uns ganz klar, daß der zweite Teil des "Familienpaketes" von großer Bedeutung sein wird. Deshalb bitte ich Sie: Schmälern wir um Himmels willen nicht die Bedeutung dieses ersten Teils, indem wir ihn nur so quasi als eine Nebensache ansehen. In den vielen Monaten, die seit Inangriffnahme des "Familienpaketes" vergangen sind, hat der Regionalassessor nicht nur keine Mühen gescheut, er hat auch eine Arbeit geleistet, die sicherlich bisher noch kein Regionalassessor dieser Regionalregierung auf sich genommen hat. Nämlich so und so viele Abänderungen und Überarbeitungen waren notwendig, um vor allen Dingen mit Rom eine Übereinkunft zu erzielen. Wir können heute mit ruhigem Gewissen sagen: Der Text, der hier vorliegt, ist mit Rom so weit abgestimmt worden, daß es nicht dazu kommen wird, daß das Gesetz rückverwiesen wird. Wir haben bei der Verabschiedung dieses Gesetzes in dieser Hinsicht ein sehr gutes Gefühl, denn wir, aber insbesondere auch der Regionalassessor, hat sich auch auf der Ebene des Überprüfens zusammen mit dem Staat sehr viel Zeit genommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit, – weil ich glaube, daß es am Platz ist – dem Regionalassessor für diesen gewaltigen Arbeitseinsatz, den er für den ersten Teil erbracht hat, und auch für seinen Einsatz für das zweite Gesetz, das ja in Vorbereitung ist und sich in der Abschlußphase befindet, herzlich danken; ich möchte ihm für die ganze zur Verfügung gestellte Zeit, die Mühen und die Arbeit, die er aufgewendet hat, danken. Sehen Sie, wenn wir imstande gewesen wären, den Bereich der Hausfrauenrente so auszufeilen und auszuarbeiten, daß wir den Gesetzentwurf bereits vorlegen könnten, könnten Sie ganz sicher sein, daß wir das gemacht hätten. Weil aber die gesamte Problematik der Hausfrauenrente, der Mindestrente für jeden und auch der Zusatzrenten sehr viel schwieriger ist – und das wissen auch die Kollegen von der Opposition – , sodaß wir uns auch textlich sehr schwer tun, alle Hypothesen vorzusehen und alle Möglichkeiten einer allfälligen Rückverweisung durch den Staat zu berücksichtigen, sind wir eben nicht in der Lage gewesen, diesen Teil zusammen mit dem ersten Teil zu bringen. Aber deshalb, bitte, ist doch überhaupt kein Anlaß, diesen ersten Teil nicht zu verabschieden. Ich glaube einfach, daß wir es uns nicht leisten können und wollen, weiter zuzuwarten. Wie auch Vorredner vor mir sagten, die diesen Gesetzentwurf verteidigten, können wir das, was wir vorhaben, nämlich zwei Maßnahmen rückwirkend bis 1.1.1991 vorzusehen, nur dann verwirklichen, wenn wir das Gesetz noch in diesem Jahr verabschieden. Ich meine, es ist ja bekannt, daß wir, wie es unser politischer Wille ist, sowohl das Geburtengeld als auch das Erziehungsgeld nur dann rückwirkend bis 1.1.1991 vorsehen können, wenn wir in diesem Jahr diese Maßnahme verabschieden. Das haben wir immer verlangt und gefordert. Das wollen wir auf jeden Fall einhalten.

Nun aber ganz kurz zu den Haupteinwänden seitens der Oppositionsparteien. Ich werde aus mehreren Gründen kurz sein. Auch aus einem physischen Grund, weil ich wenig Stimme habe und weil ich somit gar nicht in der Lage bin, sehr lange Zeit zu reden. Aber vor allen Dingen auch, weil ja schon so viel von meinen Kollegen, insbesondere der Fraktion, gesagt worden ist, sodaß ich wirklich nichts wiederholen möchte. Zu den Oppositionsparteien, die sich als laizistische Parteien empfinden, möchte ich sagen: Sehen Sie, ich bin durchaus davon überzeugt, daß der harte Kampf um dieses Gesetz nicht nur reine Obstruktion ist, sondern daß zumindest im Vorfeld der Diskussion tatsächlich sehr viel und sehr stark gearbeitet worden ist,

um eben auf parlamentarischem Weg Abänderungen vorzuschlagen und durchzubringen, was mit aller Härte gemacht wurde. Auf der anderen Seite aber müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir, die Volkspartei, aber ich glaube auch die DC, dieses Gesetz auch als Priorität betrachten, was eben im gesellschaftlichen Leben wichtig ist. Da haben wir nun tatsächlich eine andere Vorstellung von dem, was man unter Familie versteht, vom Wert, der heute der Familie zu geben ist, von einem Wert, den vielleicht gewisse Parteien der Opposition der Familie nicht geben wollen. Wir haben auch ganz spezifische Aussagen und klare Ideen zum Begriff Hausfrau, zur Rolle der Hausfrau und auch zur Aufwertung der Hausfrau. Aber ich bin der Meinung, daß Sie als Oppositionspartei alle Möglichkeiten auszunutzen versucht haben, wie es auch richtig ist. Sie haben auch hier 400 Abänderungsanträge insgesamt eingebracht. Das ist ihr gutes demokratisches und parlamentarisches Recht. Wir haben aber ebenso die Verpflichtung, unsere Zielvorstellungen zu verwirklichen, unseren Weg zu gehen, und wir sind von diesem Weg überzeugt. Wir sind von der Familie überzeugt, wir sind von der Rolle der Mutter überzeugt und wir sind vor allen Dingen auch von der Rolle der Hausfrau überzeugt. Deshalb ist es eine Konfrontation, die einfach auf parlamentarischer Ebene gemacht werden muß. Es kann uns allen leid tun, daß wir nicht über die Generaldebatte hinauskommen, aber auf der anderen Seite haben wir ja in diesen drei Tagen nicht Zeit verloren, sondern wir haben ganz intensiv diskutiert.

Wenn ich aber eine andere Oppositionspartei zum Anlaß nehme und hier meine wirklich scharfe Kritik vorbringe, so ist es die Union für Südtirol. Einige Aussagen des Kollegen Benedikter, aber auch der Kollegin Eva Klotz sind für mich beeindruckend. Das deshalb, weil sie es beide nicht der Mühe wert gefunden haben, auf den Inhalt dieses Gesetzes einzugehen, sondern das Gesetz von vornherein als nicht durchführbar, als außerhalb unserer Zuständigkeiten betrachtet haben und somit Einwände erhoben haben, die im Formellen steckengeblieben sind, und dies haben sie mit aller Härte gemacht. Nun sage ich, daß das das gute Recht jeder Partei ist, aber ich denke, daß es zynisch ist, sich nur darauf zu beschränken, die Nicht-Zuständigkeit anzuführen und auf den Inhalt eines Gesetzes mit diesem Vorwand nicht mehr einzugehen, obwohl man es bei anderen Gesetzen, bei anderen Problemen, genau umgekehrt gemacht hat. Ich führe dazu einige Beispiele an. Wenn heute ein Alfons Benedikter oder auch eine Eva Klotz davon ausgehen, daß wir überhaupt keine Zuständigkeit haben, dieses Gesetz zu verabschieden, obwohl sie genau wissen, daß es nicht stimmt, aber sie behaupten es – und es ist eine Behauptung, die im Raum steht –, und wenn sie uns praktisch von vornherein darauf aufmerksam machen, daß dieses Gesetz rückverwiesen wird, dann erinnere ich an Diskussionen, die wir hier im Regionalrat abgeführt haben, etwa im Bereich der Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis: Es wurde uns immer wieder gesagt, daß unsere Meinung zu fadenscheinig sei. Wir sagten nämlich: Achtung, die Zuständigkeitsfrage ist nicht so einfach, wir können uns hier nicht auf Verfassungsgesetze berufen, mit denen wir die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis abschaffen, das geht doch nicht, weil wir ganz genau wissen, daß wir im Parlament keine Mehrheit erhalten, um ein Verfassungsgesetz, das eine Dreiviertelmehrheit auch im Parlament benötigt, durchzubringen. Daraufhin wurde uns gesagt: Ja, aber probieren müßt ihr es wenigstens! Ihr müßt das probieren! Man kann nicht so weit gehen, daß man etwas nicht probiert. Dieselbe Überlegung haben sie gemacht, wenn es darum ging z.B. über die Ortsnamensgebung in Südtirol zu debattieren und zu diskutieren. Auch dabei wurde uns gesagt: Ihr von der Volkspartei wollt gar nicht durchziehen, ihr wollt gar nicht die beste Lösung finden. Selbst wenn die Gefahr besteht, daß das Gesetz rückverwiesen wird, muß es verabschiedet werden. Es ist wichtig und ihr müßt Euren Standpunkt klar zum Ausdruck bringen. Wenn das also die Überlegung und die Überzeugung der Union für Südtirol ist, dann verstehe ich beim besten Willen nicht, warum man bei diesem Gesetz, bei dem es immerhin – und das sage ich nicht zynisch – um viel Geld geht, das man dem Einzelnen in der Gesellschaft zugutekommen

lassen kann, nicht den Versuch unternimmt, es zu verabschieden. Mit all den Einwänden, die auch von seiten der Opposition und von seiten der Union kommen – auch was die Zuständigkeitsfrage betrifft –, muß auch in diesem Bereich und besonders in diesem Bereich, in welchem man der einzelnen Frau hilft, dem einzelnen Südtiroler hilft, dem einzelnen Trentiner hilft, nichts unversucht lassen, wie es die Union in anderen Bereichen aufgezeigt hat, denn das Geld muß in dieser Form möglichst gut investiert werden. Die Union hat sich in diesem Bereich lediglich darauf beschränkt, festzuhalten, daß man nicht zuständig ist, und deshalb ist es ihr sogar egal, ob man die 50 Milliarden, die wir zur Verfügung haben, jetzt einbaut oder nicht. Das nenne ich politischen Zynismus erster Kategorie, und ich muß sagen, daß ich nur hoffe, daß das auch unter der Bevölkerung Südtirols entsprechend erkannt wird. Denn offensichtlich hat die Union eben nur volkstumpolitische Themen und bei sachpolitischen scheint ihr dann der Wille auszugehen, auch tatsächlich etwas konkret für den einzelnen Südtiroler zu tun. Also, dieser Vorwurf bleibt aufrecht und ich muß sagen, daß ich hoffe, daß die Südtiroler auch diesen Teil der Politik der Union entsprechend zu bewerten wissen.

Nun aber ganz kurz zu zwei Bereichen, die vielleicht in der gesamten Problematik des Gesetzentwurfes noch nicht so ausführlich behandelt worden sind, auch weil meine Vorredner, die Kollegen meiner Partei, sich auf verschiedene andere Maßnahmen konzentriert haben, welche sie auch entsprechend – und ich glaube sehr eindrucksvoll – hier beleuchtet haben. Ich erinnere an alle Interventionen meiner Kollegen, aber insbesondere auch an die Intervention der Kollegin Franzelin, die sehr ausführlich und sehr treffend die gesamte Problematik dieses Gesetzes aufgelistet hat und die auch keinen Zweifel offengelassen hat, daß dieses erste Gesetz ein erster Teil ist und daß der zweite Teil, nämlich die Renten, ganz sicher vorgesehen wird und daß diese ganz eng mit diesem ersten Gesetz in Verbindung stehen. Das steht also außer Diskussion.

Ich möchte also noch einige Worte über das famose Tagesgeld bei Krankenhausaufenthalt sagen, das ja auch hier von den Oppositionsparteien ziemlich stark kritisiert worden ist. Sehen Sie, ich möchte Ihnen hier nur noch einmal in Erinnerung rufen, daß es im Bereich des Tagegeldes einen eigenen Gesetzentwurf gegeben hat, der vor vielen Jahren bereits von den Abgeordneten, die die Bauern vertreten haben, eingebracht worden ist. Man hat schon vor vielen Jahren den Versuch unternommen, den Krankenhausaufenthalt für Landwirte dadurch einigermaßen zu entschädigen, daß man ein Tagesgeld, das nichts mit einer Zuwendung für Pflege und Krankenbetreuung an sich zu tun hatte, vorsieht, sondern es sollte einfach eine Entschädigung dafür sein, daß man selber nicht bei der Arbeit sein kann. Deshalb wurde dieses Tagesgeld gegeben. Dieser Gesetzentwurf wurde auch in der letzten Legislaturperiode eingebracht, bevor wir überhaupt vom "Familienpaket" gesprochen haben. Man hat sich dann zu irgendeinem Zeitpunkt darauf geeinigt, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und ihn in dieses sogenannte "Familienpaket" mit einzubauen. Das ist sozusagen die historische Entwicklung dieses Teiles des Gesetzentwurfes. Daß wir in der Zwischenzeit imstande waren, dieses Tagesgeld nicht nur auf die Landwirte auszudehnen, sondern auch auf die Hausfrauen und auf übrige selbständig Erwerbstätige, das, glaube ich, ist nur ein Vorteil. Umso mehr als ja dies eine der Maßnahmen ist, die finanziell im Prinzip tragbar ist, da die öffentliche Hand entweder kein Geld oder sehr wenig Geld ausgeben muß. Ich glaube, daß auch für eine Hausfrau das Tagesgeld sehr interessant werden kann, wenn Sie bedenken, daß eine Hausfrau, die drei Wochen im Krankenhaus bleiben muß, hochgerechnet immerhin etwas mehr als eine Million Lire dafür bekommt. Ich erlaube mir zu sagen, daß mit einer Million Lire bei gutem Willen und natürlich auch entsprechender personeller Voraussetzung gegebenenfalls Haushaltshilfen in der Zeit, in der die Hausfrau im Krankenhaus ist, zu finden sind. Deshalb ist auch aus dieser Sicht die Maßnahme viel besser, als sie da und dort verschrien worden ist.

Aber noch ein zweites, und zwar, wenn wir schon davon reden, daß wir überzeugt sind, daß das gesamte "Familienpaket" als eine große Maßnahme zu betrachten ist, die aber aus technischen Gründen mit zwei oder vielleicht auch drei Gesetzen getroffen werden muß, so möchte ich bereits jetzt nochmals kurz auf die Problematik der Bergbauern eingehen. Wie Sie wissen, haben jetzt Ende dieses Monats die Bergbauern die erhöhten Sozialabgaben zu begleichen und Sie wissen, daß diese Sozialabgaben im Prinzip, wenn man eine durchschnittliche bäuerliche Familie betrachtet, vervierfacht worden sind. Es ist jetzt tatsächlich so, daß in den letzten Tagen und Wochen sehr viele Bauern oder Leute, die in der Landwirtschaft arbeiten, bei den verschiedenen Stellen vorstellig geworden sind und nachgefragt haben, mit welchem Geld jetzt diese erhöhten Abgaben zu bezahlen seien. Es ist wirklich eine Absurdität, daß viele Bauern Geld bei der Bank aufleihen müssen, um die Sozialabgaben bezahlen zu können. Das ist die absurdeste Situation, die man sich vorstellen kann. Wenn ich für Abgaben, die ich zu leisten habe, bei der Bank Geld aufnehmen muß, dann ist tatsächlich die Frage berechtigt, wo das hinführen soll, wo die vorgegebene Zielsetzung bleibt, nämlich der Schutz der Landwirtschaft, insbesondere der Berglandwirtschaft. Deshalb wurde ein Gesetzentwurf vorbereitet, und er wird in den nächsten Tagen auch von den zuständigen Ämtern genau überprüft werden, wo dieser Ungerechtigkeit abgeholfen werden kann und vor allen Dingen wo dieses große soziale Problem im Berggebiet aufgetreten ist, wo also versucht werden kann, einen guten Teil dieser Erhöhungen abzufangen, indem die Region, solange es der Staat nicht macht, durch die teilweise Übernahme dieser Soziallasten der bäuerlichen Bevölkerung hilft.

Es wurde bereits vom Kollegen Benedikter darauf hingewiesen, daß das gar nicht ginge, weil ja – und er hat ein Urteil zitiert – der Verfassungsgerichtshof es sozusagen als nicht realisierbar erklärt hat. Er hat hier gesagt, daß es nicht möglich ist, daß eine Körperschaft teilweise Kosten übernimmt, die eine andere Körperschaft auferlegt hat. Mit anderen Worten: Wenn der Staat Steuern auferlegt, kann nicht die Region oder die Provinz einen Teil dieser Steuern abfangen. Er hat das einschlägige Urteil dazu zitiert. Dieses Urteil betrifft allerdings etwas anderes und bezieht sich auf einen ganz anderen Fall. Es redet davon, daß Steuern zur Gänze abgefangen werden, d.h. es wurde gesagt, daß es nicht möglich ist, daß eine Region oder eine Provinz eine Steuer, die der Staat auferlegt, in vollem Ausmaß übernehmen kann. Außerdem bezieht es sich ja bekanntlich auf die Abgaben im Gesundheitswesen, d.h. auf die Ticketbefreiung. Ich muß dazu sagen, daß auch, wenn man das Urteil etwas genauer liest, das Prinzip, das wir vorhaben, nämlich die teilweise Übernahme, davon abweicht. Es ist genau das, was wir aufgrund unserer Zuständigkeit ja machen können, nämlich ergänzend tätig zu werden. Ich darf sagen – ich habe leider hier den Text des Gesetzes nicht vorliegen, aber ich kann darauf verweisen – , daß in der Region Aosta im Juni dieses Jahres im Bereiche der Landwirtschaft ein Gesetz verabschiedet worden ist, mit dem eben bestimmte Beiträge, die vom Staate eingefordert werden, von der Region übernommen werden, immer ein Teil davon. Das ist also möglich, denn dieses Gesetz hat vom Staate den Sichtvermerk bekommen. Also ist es nicht so, daß wir uns hier in Kompetenzbereichen bewegen, in denen wir nicht zuständig wären. Das sind die zwei Überlegungen, die ich insbesondere im Bereich der Landwirtschaft anstellen wollte.

Abschließend noch etwas: Es wurde auch verschiedentlich der Vorwurf gemacht, daß bei den Anhörungen in der Gesetzgebungskommission mehrere Verbände nicht zum Zug gekommen sind. Dies ist insbesondere beanstandet und auch in der Öffentlichkeit entsprechend kundgetan worden. Ich darf nur der Gerechtigkeit halber sagen, weil das eine Frage ist, die eben so nach außen hin in der Öffentlichkeit aufgezeigt wurde, daß aber auch die Bauernverbände, das Patronat des Bauernbundes, nicht bei der Gesetzgebungskommission angehört worden ist, aber daraus kein Geschrei gemacht hat, sondern trotzdem die Möglichkeit wahrgenommen hat, über die Abgeordneten politische Interventionen zu erreichen und ihre

Anliegen durchzusetzen.

Ich bin also abschließend der Meinung, daß wir hier ein gutes Gesetz verabschieden werden, daß es sicherlich ein Teil eines größeren Werkes ist, und ich kann heute mit aller Klarheit und politischer Verlässlichkeit sagen, daß der zweite Teil dieses Gesamtpaketes kommt und wir alles daran setzen werden, daß auch dieser zweite Teil so schnell wie möglich verabschiedet wird.

*(Grazie, signor Presidente. Colleghe e colleghi! Normalmente il capogruppo ha il compito di esporre la posizione del suo partito in ordine ai vari disegni di legge. Come forse avrete avuto modo di constatare, per questo disegno di legge non è assolutamente necessario, in quanto in questa legislatura non c'è stato nessun disegno di legge che ha visto intervenire così tanti esponenti del mio partito come in questo caso. Essi hanno espresso il loro sostegno a questo provvedimento, evidenziandolo da varie angolazioni. Come avete sentito, in seno all'SVP è stata insediata una commissione che nell'ultimo anno e mezzo ha lavorato molto molto intensamente per predisporre un pacchetto famiglia che effettivamente potesse soddisfare quelle aspettative che ormai da anni la gente nutre a questo riguardo.*

*Intendo subito dire una cosa: numerosi partiti di opposizione hanno sollevato questo problema: non è forse che con questo primo pacchetto ci si proponga solo di posticipare nel tempo qualcosa che forse in parte – come è stato detto – può essere anche valido, ma trascura i veri aspetti prioritari? A scanso di equivoci dichiaro che è ferma intenzione non solo della SVP ma anche della Giunta regionale portare in Consiglio il secondo pacchetto e soprattutto la pensione alle casalinghe. Lo stesso dicasi anche per gli altri provvedimenti contenuti nel pacchetto famiglia. Sapete che si parla di pensione alle casalinghe, pensione minima a tutti, pensione integrativa ma anche – e riprenderò l'argomento – di un disegno di legge che nell'ambito di questo secondo pacchetto famiglia ci pare molto importante, ovvero un contributo ai contadini di alta montagna per poter pagare gli oneri sociali: questi contadini, come sappiamo, si vedono costretti a chiedere prestiti alle banche per pagare appunto questi oneri. Ma tornerò più tardi su questo argomento.*

*Quello che mi preme sottolineare è che la SVP dà il suo assenso a questo disegno di legge e ne condivide appieno il contenuto. Abbiamo preso atto che in ordine a questa iniziativa legislativa ci sono state dispute molto accese, con discussioni molto forti. Collegli dell'opposizione, sapete benissimo che anche all'interno della maggioranza i confronti non sono stati risparmiati e che non abbiamo trovato una posizione unanime su tutti gli interventi previsti. Ma abbiamo raggiunto un'accordo su questo pacchetto, dicendo che lo avremmo sostenuto solo a condizione che ne venisse presentato un secondo. Siamo perfettamente consci del fatto che questo secondo pacchetto sarà di grande importanza. Pertanto vi prego di non sminuire la portata di questa prima serie di interventi, considerandoli quasi inessenziali. Nei molti mesi che sono trascorsi dall'inizio del "pacchetto famiglia" l'assessore regionale non solo non si è mai tirato indietro quando c'era da lavorare, ma ha svolto un operato che non trova precedenti in questa Giunta. Infatti si è resa necessaria tutta una serie di modifiche e aggiustamenti, per raggiungere soprattutto un'intesa con Roma. Oggi in tutta coscienza possiamo dire: il testo che avete sottomano è stato concordato in modo da non subire alcun rinvio governativo. A questo riguardo noi siamo tranquilli, perché noi, e in special modo l'Assessore regionale, ci siamo presi tutto il tempo necessario proprio per questa verifica con lo Stato. L'occasione mi è gradita – e penso che sia giunto il momento di dirlo – per ringraziare l'Assessore per il grande impegno dimostrato in questa prima fase e anche per l'impegno che sta caratterizzando la seconda legge, già in preparazione e ormai avviata alla fase finale. Intendo ringraziarlo per il tempo che ha messo a nostra disposizione, per l'impegno e il lavoro svolto. Vedete, se fossimo stati in grado di perfezionare la pensione alle casalinghe in modo da presentare già adesso il relativo disegno di legge, l'avremmo fatto di sicuro. Ma le problematiche connesse alla pensione*

alle casalinghe, alla pensione minima per tutti e anche alle pensioni integrative sono molto complesse – e lo sanno anche i colleghi dell'opposizione – per cui è molto difficile predisporre un testo che contempra tutte queste ipotesi e consideri anche tutti i possibili spunti per un eventuale rinvio governativo. Di conseguenza non siamo riusciti a presentare questa seconda parte congiuntamente alla prima. Ma questo non è un motivo valido per non approvarla. A mio avviso non possiamo né vogliamo permetterci di aspettare ancora. Come hanno già sottolineato alcuni consiglieri negli interventi precedenti, parlando in difesa di questa legge, possiamo realizzare quello che ci proponiamo, ovvero due interventi retroattivi al 1.1.1991, solo se approviamo questa legge entro la fine di quest'anno. Voglio dire che è risaputo ed è nostra volontà politica prevedere sia l'assegno di natalità che quello di educazione con effetto retroattivo all'1.1.1991; ma questo è possibile solo approvando entro l'anno queste due provvidenze. E'una richiesta che abbiamo sempre fatto e vogliamo mantenere comunque questo impegno.

Vorrei brevemente accennare alle obiezioni principali sollevate dall'opposizione. Sarò breve per tutta una serie di ragioni, ma soprattutto perché sono giù di voce e non sono in grado di parlare troppo a lungo. Ma in particolar modo perché molti colleghi del mio gruppo sono già intervenuti in modo esauriente, per cui non c'è bisogno che ripeta nulla. Ai partiti dell'opposizione che si ritengono partiti laici voglio dire quanto segue: sono assolutamente convinto che la lotta su questo disegno di legge non sia solo ostruzionismo puro, ma che quantomeno a livello di discussione preliminare effettivamente si sia lavorato molto per presentare e imporre degli emendamenti a livello parlamentare, cosa che è stata fatta con molta fermezza. D'altro canto dovete prendere atto che noi, la SVP ma credo anche la DC, consideriamo questa legge come prioritaria, perché è importante per la vita della collettività. Ed effettivamente qui la concezione che noi abbiamo della famiglia è un po' diversa da quella delle opposizioni, il valore che deve essere attribuito oggi alla famiglia non è lo stesso, ed è un valore che forse alcuni partiti dell'opposizione non vogliono riconoscere alla famiglia in quanto tale. Noi abbiamo anche delle idee molto chiare in ordine al concetto di casalinga, ruolo della casalinga e anche rivalutazione della casalinga. Ma sono dell'avviso che voi dell'opposizione abbiate sfruttato tutte le opportunità disponibili, come è giusto che sia. Avete presentato in tutto 400 emendamenti. Ed è un vostro diritto democratico e parlamentare. D'altra parte noi abbiamo il dovere di realizzare i nostri obiettivi, di proseguire sulla nostra strada, di cui siamo fermamente convinti. Siamo convinti dell'importanza della famiglia, del ruolo della madre, ma soprattutto del ruolo della casalinga. Pertanto questo è un confronto che deve svolgersi esclusivamente a livello parlamentare. Al limite ci può dispiacere di non riuscire ad andare oltre la discussione generale, ma d'altra parte in questi tre giorni non abbiamo perso tempo, anzi abbiamo discusso molto intensamente.

Un altro partito di opposizione cui devo fare una critica severa, è l'Union für Südtirol. Alcune argomentazioni del collega Benedikter, ma anche della collega Klotz mi hanno veramente impressionato, perché entrambi non hanno ritenuto che valesse la pena entrare nel merito del provvedimento limitandosi a dire a priori che la legge non è attuabile, in quanto ritengono che esorbiti la nostra competenza. Quindi hanno sollevato delle obiezioni, che però si fermano all'ambito formale. Anche se hanno sostenuto la loro tesi con molta veemenza. Che questo spetti di diritto ad ogni partito è vero, ma ritengo alquanto cinico limitarsi a citare la mancata competenza e con questo pretesto evitare di entrare nel merito del disegno di legge. Questo benché in altri casi, per altri provvedimenti legislativi si sia fatto esattamente l'opposto. E citerò alcuni esempi: se oggi un Alfons Benedikter o una Eva Klotz suppongono che non abbiamo competenza per approvare questa legge. – anche se sanno benissimo che le cose non stanno così, ma l'hanno sostenuto in quest'aula, e ci fanno presente che questa legge verrà rinviata a priori –, allora mi permetto di rinfrescare la loro memoria su alcune discussioni, che si sono svolte in Consiglio regionale ad esempio in materia di potere di indirizzo e coordinamento: ci hanno sempre detto che la nostra posizione era troppo debole.

*Infatti noi sostenevamo: attenzione, il problema delle competenze non è così semplice, non possiamo richiamarci semplicemente alle leggi costituzionali per abolire la facoltà di indirizzo e coordinamento. Non è possibile, perché sappiamo benissimo che in Parlamento non otterremo la maggioranza dei due terzi per far approvare una legge costituzionale. In seguito ci è stato detto, sì, ma almeno dovete provare! Dovete provare! Non si può non provare! Hanno fatto la stessa considerazione ad esempio quando si è trattato di discutere di toponomastica in Provincia di Bolzano. Anche allora ci hanno detto: voi della SVP non volete la soluzione migliore. Anche se si corre il rischio di vederla rinviata, la legge deve essere comunque approvata. E' una legge importante e voi dovete sostenere chiaramente la vostra posizione. Se questa è l'opinione e la convinzione del Union für Südtirol, allora con tutta la più buona volontà non capisco perché non si debba tentare di approvare questa legge, che stanziava tanti soldi – e lo dico senza volere essere cinico – perché vadano a vantaggio della società. Con tutte le obiezioni che sono state avanzate dall'opposizione e dall'Union für Südtirol – per quanto concerne il problema delle competenze – anche e soprattutto in questo caso, dove aiutiamo la singola donna e gli abitanti della Provincia di Bolzano e di Trento, non bisogna lasciare nulla di intentato, – come invece l'Union ha fatto in altri casi –, per far sì che i soldi vengano investiti nel modo migliore. L'Union a questo riguardo si è limitata a constatare che manca la competenza, e quindi per lei è del tutto indifferente stanziare questi 50 miliardi che abbiamo a disposizione, oppure farne a meno. Personalmente credo che questo sia cinismo politico di prima categoria, e spero soltanto che venga riconosciuto come tale anche dalla popolazione della provincia di Bolzano. Perché evidentemente l'Union propone solo temi politici nazionalistici, ma quanto si entra nel concreto, pare che le venga meno la volontà di fare qualcosa per i sudtirolesi. Quindi questa critica rimane e spero tanto che i sudtirolesi sappiano valutare come si conviene questo aspetto della politica perseguita dall'Union für Südtirol.*

*Brevemente vorrei ancora accennare a due aspetti, che forse in tutta la problematica connessa a questo disegno di legge non sono stati trattati in modo esauriente, anche perché chi mi ha preceduto, i colleghi del mio partito, che mi hanno preceduto, si sono concentrati su altre provvidenze, illustrandole in modo anche molto convincente. E qui alludo a tutti gli interventi dei miei colleghi, ma soprattutto a quello della signor Franzelin, che ha illustrato in modo molto dettagliato e puntuale l'intera problematica di questo disegno di legge, senza peraltro nascondere che questo disegno di legge non è che un primo pacchetto, cui ne seguirà un altro, quello delle pensioni, che è in stretta correlazione con il primo. Quindi su questo non si discute.*

*Vorrei dire due parole su questa famosa indennità giornaliera in caso di ricovero ospedaliero, oggetto di pesanti critiche da parte dell'opposizione. Vorrei solo ricordarvi che in materia di indennità giornaliera esisteva già un disegno di legge specifico, presentato molti anni fa dai consiglieri che rappresentavano la categoria dei contadini. Già molti anni fa si era cercato di rimborsare i costi del ricovero ospedaliero ai coltivatori diretti, prevedendo un'indennità, che però non aveva niente a che fare con un sussidio per la cura e l'assistenza ai malati, ma doveva semplicemente essere un'indennità per il fatto che si era impossibilitati a prestare un'attività lavorativa. Per questa ragione si era introdotta questa indennità. Questo disegno di legge è stato presentato anche nella scorsa legislatura, ancora prima che si parlasse del pacchetto famiglia. Poi ad un certo punto si è convenuto di ritirare questo disegno di legge e inserirlo in questo cosiddetto pacchetto famiglia. Ho tracciato per così dire l'exkursus storico di questa parte del disegno di legge. Che poi questa indennità giornaliera sia stata estesa non solo ai coltivatori diretti, ma anche alle casalinghe e ad altri lavoratori autonomi, penso sia solo un fatto positivo. Tanto più che questa è una delle provvidenze che praticamente si autofinanzia da sola, in quanto l'ente pubblico non dà nessun contributo, o quantomeno molto esiguo. Credo che anche per la casalinga questa indennità possa essere interessante. Se pensate che una casalinga che deve rimanere in ospedale tre settimane, facendo un calcolo approssimativo, riceve comunque qualcosa in più di un milione. Mi sia*

consentito dire che disponendo di un milione di lire, con una certa buona volontà e naturalmente soddisfacendo certi presupposti, si può trovare un aiuto per il periodo di tempo che la casalinga è ricoverata in ospedale. Quindi anche da questo punto di vista questo intervento è sicuramente molto valido, a dispetto delle critiche che hanno cercato di sminuirne la portata.

Ma c'è un secondo punto, dal momento che abbiamo espresso la nostra convinzione che tutto il pacchetto famiglia deve essere considerato un'iniziativa estremamente positiva, che però per ragioni tecniche deve essere realizzata con due o forse anche tre disegni di legge. Voglio tornare per un attimo e brevemente sul problema dei contadini di alta montagna. Come sapete, alla fine di questo mese i contadini di alta montagna devono sostenere gli oneri sociali – che hanno subito un aumento – e sapete anche che per una famiglia contadina media questi oneri sono stati quadruplicati. Negli ultimi giorni e nelle ultime settimane molti contadini e altre categorie professionali che operano nell'agricoltura, sono intervenuti presso le associazioni di rappresentanza ed hanno chiesto con quali soldi devono pagare queste tasse. E' veramente assurdo che molti contadini debbano chieder prestiti alle banche per pagare gli oneri sociali. E' la situazione più assurda che si possa immaginare. Se per pagare le tasse, che sono obbligato a pagare, devo chiedere un prestito alla banca, allora è legittimo chiedersi a che pro? dove sta la tutela dell'agricoltura di alta montagna? Per questa ragione è stato predisposto un disegno di legge – che nei prossimi giorni verrà esaminato dagli uffici competenti –, in cui si cerca di porre rimedio a questa ingiustizia. In quelle zone montane dove si è verificato questo grave problema sociale si cerca quindi di bloccare una buona parte di questi aumenti nella misura in cui la regione, fino a quando lo stato non interverrà, aiuta la popolazione contadina assumendosi parzialmente questi oneri sociali.

Già il collega Benedikter ha fatto presente che questa legge non verrebbe approvata dal Governo, in quanto la Corte costituzionale ha dichiarato irrealizzabile un provvedimento analogo. Ha detto che non è possibile che un ente copra i costi imposti da un altro ente. In altre parole: se lo stato impone delle tasse allora la regione o la Provincia non può coprirne una parte. E ha citato la relativa sentenza. Ma questa sentenza disciplina una materia completamente diversa e il caso previsto è di tutt'altra natura. Si dice che non può essere coperto l'onere complessivo, il che vuol dire che non è possibile che una regione o una provincia si assuma l'onere complessivo di una tassa imposta dallo Stato. Inoltre è risaputo che la sentenza si riferisce alle tasse previste per la sanità, ovvero all'esonero dal pagamento dei ticket. Devo anche dire che ad un'attenta lettura del dispositivo il principio da noi proposto, ovvero l'assunzione parziale dell'onere, prescinde dalla sentenza. E' esattamente quello che possiamo fare in virtù della nostra competenza, ovvero attivarci integrando la legislazione nazionale. Posso dire – purtroppo non ho sottomano il testo della legge, ma posso comunque citarlo come riferimento – che nella regione della Valle d'Aosta nel giugno di quest'anno è stata approvata una legge a sostegno dell'agricoltura, con la quale determinate somme, richieste dallo Stato, vengono assunte dalla regione, ma sempre solo in parte. Quindi è questo principio è attuabile, perché la legge è stata vistata dal governo. Di conseguenza noi non ci muoviamo in una materia in cui non abbiamo la competenza. Sono due considerazioni che volevo fare soprattutto in relazione al settore dell'agricoltura.

In conclusione ancora una cosa: Da varie parti è stato mosso il rimprovero che in sede di audizioni, organizzate dalla Commissione legislativa, molte associazioni non sono state invitate. E' stata una contestazione specifica, annunciata anche in pubblico. Per correttezza devo dire – in quanto il problema è stato sollevato anche negli organi di stampa – che anche le associazioni dei coltivatori diretti e il patronato dell'unione coltivatori diretti non è stato ascoltato alle audizioni, ma nessuno ha protestato. Anzi si è colta l'occasione per sollecitare una presa di posizione da parte di consiglieri e richiamare l'attenzione sui problemi di questa categoria.

Per concludere ritengo che questa legge sia una buona legge, parte di un'opera più vasta. Oggi posso dire in tutta franchezza – e quello che dico è politicamente attendibile – che ci

*sarà una seconda parte di questo pacchetto. Faremo di tutto perché questa seconda parte venga approvata al più presto.)*

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Brugger.

Die Nächsten auf der Rednerliste sind die Abg. Berger, Tribus, Meraner.

...Ich wollte nur folgendes sagen: Ich sehe, daß sich diese Rednerliste laufend ändert und ich habe auch gesehen, daß Namen angegeben werden, obwohl überhaupt keine Absicht besteht, zu reden. Es kann natürlich hier auch als Fehler passieren, aber teilweise ist es auch zum Scherz gemacht worden. Nachdem wir im Präsidium eine Übersicht haben sollten, wieviele Abgeordnete noch beabsichtigen zu reden, wäre es gut, wenn Sie sich meldeten, da wir dann besser die Zeit einteilen könnten.

Sie kommen gleich zu Wort, Frau Abg. Berger...

Zu diesem Zweck wird eine Rednerliste aufgestellt. Natürlich kann man sagen, daß ich mich jederzeit zu Wort melden kann und daß ich warte, bis die Liste erschöpft ist, dann erste melde ich mich, aber bitte denken Sie daran, daß wir ja auch bekanntgeben sollten, ob und wann wir Nachtsitzung machen. Wir haben sie ja schon eingeplant, aber vorhin hat es wieder so ausgesehen, als ob sie nicht stattfinden würde. Also ich bitte wirklich sich vorzumerken, wenn man reden will oder abzusagen, wenn man nicht reden will. Vorhin waren 5–6 Namen auf der Liste, dann sind alle wieder abgesagt worden, jetzt sind wieder einige vorgemerkt. Also, wir sind ja nicht im Kindergarten. Ein Minimum an Seriosität würde ich mir schon wünschen.

Wollten Sie dazu etwas sagen, Frau Abg. Berger? Ansonsten ist der nächste Redner der Abg. Tribus.

Der Abg. Tribus hat das Wort.

**PRESIDENTE:** Grazie, cons. Brugger.

I prossimi iscritti a parlare sono i cons. Berger, Tribus, e Meraner.

...Volevo solo dire che vedo che la lista degli iscritti a parlare viene modificata in continuazione, e che vengono indicati dei nomi, anche se chi si è iscritto non ha la minima intenzione di intervenire. Ovviamente può essere un errore, ma a volte lo si fa per scherzo. Dal momento che la presidenza dovrebbe avere un quadro generale di quanti consiglieri intendono parlare, sarebbe bene se fossero loro stessi ad iscriversi a parlare, poiché potremmo suddividere meglio i tempi.

Le darò subito la parola, cons. Berger.

A questo scopo viene compilata la lista degli iscritti a parlare. Ovviamente si può dire che ci si iscrive quando si vuole e che si può attendere fino a quando la lista non viene esaurita. Ma vi prego di considerare che dovremmo anche comunicare se e quando faremo seduta notturna. L'abbiamo già in programma, ma prima sembrava non essere più necessaria. Quindi vi pregherei di iscrivervi a parlare quando lo volete fare effettivamente oppure di rinunciare quando non siete di quest'avviso. Prima c'erano in lista 5 o 6 nomi poi hanno tutti rinunciato, adesso ce ne sono altri. Non siamo all'asilo. Un minimo di serietà.

Voleva dire qualcosa a questo proposito cons. Berger? Altrimenti la parola passa al cons. Tribus.

Prego, cons. Tribus.

**TRIBUS:** Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Assessor Morandini! Der Präsident Peterlini hat uns jetzt gerügt, weil er gesagt hat, es sei wenig Seriosität, wie im Kindergarten, man schreibt sich ein, man schreibt sich aus und er weiß nicht genau, wie das weitergehen soll, und da hat er auch recht. Das Ganze in seiner Totalität ist nicht ganz seriös, obwohl natürlich

jeder am Anfang geglaubt hat, daß es sich um eine seriöse Angelegenheit handle, und man hält sich auch daran. Im Lauf der Diskussion hat sich aber herausgestellt, daß es sich zum Großteil um ein Festival der Verlogenheit handelt, und jeder beschließt dann für sich selbst, ob er sich am Festival der Verlogenheit beteiligt oder nicht. Natürlich wird es jetzt schneller gehen, denn die Frauentribüne hat sich gelichtet und nun werden sich weniger Leute dazu verpflichtet fühlen und keine Stunden mehr dazu brauchen, der Bevölkerung, die hier zu einem kleinen Teil als Publikum präsent war, Komplimente zu machen und kundzutun, daß die Hausfrau der Mittelpunkt des Weltinteresses ist. Ich glaube, das schönste, das edelste, aufwendigste, innigste und wohl auch verlogenste Berufsbild ist hier herausgekommen. Also, wenn wir nach Beendigung dieser langen Sitzungsperiode die Perlen der Hausfrauendefinition aus den verschiedensten Redebeiträgen herauslesen würden, hätten wir wahrscheinlich ein Prachtband und das Hausfrauendasein würde bestimmt das schönste und in absolut erreichbare Ziel der Welt werden. Also Einstein ist nichts gemessen an dem, was heute eine Hausfrau für den Regionalrat Trentino-Südtirol bedeutet. Das höchste der Gefühle ist es, eine liebende, treue, verbundene, erziehende, sorgende, fühlende, weinende und und und ...Hausfrau zu sein. Bitte, bei so viel Edelmut muß natürlich die Welt in Edle und Unedle geteilt werden, und das ist bereits die erste Unkorrektheit, die im Laufe der Diskussion geschehen ist. Kollege Brugger – ich nehme auf ihn bezug, weil er als Letzter gesprochen hat, nicht weil ich jetzt seinen Redeschwall kritisieren möchte, bei Gott, er hat als Letzter gesprochen – hat in seiner Funktion als Fraktionssprecher auch wiederholt und kundgetan, daß es eine Opposition gibt, die furchtbar böse und offensichtlich hausfrauenfeindlich ist und eine verbissen kämpfende Mehrheit, vor allem die Volkspartei und ein bißchen die DC, die eben bemüht sind, die Hausfrauen in den Genuß dieser Zuwendungen kommen zu lassen. Natürlich ist das in dieser Form falsch, lieber Kollege Brugger. Ich meine, wir könnten hier stundenlang über den Wert der Familie, der Hausfrau, die Rolle der Mutter debattieren, aber ich glaube, daß sich niemand, weder von der Volkspartei noch von der DC das Recht zugestehen kann, ein Muttermodell, ein Erziehungsmodell, ein Hausfrauenmodell und vor allem ein Familienmodell als das anstrengenswerteste zu proklamieren. So weit ist die Laizität der Welt fortgeschritten, so weit ist die Vielfalt der Meinungen, der Weltanschauungen, der Verkehrsformen fortgeschritten, daß man ohne Rotwerden zu müssen, ohne sich der öffentlichen Schande auszusetzen, auch offen in Verhältnissen leben kann, die nicht einer historisch überlieferten Typologie entsprechen, nicht einer religiös begründeten Verbindung. Ich habe für den Standpunkt, wie er aufgezeigt worden ist, vollsten Respekt, und aus dem Munde keines Vertreters der Minderheiten, soweit ich das in der Diskussion mitverfolgt habe, ist je die Rolle der katholischen Ehe in Frage gestellt worden, ist je die Rolle einer, Führungszeichen, "römisch-katholisch ausgerichteten Familienkonzeption" in Frage gestellt worden, sie ist von niemanden angezweifelt worden, alle haben das ganz einfach akzeptiert, aber genauso verlangt man natürlich zum Großteil unausgesprochen auch den Respekt vor einer Minderheit – das ist in Südtirol und im Trentino bestimmt noch eine Minderheit, aber eine existierende Minderheit –, die eben andere Formen, aber immerhin in der Form und Ausrichtung ähnliche, auch anerkennt, ganz einfach, es fehlt diesen Verbindungen meistens nichts anderes als der Segen der Kirche, der aber nicht herbeigeschnt werden kann, wenn es sich um nichtgläubige Menschen handelt. In diesem verlogenen Konzept würden es viele Leute auch vorziehen, daß sich Menschen trauen lassen, die überhaupt nicht glauben. Soweit ist die Verlogenheit ja schon seit eh und je gekommen, aber das soll nicht zum System und schon gar nicht zum Alleinseligmachenden und schon gar nicht zu einem Diskriminierungsprinzip werden, weil das schwerwiegend wäre. Also muß natürlich von unserer Seite gewiß dieser wiederholt aufgetauchte Vorwurf der Obstruktion zurückgewiesen werden. Meine Fraktion hat sich an diesem Gesetz in einer derart konstruktiven Art und Weise

beteiligt, wie wir es selten tun. Wir haben – ich spreche im Plural, aber spezifisch war das meine Kollegin Zendron, die sich mit dieser Materie auseinandergesetzt hat, sei es was die Ausrichtung betrifft, sei es, was die einzelnen Maßnahmen betrifft, die in ihrem Minderheitenbericht auch festgehalten werden – die zu kritisierenden Punkte aufgezeigt, und entsprechend und konsequent hat auch meine Kollegin eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, wie es genauso auch andere Fraktionen getan haben. Wenn andere Fraktionen andere Intentionen gehabt haben, dann werden sie diese erklären, aber ich sage es jetzt schon, daß sich meine Fraktion von jeder Form der Obstruktion distanziert. Es war nicht unsere Haltung im Laufe der endlangen Debatte in den Kommissionen und ist auch nicht unsere Absicht hier im Hohen Haus.

Deshalb, lieber Siegfried Brugger, deine Diabolisierungskampagne der Opposition – wir sind als Opposition keine Sammelpartei und auch kein Sammelbegriff, sondern ein sehr differenzierter Haufen, und gerade in diesem Augenblick lege ich Wert auf das Anderssein in der Opposition – ist fehl am Platz. Ich meine, es ist ja kühn, was da gespielt wird. Ich muß sagen, mir ist noch nicht ganz klar, was gespielt wird. Wenn die Ausrichtung der Regionalregierung, der Fraktionen der Volkspartei und der Democrazia Cristiana zu diesem Gesetz eindeutig gewesen wäre, dann hätte man viele komische Verhältnisse und Situationen auch vermeiden können. Wir wissen heute nicht, wie es weitergeht. Ich habe 5–6 Redebeiträge der Volkspartei vernommen und in allen sechs Redebeiträgen ist erwähnt worden, daß wir hier ein Paket behandeln, das eigentlich so nolens volens mitgetragen werden muß, weil wir uns, wenn wir das erste verabschieden, auf ein zweites freuen können. Mir scheint, daß hier die Mehrheit oder Teile der Mehrheit bereit sind, das Morandini-Paket mitzutragen, weil morgen das Franzelin-Paket kommt – nennen wir es so, aber dann wird Peterlini sagen: nein, das ist mein Paket und dann wird halt jeder sein Paket haben, aber mir ist das ja gleich, sagen wir also das Rentenpaket, wer immer es sich auch gewünscht hat, bestimmt der Brugger, der Kaserer, der Kußtatscher, der Peterlini und der Saurer auch und weiß der Teufel was ...wer noch! Die Mütter, ja die Priester, alle sozialbewegten und edlen Menschen, die Opposition natürlich ausgenommen, weil die Opposition natürlich die Sünde will, sie ist gegen die gute Familie und und und... also alle guten und edlen Menschen, sagen wir es so.

Also der einzige überzeugte Verfechter dieses Paketes ist der Assessor Morandini und ich muß sagen, ich habe eine große Bewunderung für ihn, weil ich glaube, daß ich es noch nie erlebt habe, daß ein Assessor für eine Idee so verbissen gekämpft hat wie Morandini und das gereicht ihm bestimmt zur Ehre, daß er nämlich imstande gewesen ist, dieses Projekt durchzusetzen gegen das eigentliche Desinteresse seiner Partei und gegen im Grund nicht mehr als eine interessierte Toleranz durch die Volkspartei – diese Toleranz geht nur so weit, weil sie danach eben in die 50 Milliarden-Schatulle greifen kann und wahrscheinlich in Bälde als Heilsarmee durchs Land ziehen kann und auf diese Errungenschaft hinweisen kann –. Trotzdem muß ich sagen hat Morandini sein Konzept vertreten; selbstverständlich steht hinter diesem Konzept auch eine bestimmte politisch-ideologisch-religiöse Werteinstellung der Gesellschaft. Ich muß sagen, Morandini war sehr diskret. Er ist – soweit ich das mitverfolgt habe – immer bestrebt gewesen, auf Ausgleich und nicht auf militante Zur-Schau-Stellung seiner persönlichen Überzeugungen und wahrscheinlich hat er auch das eine oder andere schlucken müssen, aber er hat immerhin den Vorteil, daß er beichten kann und somit ihm auch eine läßliche Sünde, die ihm passiert, daß ihm vergeben wird. Das steht ihm natürlich sehr hoch an, aber er ist nicht von seinen genauso religiösen Partner honoriert worden, sei es der DC und sei der SVP. Es ist ja peinlich – es wäre mir peinlich, wenn ich der Assessor Morandini wäre – daß die einzige überzeugte Schützenhilfe für sein Gesetz ausschließlich und allein vom MSI kommt. Ich habe nichts gegen den MSI, per carità, aber ich sage, eine Koalition, die sich aus

Christdemokraten, Sozialisten und Volkspartei zusammensetzt, legt ein Gesetz vor, hauiert damit bereits seit längerer Zeit, es kommt zur Diskussion, – wir wissen, ist das im Grund nur eine Diskussion für die Presse, für die Öffentlichkeit, für das Publikum, für uns selbst, für unsere Selbstdarstellung, weil das Gesetz kommt ja erst viel später – und dieses Gesetz wird, wenn es gutgeht, im Februar–März verabschiedet werden, dann April–Mai–Juni das zweite... Also heute spielen wir hier nur einen Teil des Theaters. Schauen Sie Präsidentin, das kommt in die Kommission des Herrn Präsidenten Kußtatscher, dort sind 30 Gesetze, eines z.B., ein sehr großes Gesetz ist die neue Gemeindeordnung. Wir finden keinen Termin, früher oder später wird es einen geben und dann wird längere Zeit über diese Gemeindeordnung diskutiert werden, weil die Gemeindeordnung ist als Gesetz genauso aufwendig und wichtig, wie dieses Gesetz hier. Also es finden die Anhörungen statt, dann werden wir ganz genauestens das alles durchgehen und dann werden wir abschließen, im Dezember kaum, weil dort sind die Haushaltsdebatten, also wenn es gut geht, Ende Jänner. Danach kommt das zweite Paket, aber am Platz ganz unten und da gibt es noch 10 andere Gesetze. Also ich sage das optimistisch. ...Vorziehen? Also Assessor Romano ist ja auch betrogen worden. Der hat, ich glaube im Juni, ein Gesetz über die Gemeinden herausgegeben, die Gemeinden poltern überall herum und sagen: Bitte, wir sind jetzt in jahrelangem Verzug und er wird antworten: ich habe meine Pflicht getan, ...die Kommission. Die Regierung kann sagen, die Kommission kommt nicht weiter. Die Kommission ist der Kollege Kußtatscher und der Kollege Kußtatscher ist so verzweifelt, daß er keine offenen Termine findet, daß er in einer Kommissionssitzung in seiner Verzweiflung sogar gesagt hat: Bitte, schaffen wir die Region ab! Es geht nichts weiter, also schaffen wir die Region ab. Die Tatsache, daß wir hier eine Sache diskutieren, die im März wahrscheinlich wieder kommt, ist bereits ein Signal oder ist bereits ein Hinweis über die Eigenwilligkeit der Ausrichtung bei diesem Gesetz. Ich wollte die Klammer schließen, die ich da mit dem MSI aufgemacht habe, weil es schien mir wichtig zu sein. Der MSI ist der einzige überzeugte Verfechter der Morandini-Gesetzes. Das ist, glaube ich, auf der einen Seite symptomatisch, weil es auf eine bestimmte moralische Ausrichtung schließen läßt und auf der anderen Seite auch beschämend, wie ein Gesetz von der einen Seite nur halbherzig und interessiert mitgetragen wird und von der eigenen Partei noch weniger halbherzig, sondern eher mit der kalten Schulter, ganz zu schweigen von den Sozialisten, die sich überhaupt nicht damit identifizieren, soweit man das aus ihrem Verhalten in diesem Saale ablesen kann, daß sie eben Alternativvorschläge eingereicht haben und somit hängt das ganze wirklich ein bißchen in der Luft. Ein Gesetz, das alle in ihren Erklärungen gewollt haben, wo jeder das versprochen hat, was er sich persönlich gewünscht hat, an eine bestimmte Kategorie denkend, die er vor sich gehabt hat, findet heute keinen großen Zuspruch, keine überzeugten Verfechter und auch die direkt Interessierten, die direkt Angesprochenen haben gesagt: Bitte macht schnell und kommt auf das Wichtige, auf den Kern der Sache, weil das interessiert uns dann. Das wäre ein Problem gewesen, das politisch zu klären ist. Denn soweit ich das mitgekriegt habe, es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, sagen wir auf die Kompetenzstreitigkeit, darüber kann man lange diskutieren; sie ist vom Benedikter sehr gekonnt aufgerollt worden, sie ist von der Kollegin Berger aufgerollt worden, wir haben die Sache auch diskutiert und haben uns am Ende von der Machbarkeit überzeugt. Aber wenn die Kompetenzfrage so akut ist, geschätzter Kollege Morandini, dann glaube ich, wäre es unbedingt von Ihrer Seite notwendig gewesen, auf einen Maximalkonsens zu setzen. Ich weiß, daß Sie ja auch im Laufe der Diskussion, die zum Gesetz stattgefunden hat, immer sehr auf Konsens ausgerichtet gewesen sind. Es tut mir leid, daß bei dieser Diskussion hier eben die Konsensbereitschaft von seiten der Regierung abhanden gekommen ist und im Gegenteil wiederholt Versuche gemacht worden sind, den Regionalrat zu teilen, also in die Gruppe, die das Gesetz will und in die andere, die das Gesetz nicht will und somit jeden zwingt, entweder oder,

also entweder dafür oder dagegen ohne überhaupt mehr argumentativ auf das Gesetz wirken zu können. Das hätte man sagen sollen. Also wenn wir von der Überzeugung ausgegangen wären – das wäre zwar zum ersten Mal – daß das Gesetz so weit in Rom abgesprochen worden ist, also bis ins Detail, als Prozedur natürlich eigenartig, aber bitte, daß man daran nichts ändern kann, dann natürlich ändert sich überhaupt die Situation. Dann erübrigt sich jede inhaltliche Diskussion. Aber dann muß das ganz offen gesagt werden. Man darf nicht einen Kampf hier ideologisch-politischer Natur starten, wenn das Problem ganz anders liegt. Das muß gesagt werden, weil es hier nicht angeht, daß man eben weiterhin mit großer Demagogie Ziele anpeilt und verfolgt, die im Grunde gar nicht in einem Bereich des Möglichen liegen. Jeder kann sich selbst an die Brust klopfen, was da in diesem Hause in diesen Tagen an demagogischen Sprüchen gefallen ist; das ist ja wirklich wunderbar!

Wenn das also das Problem ist, daß wir einen so winzigen politischen Verhandlungsspielraum mit Rom haben und dieser winzige Verhandlungsspielraum mit Rom auf eine sehr dubiose oder sehr eingeschränkte und sich am Rande bewegende Kompetenzfrage zurückzuführen ist, dann glaube ich, müßte sich notgedrungen das Verhältnis aller zu diesem Gesetz ändern, d.h. man müßte in diesem Falle das Pferd umgekehrt aufzäumen. Man müßte sagen, diese Kompetenz ist soweit möglich, mit folgenden Maßnahmen, weiter kann man nicht gehen, also füllen wir diese Kompetenzen. Also da geht es dann um eine möglichst große kreative Anstrengung der Abgeordneten und der Regierung, möglichst etwas Neues, Kreatives in diese winzige Kompetenzschachtel hineinzutun. Ansonsten machen wir uns was vor. Wir tun hier so mit unseren Ausführungen, als könnten wir über Tausend mögliche und unmögliche Formen der Unterstützung der Familien, der Mütter, der Kinder, der Väter und, und und entscheiden. Aber dem ist nicht so. Es ist nicht so, daß wir sagen können, jeder Wunsch kann erfüllt werden. Nein, weil der Rahmen, in dem wir uns zu bewegen haben, sehr klein ist. Weil Vorsorge halt Vorsorge und nicht Fürsorge ist. Das ist eine sehr banale Aussage, aber das ist des Rätsels Lösung. Die Vorsorge hat eben die Grenzen der Vorsorge und es ist klar, daß die Vorsorge rein für den Nikolaus-Politiker nicht so schön ist. Ein Fürsorgeempfänger ist ein dankbarer Empfänger, weil immerhin noch sehr die "do ut des"-Mentalität herauskommt, das Almosen, die Abhängigkeit: Ich gebe dir das, du kommst zu mir und du kriegst dann das. Das Recht ist natürlich noch nicht soweit durchgedrungen, daß die Fürsorge und selbstverständlich auch die Vorsorge ein Recht sind, das man in Anspruch nehmen kann. Das ist ein altes Problem der Politik und der Besetzung dieser sozialen Bereiche durch die Politik. Vielleicht kommen wir früher oder später darauf hin, sie der Politik wieder zu entreißen, aber heute ist es noch so, daß die Fürsorge eine Apanage der Parteien ist, von Vereinigungen und Vereinen, die direkt und indirekt hier mit Einfluß nehmen, daß es Vereine sind, daß es Wählerstimmenfabriken sind und, und, das alles erhöht natürlich das Interesse und alles das erschwert aber auch die Suche nach kreativen Lösungen, die ein bißchen den Rahmen sprengen würden, sodaß die Maßnahmen vielleicht mehr auf jene Leute zugeschnitten wären, die sie notwendig haben. Der Abg. Kußtatscher hat vor einigen Tagen richtig bemerkt, daß die Maßnahmen überflüssig für jene sind, die zuviel haben und zu wenig für die, die zu wenig haben. Das ist eine richtige Aussage. Das ist des Rätsels Lösung. Also ist es unsere Aufgabe, aber da hängen wir wiederum an den Grenzen der Vorsorge und der Fürsorge, aufgrund eines falschverstandenen Gleichheitsgedankens so zu tun, als seien sie wirklich alle gleich, einige gleicher als die anderen und deshalb können wir so tun, daß was dem einen eine Lebensnotwendigkeit ist auch dem anderen gegeben werden muß, für den es ein Optional ist. ... Was ein Optional ist? Ja, Du zum Beispiel bist in diesem Gesetz ein Optional, also ein nicht unbedingt notwendiges Element, auf etwas, wo man wählen kann oder auch nicht, auf das man verzichten kann oder auch nicht. Aber, wie gesagt, das Problem ist lange diskutiert worden und man bewegt sich heute in diesem Rahmen und dieser Rahmen muß

akzeptiert werden. So, wie Du uns gesagt: "Prendere o lasciare". Dann stellt sich natürlich auch eine politisch-parlamentarische Frage. Wie soll jetzt weiter diskutiert werden? Was geschieht jetzt? Es sind ein Stapel von Abänderungen eingereicht worden, die meisten inhaltlicher Natur, inhaltlich, weil sie auf eine – soweit ich sie gelesen habe – kleine Kurskorrektur hinzielen, kein Antrag bewegt sich außerhalb des vorgegebenen Rahmens, der Rahmen wird beibehalten. Es wird ganz einfach eine Kurskorrektur gewünscht und betrieben und diese Kurskorrektur natürlich ist politisch motiviert, ideologisch vielleicht auch, soweit es noch möglich ist. In der Ausrichtung dieser Materie kann man schwer davon abstrahieren, ohne deshalb den Karl Marx so zu bemühen, wie es heute der Kollege Taverna getan hat, der geglaubt hat, daß wir hier die Aufarbeitung des Marxismus mit einem Familiengesetz bewältigen wollen, aber der Karl Marx wird doch nicht hier im Morandini-Gesetz aufgearbeitet, sondern anderswo. Jetzt stellt sich eben die Demokratiefrage, inwieweit haben wir das Recht, wir Minderheiten, ernst genommen zu werden? Eine sehr banale Frage, weil entweder wir lassen es auf einen Kraftakt ankommen, d.h. man provoziert in diesem Haus eine demokratische Guerilla, d.h. daß wir uns daher setzen und die 400 Anträge diskutiert werden. Die Kollegin Berger wird sich mit Tonelli abwechseln und die Wanda Chiodi mit Marzari und die Zendron mit... und jede wird seine demokratische Schlacht durchkämpfen. Das kann man tun. Dr. Putz wird ausrechnen, wieviel Stunden wir da brauchen, wird danach ausrechnen, wieviel Papier wir brauchen, wieviel Maschinen kaputtgehen, wieviel Kaffee gebraucht wird, man kann alles wunderbar machen. Oder aber die Herren von der Regierung formulieren am Abschluß der Generaldebatte ein Angebot, einen Vorschlag. Weil wenn die Opposition – und jetzt nehme ich sie als Sammelbegriff – irritiert war, dann auch deshalb, weil der Präsident Andreolli in der Fraktionssprechersitzung gesagt hat, die Abänderungen werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Also wir wollen weitermachen. Das war natürlich – er glaubt es heute noch wahrscheinlich – eine kleine Kriegserklärung und er in diesem Falle will uns provozieren. Zweites Angebot gestern, es würde die Bereitschaft bestehen, früher oder später darüber zu sprechen. Wann? Wir legen Wert darauf, wir verlangen von der Regierung, daß wir genauestens über den Fortgang der Arbeiten, unter Führungszeichen, informiert werden. Weil wir uns nicht den Schwarzen Peter zuspielen lassen wollen. Der soll bleiben wo er ist und weil wir der Meinung sind, daß trotz der Besonderheit, trotz der Wichtigkeit, trotz, trotz, auf jeden Fall die parlamentarischen Spielregeln einzuhalten sind und deshalb fordern wir den Präsidenten, den Assessor auf, uns das Procedere und über die Intentionen des Procedere noch vor Abschluß oder noch vor der Abstimmung zu informieren, weil wir ja auch wissen müssen, wie wir uns verhalten sollen.

Herr Assessor Morandini, vielleicht wäre es auch einfacher gewesen und man hätte viel Unverständnis und viel Unbehagen ausräumen können, wenn man in etwa klar formuliert hätte, wieso die beiden Pakete getrennt werden. Weil das ist ja des Rätsels Lösung, daß wir hier – ich weniger, weil ich rede nicht über Inhalte, das ist bereits von der Kollegin Zendron abgedeckt worden – alle von A bis Z über das zweite Paket geredet haben und über das erste nicht. ...Also ich meine nicht Dich, sondern ich meine die Interessierteren. Der Brugger hat uns gleich mitgeteilt, was für die Bergbauern, für die Bauern, im zweiten alles drinnen sein wird und über das erste, das hier zu verabschiedende, hat er kein Wort verloren. Dann frage ich mich wirklich: Wer kann das Geheimnis lüften, daß wir hier zwei Pakete verabschieden müssen, um eines zu haben, das wir gerne hätten und daß jetzt die Sitzung unterbrochen werden muß, obwohl wir ja am Anfang vorgeschlagen haben, wir wären bereit, weiterzumachen. Also wir würden auf die sofortige Verabschiedung dieses Paketes drängen. Also man sollte weitergehen. Es ist nicht wahr, daß das erste Paket nur mit dem zweiten verabschiedet werden kann, weil wenn das wahr ist, daß das zweite Paket so vom ersten abhängt, dann müssen wir ein Paket machen. Es ist ohne jede Logik zu sagen, daß wir unbedingt auf das zweite warten müssen, damit wir das

erste verabschieden können, weil das ganze ein Globalpaket ist. Das kann schon sein, aber dieses Gesetz steht auf eigenen Beinen. Dieses Gesetz hat eine klare Ausrichtung. Die Sektoren sind eindeutig und es könnte und müßte auch verabschiedet werden und das Spiel, das jetzt hier gespielt wird, ist mir nicht ganz klar und nicht sehr durchsichtig, das eine vom anderen abhängig zu machen. Das muß uns noch erklärt werden, Assessor Morandini, aber vor allem ihr Herren von der Volkspartei, das scheint mir eine Intrige von euch zu sein. Nachdem ja im Laufe der Debatte ganz klar herausgekommen ist, daß die Vaterschaft des vorliegenden Gesetzes keinen großen Zulauf hat. Also dem Vater Morandini wird die Vaterschaft nicht aberkannt. Seine Kreatur bleibt seine Kreatur. Das ist eindeutig ein Kind Morandinis. Das bleibt ihm. Das zweite zu entstehende hat bereits so viele Väter, es werden sich noch neue melden, daß wahrscheinlich Morandini Schwierigkeiten haben wird, überhaupt noch in der Vaterliste aufzutauchen. Er wird Schwierigkeiten haben. Er könnte, wenn es ihm ganz gutgeht, vielleicht vierter oder fünfter Taufpate werden. Aber mehr nicht. Die Vaterschaft ist bereits in guten und klaren Händen. Aber bitte, oft ist eine zweite oder dritte Patenschaft auch verantwortungsvoll und hängt ab, wie sich die Kreatur entwickelt.

Da möchten wir auch noch Klarheit, weil auch wiederum von dieser Klarheit... Jetzt reichs, ja! Aber bitte, ich habe mit meinem Schmus darauf gewartet, daß keine Frauen mehr da sind. Ich habe nie hinaufschauen brauchen. Auf der Tribüne war keine grüne oder halbgrüne Frau. Mein Publikum gehört natürlich nicht zu diesen edlen Kategorien, weil ich ja bekanntlich "Gesindel" vertrete, aber ich hoffe doch noch, daß auch mein "Gesindel" in den Genuß dieser Rechte kommt, die die Frauen Südtirols und des Trentino in Zukunft beglückt werden.

*(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Assessore Morandini! Il Presidente Peterlini poc' anzi ci ha criticato asserendo che è poco serio iscriversi nella lista degli oratori e poi cancellarsi: non sa più chi interverrà, come proseguiranno i lavori e ha detto che gli sembra di essere all'asilo. Ha senz'altro ragione. Ma la questione nel suo complesso non è seria, sebbene quasi tutti, sin dall'inizio, credessero in questa causa e la reputassero una questione seria. Nel corso della discussione abbiamo poi scoperto che questo è un "festival della falsità" ed che ognuno è libero di parteciparvi o meno. Ora che si è vuotata la tribuna degli spettatori, i lavori proseguiranno forse più speditamente e meno consiglieri si sentiranno obbligati a parlare per delle ore e a rivolgere complimenti a quella parte della comunità che era qui rappresentata, asserendo che la casalinga rappresenta il centro focale dell'universo. Io credo che oggi qui sia stata descritta la professione più bella, più nobile, più faticosa e anche più travisata. Credo che se al termine degli interventi noi raccogliessimo in una pubblicazione tutti i passi più significativi di ogni intervento che è stato fatto in quest'aula, avremmo certamente il quadro professionale più bello e più desiderabile del mondo. Persino l'operato di Einstein si offuscherebbe di fronte a quello svolto oggi da una casalinga, a giudicare dal Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige. Il massimo delle aspirazioni sembra infatti essere quello di diventare una casalinga cara, fedele, devota, educatrice, servizievole, sensibile, sofferente ecc. ecc. Ma di fronte a tanta nobiltà, il mondo si dovrà per forza dividere in una parte nobile e in una meno nobile e questa è la prima scorrettezza insita in questa discussione. Il collega Brugger — e faccio riferimento a lui, in quanto si tratta dell'oratore che mi ha preceduto; non perché io voglia criticare la sua eloquenza — nella sua veste di capogruppo ha ripetutamente rilevato che esiste una opposizione terribilmente agguerrita e contraria alle casalinghe, a fronte di una maggioranza altrettanto accanita, rappresentata dalla SVP e un po' anche dalla DC, che si adopera affinché le casalinghe possano finalmente fruire di queste provvidenze. Naturalmente le cose viste da questo punto di vista, in realtà non stanno così, caro collega Brugger. Ritengo che potremmo stare qui a discutere per dei giorni interi sul valore della famiglia, della casalinga, sulla sua funzione di*

madre, ma ritengo che nessuno, nè da parte della SVP, nè da parte della DC possa arrogarsi il diritto di proporre un unico modello di madre, di educatrice, di casalinga e soprattutto un unico modello familiare, come unico universalmente valido. La visione laica del mondo è ormai talmente diffusa, come anche la molteplicità delle opinioni, la concezione del mondo e della realtà, che spesso — senza doversene vergognare — ci si può trovare di fronte a forme familiari che non necessariamente corrispondono ai canoni classici della società, così come ci sono stati trasmessi dalla storia e dalla religione. Io ho pieno rispetto per le posizioni illustrate; e da parte dei rappresentanti delle minoranze non è mai stato messo in dubbio — per quanto io ne sappia — il significato del matrimonio cattolico, il ruolo della famiglia basato su una concezione cattolica; nessuno lo ha mai messo in dubbio, tutti hanno accettato tale modello, ma ciò nondimeno noi pretendiamo che anche la maggioranza abbia rispetto per le opinioni della minoranza — in Trentino ed in Alto Adige si tratta ancora di una minoranza, ma pur sempre di una minoranza esistente — che si riconosce in altre forme, altri modelli familiari che non sono da meno, se non per il fatto che manca loro la benedizione della chiesa. E nella condiscendenza di certe falsità taluni preferirebbero che certa gente si sposasse pur non credendoci. A questo punto siamo arrivati con queste falsità, anche se questo non deve necessariamente trasformarsi in sistema o principio discriminatorio, perché sarebbe grave! Quindi da parte nostra intendiamo respingere fermamente l'accusa di ostruzionismo che ci è stata ripetutamente mossa. Il mio gruppo ha partecipato al presente disegno di legge in un modo veramente costruttivo, come per pochi altri disegni di legge. Noi — e parlo al plurale anche se la maggior parte del lavoro è stato svolto dalla nostra collega Zendron, sia per quanto concerne l'impostazione generale che i singoli provvedimenti, che poi nella relazione di minoranza si sono tradotti in proposte concrete — abbiamo evidenziato i punti deboli di questo provvedimento, presentando una serie di emendamenti a firma della collega Zendron, come hanno fatto del resto anche altri gruppi. Se altri gruppi perseguivano obiettivi di altro tipo, allora lo diranno; tuttavia io vorrei sottolineare sin d'ora che il mio gruppo si distanzia da ogni forma di ostruzionismo. Non era questo il nostro obiettivo nel corso del lunghissimo dibattito nella commissione e nemmeno ora qui in Consiglio.

Per questo, caro Siegfried Brugger, la tua campagna demonizzatrice delle opposizioni — e noi come opposizione non siamo un partito di raccolta, ma un "mucchio" molto differenziato, e ci tengo a sottolineare questa diversità dell'opposizione — è fuori posto. Credo che sia un gioco abbastanza rischioso quello che si vuole giocare qui. Se sin dall'inizio le posizioni della Giunta regionale, della Volkspartei e della Democrazia Cristiana fossero state univoche su questo disegno di legge, oggi non saremmo arrivati a situazioni talmente strampalate. In effetti oggi noi non sappiamo come andranno avanti i lavori. Ho ascoltato 5-6 interventi da parte della SVP e da tutti questi interventi è emerso che si tratta di un pacchetto che nolente-volente dev'essere approvato: solo se approviamo questo primo pacchetto possiamo rallegrarci di un secondo. Mi sembra che la maggioranza o almeno parte della maggioranza sia disposta a condividere il cosiddetto "pacchetto Morandini" solo perché un domani arriverà il cosiddetto "pacchetto Franzelin" — chiamiamolo così, anche se poi Peterlini dirà: no, questo è il mio pacchetto. E così ognuno dovrà avere il suo pacchetto; e allora faremmo meglio a chiamarlo "pacchetto previdenziale" a nome di tutti quelli che lo hanno voluto come sicuramente i cons. Brugger, Kufstatscher, Peterlini, Saurer e chissà chi altro, come le madri, i preti, gli uomini mossi da aspirazioni nobili e sociali, ad eccezione dell'opposizione naturalmente (poiché l'opposizione vuole solo il peccato, è contro la buona famiglia ecc. ecc.).

L'unico convinto assertore di questo pacchetto è stato sinora l'assessore Morandini e devo dire che ho una grande ammirazione per lui, poiché credo di non aver mai visto un Assessore che ha combattuto così tenacemente per difendere un progetto come lui e questo merito gli va senz'altro riconosciuto, ovvero l'esser riuscito a far passare questo progetto malgrado il disinteresse mostrato dal suo stesso partito e la posizione quasi tollerante della SVP — tale posizione

oltre ad essere tollerante è anche interessata, poiché tra un po' essa riuscirà a mettere le mani sui fatidici 50 miliardi e potrà fare poi crociate attraverso tutto il paese mettendo in mostra questa sua conquista —. Malgrado ciò Morandini ha difeso questa sua idea, anche se va detto che essa riflette un determinato modello politico, etico e religioso della società. Devo dire che Morandini è sempre stato molto discreto. Da quanto ho avuto modo di vedere, egli ha sempre cercato di raggiungere i suoi obiettivi in modo equilibrato, senza difesa estrema dei suoi convincimenti personali; e probabilmente ha dovuto anche ingoiare qualche rospo, ma dopotutto egli ha il vantaggio di credere nella confessione, per cui qualche piccolo peccato veniale gli sarà senz'altro perdonato. Questo gli fa onore, anche se ciò non è stato riconosciuto dai suoi partner cattolici come la DC e la SVP. E' increscioso — e sarebbe spiacevole anche per me, se fossi l'assessore Morandini — che l'unico aperto sostegno sia venuto sinora dal MSI. Non ho niente contro il MSI, per carità. Ma quando qui una coalizione che si compone da esponenti DC, PSI e SVP propone una legge che segue un iter molto lungo, poi si arriva alla discussione — che in fondo non è altro che un parlare per la stampa, per la pubblica opinione, per il pubblico, per noi stessi e la nostra voglia di farci sentire come ben sappiamo — e poi si scopre che la legge vera e propria verrà solo in un secondo momento, allora... Infatti la presente legge verrà approvata a febbraio-marzo (se tutto va bene) e la seconda in aprile-maggio-giugno. Quindi oggi qui stiamo recitando una specie di farsa. Vede, signor Presidente, prima esso deve essere esaminato dalla Commissione legislativa, quella del Presidente Kufstatscher, la quale deve già vagliare una trentina di disegni di legge, tra cui quello molto vasto del nuovo ordinamento dei Comuni. Già adesso non troviamo giornate libere per convocare la Commissione; ma prima o poi troveremo qualche data libera e allora verrà innanzitutto discusso approfonditamente il nuovo ordinamento dei Comuni, poiché si tratta di un disegno di legge altrettanto importante e impegnativo. Quindi prima dovremo fare le audizioni, poi dovremo esaminare le varie proposte e poi concluderemo (sicuramente non a dicembre, perché c'è il dibattito sul bilancio) probabilmente a gennaio. Poi ci dedicheremo al secondo pacchetto, che però si trova all'ultimo posto dell'ordine del giorno, in quanto ci sono prima altri 10 disegni di legge. E quindi prevedo che nel migliore dei casi... Anticipare? Ma anche l'Assessore Romano si sente tradito. Egli ha presentato a giugno una legge sul nuovo ordinamento dei Comuni — e i Comuni stanno scalpitando e dicendo che siamo già in ritardo di anni e lui risponderà che ha fatto il suo dovere e che la colpa è della Commissione. La Giunta dirà che la Commissione non procede con i lavori. E la Commissione è presieduta dal collega Kufstatscher e il collega Kufstatscher è così disperato per il fatto di non trovare date disponibili per i lavori della Commissione che ha anche detto: aboliamo la Regione! I lavori non procedono, dunque è meglio abolire la Regione! Il fatto che oggi ci accingiamo a discutere su una cosa che verrà ripresa a marzo, testimonia già del bizzarro orientamento di questo disegno di legge. E vorrei ora chiudere la parentesi che ho aperto parlando del MSI, perché mi sembrava essere una cosa importante. Il MSI è sinora l'unico vero difensore del disegno di legge-Morandini. Questo da un lato mi sembra essere un dato di fatto sintomatico, perché presuppone una certa impostazione morale in questo disegno di legge e dall'altra anche vergognoso perché dimostra quanto poco venga sostenuto e difeso da una parte del Consiglio. Anzi oserei dire che il suo partito si è trincerato in un atteggiamento di indifferenza, per non parlare dei socialisti che non si identificano per nulla con questo disegno di legge, per quanto ci è dato di capire dalla posizione assunta all'interno di questo Consiglio, anche attraverso la presentazione di proposte alternative. E quindi oso dire che la presente legge è sospesa ad un leggerissimo filo. Si tratta evidentemente di un disegno di legge che tutti hanno voluto, come risulta dagli interventi, e dove ognuno ha promesso alla gente ciò che avrebbe desiderato inserire a favore di una determinata categoria, ma che oggi trova scarso favore, nessun vero propugnatore, tanto che i diretti interessati, quando sono stati interpellati, hanno affermato: Per favore fate in fretta e arrivate presto al punto, perché solo questo ci interessa. Questo era un problema che andava risolto a livello politico. Perché per quanto io ne abbia capito, il

maggior scoglio era rappresentato dal problema della competenza, ma di questo ne possiamo discutere all'infinito; il problema è stato sollevato e approfondito dal collega Benedikter e dalla collega Berger. Anche noi ne abbiamo discusso a lungo, ma poi ci siamo convinti della sua fattibilità. Ma se la questione della competenza era così acuta, egregio collega Morandini, allora sarebbe stato meglio che da parte Sua si fosse cercato il consenso più ampio. So che nel corso della discussione Lei ha sempre cercato tale consenso e mi dispiace che nel corso di questo dibattito Lei abbia in un certo qual modo perso il consenso della Giunta regionale e siano stati fatti ripetuti tentativi di dividere il Consiglio regionale in due gruppi: in un gruppo che vuole il disegno di legge e in un altro che non lo vuole, e quindi costringere quasi i consiglieri a essere o a favore o contro il disegno di legge in esame, senza alcuna possibilità di migliorarlo. E questo si sarebbe dovuto dire. Se sin dall'inizio ci avessero detto che a Roma la legge era stata concordata nel minimo dettaglio e che di conseguenza non si poteva modificare nulla — strana come procedura, ma per carità —, allora la questione si presentava sotto un altro profilo. Allora qualsiasi dibattito sul merito sarebbe stato inutile. Ma questo lo si doveva dire sin dall'inizio. Non si può accendere una disputa di natura ideologico-politica, se il problema è altrove. Questo va detto, poiché non è ammissibile che con grande demagogia qui si perseguano obiettivi che sono al di fuori delle nostre reali possibilità. E quanti di noi si sono fatti trascinare in questi giorni dall'impeto e hanno fatto interventi di tipo demagogico!

Se è questo dunque il problema, ovvero che disponiamo di un margine di trattativa veramente esiguo e che questo margine è dovuto alla nostra dubbia e vacillante competenza, allora la nostra posizione sul presente disegno di legge sarebbe radicalmente diversa; non si può mettere il carro davanti ai buoi. Allora si doveva dire: questa competenza arriva fino a questo punto, queste sono le misure, più in là non possiamo andare e quindi rimaniamo entro la competenza. In tal modo i consiglieri avrebbero potuto sbizzarrirsi nel trovare qualcosa di nuovo, di creativo da mettere in questa piccola scatola, qual'è quella della attuale competenza in questo settore. Altrimenti parliamo di aria fritta. Qui facciamo come se disponessimo di mille possibili e impossibili forme di previdenza per le madri, le famiglie, i padri e i figli, mentre in realtà non è vero. Non è vero che possiamo esaudire ogni richiesta, poiché l'ambito entro il quale dobbiamo muoverci è molto ristretto. Proprio perché la previdenza è appunto previdenza, e non assistenza. Sembra una dichiarazione molto banale, ma è il nocciolo della questione. La previdenza ha appunto i limiti della previdenza: è chiaro che la previdenza non è tanto amata da quei politici abituati a distribuire favori. Un assistito è infatti una persona riconoscente, che si appropria di quella mentalità "do ut des" che crea da una parte elemosina e e dall'altra dipendenza: tu vieni da me e io ti do questo, poi tu mi dai quello. Purtroppo non si ancora fatta strada quella mentalità, secondo la quale l'assistenza e naturalmente anche la previdenza sono un diritto di cui ognuno può usufruire. Ma questo del resto è un vecchio problema della politica ed anche un'usurpazione del campo sociale da parte della politica. Forse prima o poi riusciremo a strappare questo settore alla politica, comunque oggi l'assistenza è ancora appannaggio dei partiti, di associazioni e di enti che direttamente o indirettamente vi influiscono e costituiscono in un certo qual senso "fabbriche" di voti elettorali ecc. ecc., la qual cosa naturalmente aumenta l'interesse dei partiti e impedisce la scelta di soluzioni creative che andrebbero oltre i limiti naturali di questo settore. In questo modo le provvidenze potrebbero essere più adeguate ai bisogni della gente. E il cons. Kufstatscher alcuni giorni fa ha giustamente osservato che queste provvidenze sono superflue per coloro che hanno troppo e troppo esigue per chi non ha niente. Questa è un'osservazione giusta e delinea chiaramente il problema. Quindi anche se i limiti tra assistenza e previdenza sono molto incerti, dovremmo considerare (in base a uno stravolto principio di parità) tutti nello stesso modo, e forse qualcuno più uguale degli altri, cosicché alla fine quelli per i quali queste provvidenze costituiscono una necessità saranno uguali a quelli per i quali ciò rappresenta un optional. Che cos'è un optional? Ecco, tu in questo disegno di legge sei un optional, un elemento

superfluo, qualcosa per il quale si può votare o no, a cui si può rinunciare o no. Ma, come ho detto, il problema è stato dibattuto a lungo ed oggi ci si muove entro questi limiti che quindi devono essere accettati. E` proprio come tu dici: "prendere o lasciare". Ma poi viene spontanea una domanda di tipo politico-parlamentare. Come proseguirà la discussione? Cosa succederà ora? E` stata presentata una valanga di emendamenti, e per lo più emendamenti di tipo sostanziale che tendono ad una leggera inversione di rotta. Comunque nessun emendamento va al di là dei limiti precostituiti. Tutti rimangono entro gli stessi. Si auspica solamente una lieve inversione di rotta, motivata prevalentemente da motivi politici e per quanto possibile, anche ideologici. Potendo difficilmente prescindere da questo orientamento, non occorre ricorrere a riferimenti su Karl Marx, come ha fatto stamane il collega Taverna, il quale ha asserito che noi vogliamo rigenerare il pensiero del marxismo attraverso questa legge sulla famiglia. Ma il pensiero di Karl Marx non viene rivisitato attraverso questa legge-Morandini, ma in un'altra sede. Qui invece c'è da chiedersi in merito al nostro assetto democratico: abbiamo noi minoranze il diritto di essere prese sul serio? Può sembrare una domanda molto banale, perché da un lato noi possiamo anche arrivare ad una prova di forza, ovvero provocare in questo alto consesso una guerriglia democratica, presentando 400 emendamenti che vogliamo siano esaminati e discussi. La collega Berger sostituirà dopo un po' il collega Tonelli, e lo stesso succederà con la cons. Wanda Chiodi e il cons. Marzari, con la cons. Zendron e ...e ognuno combatterà la sua battaglia democratica. Si può fare. Il Dott. Putz calcolerà quante ore staremo qui a discutere, quanta carta consumeremo, quante macchine fotocopiatrici si romperanno, quanto caffè berremo; tutto si può fare. Oppure, come alternativa, i signori della Giunta regionale formuleranno al termine della discussione generale un'offerta. L'opposizione - e qui utilizzo il termine in senso collettivo - era infatti irritata anche perché il Presidente Andreolli nella seduta dei capigruppo di stamattina aveva affermato che gli emendamenti non verranno presi in considerazione. Noi vogliamo proseguire. Probabilmente egli ci crede; comunque questa era una piccola dichiarazione di guerra con la quale ci voleva in un certo senso provocare. Poi c'è stata l'offerta di ieri relativa ad una certa disponibilità di dialogo, prima o poi. Ma quando? Ci sta a cuore sapere - e vogliamo che la Giunta ci informi in merito - quale sarà il proseguimento dei lavori, tra virgolette. Non vogliamo essere noi quelli che ricevono la gatta da pelare. Noi siamo dell'avviso che malgrado la particolarità, l'importanza ecc. di questo disegno di legge, le regole democratiche debbano essere osservate e per questo chiediamo alla Giunta, all'Assessore di informarci sul procedere dei lavori ancora prima della conclusione della discussione generale e prima della votazione. Anche perché dobbiamo sapere che posizione assumere.

Assessore Morandini, forse sarebbe stato più facile e si sarebbero evitati molti malintesi, se avesse spiegato sin dall'inizio perché questi due pacchetti debbono venire trattati separatamente. Questo è infatti il nocciolo del problema, poiché tutti - io forse meno, poiché sul merito aveva già parlato la collega Zendron - hanno parlato nei loro interventi dalla A alla Z del secondo pacchetto e non del primo. ...Non intendevo te, ma gli interessati. Il cons. Brugger ci ha comunicato che cosa esso conterrà per i contadini di alta montagna e per i coltivatori diretti in generale, mentre neppure lontanamente ha accennato alle provvidenze del primo pacchetto. Allora io mi chiedo: chi può risolvere l'enigma, ovvero perché abbiamo due pacchetti invece di un unico come tutti auspicheremmo e perché ora viene interrotta la trattazione, sebbene sin dall'inizio noi ci fossimo dichiarati disponibili a continuare? Noi saremmo favorevoli all'immediata approvazione del disegno di legge in esame. Dovremmo continuare con la trattazione. Non è vero che il primo pacchetto può essere approvato solo contestualmente al secondo, poiché se ciò fosse vero, ovvero che il secondo pacchetto è legato in modo intrinseco al primo, allora faremmo meglio a predisporre un unico pacchetto. Secondo logica dovremmo aspettare il secondo pacchetto per approvare il primo, poiché si tratta di un progetto globale. Può anche darsi, ma questo pacchetto si regge anche da solo. Questo disegno di legge ha un chiaro orientamento. Il settore che esso disciplina è chiaro e di

conseguenza il disegno di legge a mio avviso dovrebbe venire approvato ora. Ciò che non mi è chiaro, invece, è il gioco che si sta facendo qui e perché si voglia far dipendere un disegno di legge dall'altro. Questo ce lo deve ancora spiegare l'Assessore Morandini e anche Voi colleghi della Volkspartei, perché questo mi sembra essere un intrigo architettato da voi. E poi nel corso della discussione è emerso che quasi nessuno voleva rivendicare la paternità del presente disegno di legge. Comunque la paternità di Morandini non viene di certo disconosciuta. La sua creatura rimane sua. Qui si tratta chiaramente di un figlio di Morandini. Il secondo pacchetto invece ha già così tanti padri, e probabilmente altri ne rivendicheranno la paternità, che Morandini potrebbe addirittura avere dei problemi ad essere inserito tra i padri putativi. Se tutto va bene egli potrebbe diventare il quarto e quinto padrino. Ma niente di più. La paternità è già stata riservata ad altri. Ma comunque essere secondi o terzi padrini di questa creatura è compito altrettanto importante.

E poi vorremmo chiarezza su un altro punto ...Ora basta! Ebbene, sì! Ho aspettato con questa storia perché non ci fossero altre donne in sala. Non era necessario guardare verso la tribuna. In tribuna non c'erano donne "verdi" o "similverdi". Il mio pubblico non appartiene evidentemente a quelle categorie nobili, in quanto io difendo, come è noto la "gentaglia". Comunque spero che anche questa avrà diritto alle provvidenze previste per le donne dell'Alto Adige e Trentino.)

**(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)**

**(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)**

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Berger.

**BERGER:** Credo che a questo punto della discussione sia possibile trarre un po' le conclusioni.

Due giorni fa ero intervenuta sottolineando alcuni dubbi di legittimità, che mi pare siano poi stati ripresi da quasi tutti i colleghi. Sicuramente è difficile che questo pacchetto famiglia sia approvato così come è formulato, in quanto sicuramente il Governo non può vistare una previsione di competenza di cui la titolarità è alla Regione, delegata alle due Province, laddove l'art. 18 dello Statuto prevederebbe in questo caso la legislazione autonoma delle due Province.

Quindi questo concetto di incompatibilità e quindi di dubbio di legittimità credo sicuramente sia uno degli ostacoli maggiori, però quello che emerge da questo dibattito è che in realtà, come alcuni colleghi hanno già evidenziato, mi sembra che l'assessore Morandini sia solo in questo progetto e le dirò perché. E' solo sicuramente in casa democristiana, perché credo che questa cosa il Presidente della Giunta l'abbia vissuta con un certo imbarazzo. Al di là del formale intervento fatto dal cons. Tarolli non è stato speso verbo, laddove le minoranze hanno argomentato approfonditamente.

Peraltro anche dall'area che dovrebbe essere più vicina e che aveva il proprio bacino di consenso qui presente a seguire i lavori, l'intervento del Presidente Kußtatscher è la sintesi giusta di questo disegno di legge, di una delle sue iniquità, quello di essere troppo generoso con chi ha e assolutamente inadeguato con chi non ha.

Però il problema non è solo questo, è anche un altro, perché come ricordava adesso il collega Tribus, peraltro con un'angolatura che non condivido, non credo che rispetto ad una famiglia di impostazione cristiana si possa contrapporre culturalmente una famiglia di impostazione culturale non cristiana, non credo che la nostra società esprima questo.

La nostra società esprime una non rigidità di modello dell'istituto della famiglia e sicuramente ritenere di dover intervenire in materia di previdenza, a sostegno di questo istituto, però in modo particolare, disciplinando delle previdenze che possano andare

incontro ad una scelta di maternità e quindi di tutela della scelta di maternità, prefigurando però un modello di madre, educatrice, compagna e sposa attenta solo al lavoro che si svolge all'interno delle pareti domestiche e richiamandosi per questo ad un articolo della Costituzione, questo mi sembra che sia fortemente ideologico, perchè ricordo che la Costituzione italiana è fondata sul diritto al lavoro.

Quindi su questo si è aperto un grosso dibattito sulle pari opportunità, che è quella negazione dell'art. 1 delle pari dignità, rispetto ai diritti e doveri fondanti la nostra Carta costituzionale.

Allora prima di intervenire, come hanno sottolineato i cons. Leveghi e Rella, con grande profusione delle nostre risorse su una parzialità della nostra società, rispetto alle finalità che ci vogliamo dare, prima di tutto bisognerebbe vedere se le pari opportunità dei diritti e doveri fondanti la nostra democrazia sono stati realizzati e capire se lì bisognava intervenire.

Allora nel rapporto del 1989, che è l'unico che è uscito finora subito dopo l'istituzione della commissione pari opportunità, la Provincia di Bolzano è quella che ha il minor numero di rapporto fra asili- nido, posto bambino, numero abitanti. Naturalmente inserendo questa regione nelle regioni centro-nord, quelle in cui la richiesta di questo servizio è maggiormente diffusa, questo dato dovrebbe far riflettere.

Il secondo dato che dovrebbe far riflettere la maggioranza in modo particolare è che in quest'aula sono venute a seguire i lavori molte donne, sicuramente nessuna donna giovane, e questo è un piccolo segnale d'attenzione che l'aspettativa, che tutti sanno, è maggiore per la seconda parte del pacchetto, ma non c'è molta condivisione per questa prima parte, perchè finora nemmeno sulla stampa abbiamo visto sostenere questo progetto, mentre abbiamo vissuto, letto e potuto incontrare tutta una serie di realtà femminili che a questo pacchetto si contrappongono.

L'altro motivo che dovrebbe far riflettere la Giunta, e lo ridirò in modo particolare all'assessore Morandini quando ritornerà, perchè l'assessore è fortemente impegnato nell'affermare una cultura della solidarietà e dell'accoglienza, è che la civilissima provincia di Bolzano ospita baraccopoli, in cui vivono delle famiglie e dei bambini. Allora la nostra attenzione non è neanche rispetto all'istituto e al modello culturale, è rivolta ad un tipo specifico di famiglia con un'identità ben precisa.

Allora credo che i problemi che avremo davanti nei prossimi anni saranno quelli di accoglienza, di emigrazione e di immigrazione, quindi saranno problemi di portata epocale, di gran lunga più ampi e più difficili da dipanare di questa parzialità che vorremmo affrontare, peraltro malamente.

Faccio un intervento di replica al collega Taverna, molte sono le regioni che hanno affrontato questo tema e la Regione Emilia Romagna ha fatto una bella legge a sostegno del diritto della maternità, molto semplice, piena di servizi e fra questi servizi ce ne sono alcuni estremamente interessanti, per esempio le baby sitter part-time che intervengono a domicilio, un interscambio di servizio per esempio costituendo collaborazioni fra donne in alcuni centri di riferimento fra nuclei monoparentali, laddove questa realtà, fra i 25-30 anni oggi della donna, è la più diffusa, la più precaria perchè è evidente che questo soggetto ha il diritto-dovere di trovare un posto di lavoro e che quindi nessuno di questi interventi sarebbero in grado di risolvere il problema, peraltro tenendo conto che per far questo e quindi per vedere la ricaduta una Regione a statuto ordinario, che i propri interventi economici sulla qualità e la pertinenza dei servizi erogati rispetto a una domanda che è mutevole, ha istituito un semplice osservatorio.

Con questi strumenti, se noi andiamo a guardare il bacino d'utenza a cui si rivolge la regione Emilia Romagna sarà certamente 10 volte quello di questa provincia e probabilmente l'intervento sarà sicuramente un terzo di quello previsto dalla copertura di

questa legge.

Per cui questi sono i contenuti di merito, ma io ritengo che questi siano superati dalla dichiarazione che ci ha fatto il Presidente della Giunta, quando ci ha detto: questo pacchetto è così, prendere o lasciare, perchè non esistono possibilità di emendamento, la Giunta non è disposta ad emendarlo. Riteniamo comunque di accogliere la vostra richiesta di farne una discussione organica e quindi al più presto presenteremo il secondo pacchetto e questo secondo pacchetto, nel giro di un mese e mezzo, potrà essere portato alla discussione dell'aula, laddove si riaprirà la discussione generale e in successione dovrebbero essere approvati prima il disegno di legge attualmente in discussione e poi il successivo.

Credo che questa politicamente sia una dignitosa via d'uscita per la maggioranza e soprattutto un bel modo per lo SVP di uscire da un impasse, però sono convinta che non sarà assolutamente praticabile.

Credo che in questa giornata, con il voto per il passaggio alla discussione articolata si consuma il rito della discussione su questo disegno di legge e per questa legislatura non ne parliamo più. La maggioranza ha misurato le difficoltà, sicuramente non ha misurato la forza di un ostruzionismo, perchè l'ostruzionismo è ben altro strumento, il Presidente della Giunta regionale lo conosce, qui esiste esclusivamente uno strumento regolamentare di presentazione di emendamenti.

Assessore Morandini, dicevo che io credo che in questa legislatura noi, con questa discussione, consumiamo l'atto dovuto alle aspettative, alle promesse ecc., in modo particolare dell'SVP su questo punto: non ritornerà più in aula. Perchè se su questo i dubbi di legittimità sono fortemente motivati, la possibilità di introdurre addirittura una differenziazione sul territorio nazionale, introducendo una sistema pensionistico diverso, prevedendo poi comunque di dover corrispondere a quelle che sono state le richieste avanzate dal sindacato, che prevedono un'infinità di audizioni, è evidente che se abbiamo impiegato 18 mesi di confronto per arrivare a questo, credo che in via assolutamente straordinaria si potrà fare tutto, ma sicuramente se tutto va proprio benissimo potremmo arrivare al prossimo anno, i 400 emendamenti ci sono, andranno discussi e la Regione non è in grado, rispetto ai 4 giorni di media di lavoro, questo ce lo dobbiamo dire con onestà, di sostenere un simile invito.

E' evidente che per arrivare a definire qualcosa che veramente possa intervenire, cioè non esiste una persona qui dentro che si sia detta indifferente all'obiettivo, è che con valutazioni di merito completamente differenziate tutti hanno detto che lo strumento non è assolutamente efficace per raggiungere quell'obiettivo, lo mancherà comunque, perchè non si interviene così a sostegno di una domanda che viene dalla società civile differenziata e articolata.

E' una risposta parziale, l'abbiamo già detto che risponde a una particolare condizione di un istituto famiglia poco diffuso e quasi inesistente ormai e non dà la risposta di fatto.

Queste sono le condizioni dello scontro, perchè non siamo riusciti a trovare una mediazione diversa e quindi queste permangono, perchè non c'è uno scontro preconstituito, c'era la volontà di vedere quali erano i margini della convergenza, quando la Giunta dice: questo è così, prendere o lasciare, è evidente che per chi riteneva questo impianto totalmente confutabile rimane il rifiuto totale.

Allora onestamente avevamo detto che sarebbe stato più dignitoso per tutti sospendere la discussione ieri, l'abbiamo portata fino ad oggi e credo che le conclusioni però non possano che prefigurare che questo, una dignitosa via d'uscita per la maggioranza, perchè ritengo che non sarà in grado assolutamente di mantenere gli impegni assunti rispetto ad alcune aspettative, ma soprattutto che la strada e la ricerca è talmente piena di forzature statutarie, di

competenze, di legittimità che non c'è neanche in realtà la doverosa convinzione di intraprendere fino in fondo una strada così difficile.

Nella seconda parte del pacchetto, semmai dovesse arrivare, lì si c'era la necessità di trovare e allora lì per una parzialità vedremo cosa verrà fuori, una strada sarebbe percorribilissima, quella dell'integrazione pensionistica, perchè quella è competenza della Regione e lo possiamo fare, perchè un altro dei dati che emergono sempre dalle rilevazioni, qualora si vogliano leggere le indagini che comunque sono sufficientemente diffuse, la donna ha tre stagioni di vita da cui entra, esce dal mercato del lavoro. L'ultima emissione cerca di farla tra i 40 e 45 anni, quando assolutamente le condizioni della ricettività del mercato del lavoro non glielo consentono.

Allora bisogna intervenire in due modi: uno, a copertura di costi di riqualificazione professionale che non sono quelli standard, perchè esistono donne laureate che dovrebbero fare corsi di aggiornamento, per esempio alla Bocconi, che sono costosissimi, e questo altre regioni lo hanno fatto, perchè se noi ci dotassimo di un osservatorio allora si garantiremmo alla donna di svolgere il duplice ruolo, permettendole anche di finire la sua vita lavorativa con una dignitosa evoluzione di una professione, in cui ha investito anni di studio, di ricerca e di intelligenza. Se tutto questo si farà fare, questa sarà una strada da percorrere.

Prefigurare idealmente o ideologicamente o teoricamente una pura assegnazione di pensione alle casalinghe tout cur, le quali si dovessero impegnare tutta la vita ad essere tali, questo è escluso, tutte le volte che ci siamo confrontati in dibattiti pubblici ho avuto molti motivi di argomentazioni per confutarlo e non ho intenzione a quest'ora di riprendere questo argomento.

Concludo il mio intervento qui, dicendo che abbiamo due anni di legislatura davanti, voglio vedere se la mia previsione politica si realizzerà, credo proprio di sì.

**(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)**

**(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)**

**PRÄSIDENT:** Jetzt nütze ich die Zeit, bevor ich dem Abg. Meraner das Wort gebe, um organisatorisch einige Dinge abzuklären. Zunächst wäre es für uns alle wichtig zu wissen, wer noch das Wort ergreifen will, weil nur dann können wir eine ordentliche Planung machen, weil ich auch den Wunsch gehört habe, eventuell weiterzuarbeiten anstatt eine Nachsitzung anzuberaumen oder eventuell kürzer zu unterbrechen usw. Aber das hängt alles davon ab, wieviel Redner noch sind. Nachdem der Wunsch, den ich hier äußere, sich bitte einzutragen allein nicht genügt, möchte ich von der Geschäftsordnung Gebrauch machen und falls man einverstanden ist – hier heißt es mit 5 Abgeordneten zusammen und ich hoffe, daß sovielen mit dabei von der Partie sind – den Schluß der Rednerliste beantragen. Es heißt, wer will, kann sich noch in die Rednerliste eintragen und wenn man meinem Antrag stattgibt, dann könnten wir darunter einen Schlußstrich ziehen und wir würden wissen, wieviele Abgeordnete noch Interesse haben, das Wort zu ergreifen. Ich läute jetzt, damit auch diejenigen, die draußen sind, benachrichtigt werden. Ist man mit so einem Vorschlag einverstanden? Also wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Ripeto in italiano. C'è la necessità di sapere chi vuole ancora parlare. Lo ripeto in italiano, perchè ho visto che non funziona la traduzione. Dunque ho chiesto a chi vuole parlare di mettersi in lista e in base all'art.77 chiedo di chiudere la lista degli oratori. Solo per sapere quanti sono. Also wer sich jetzt noch eintragen möchte, möge sich eintragen und wenn wir dann die Liste vollständig haben... Qualcun altro chiede la parola? Ich habe vorhin erklärt, 5 Abgeordnete – und diese haben vorhin mit mir solidarisiert – können den Schluß der Debatte beantragen, wobei alle diejenigen, die sich noch zu Wort melden wollen, auf die

Rednerliste gesetzt werden und dann einfach Schluß ist. Wenn keine Widersprüche sind, dann gilt das als genehmigt. Wenn hingegen Widersprüche sind, dann muß ich darüber abstimmen lassen. Das war der Art. 77. Alles klar? ...ich habe es zusammen mit 5 Abgeordneten verlangt. Se ci sono obiezioni faccio votare altrimenti andiamo avanti. Sind Einwände gegen den Schluß der Rednerliste? Ich sehe keine Einwände. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen und als letzter Redner wird noch der Assessor Morandini eingefügt. Das war die erste Frage.

Nachdem jetzt 5 Redner vorgesehen sind, steht uns jetzt die Möglichkeit bevor, um 18.00 Uhr zu unterbrechen oder weiterzuarbeiten oder eine kürzere Pause zu machen. Durcharbeiten? Ich höre den Vorschlag durcharbeiten. Das einzige Problem ist, daß für 18.00 Uhr die Gesetzgebungskommission einberufen ist. Aber wir könnten ausnahmsweise die Kommission, die eine kurze Sitzung hat, arbeiten lassen. Einspruch stattgegeben. Dann müssen wir sie zu einem anderen Termin einberufen. Wichtig ist es die Arbeiten des Regionalrates zu beenden. Ich habe den Wunsch gehört, durcharbeiten, dann arbeiten wir durch. Dann ist dem stattgegeben. Somit sind eigentlich alle Fragen geklärt. Wir arbeiten durch bis zur Erschöpfung der Rednerliste.

Der Nächste, der sich zu Wort gemeldet hat, ist der Abg. Meraner. Er hat noch 17 Minuten Redezeit.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola al cons. Meraner, vorrei chiarire alcune cose in merito allo svolgimento dei lavori. Innanzi tutto sarebbe opportuno sapere chi intende ancora prendere la parola, in modo da poter programmare i lavori, anche perché è stata fatta la richiesta di proseguire con i lavori e non interrompere la seduta per continuare con la seduta notturna (oppure in alternativa fare un'interruzione più breve). Ma tutto dipende da quanti oratori vogliono ancora intervenire. Poiché la mia richiesta di iscriversi nella lista da sola non è bastata, vorrei richiamarmi al Regolamento e nella fattispecie all'art. 77 e chiedere la chiusura della discussione – qui si dice insieme a cinque consiglieri, ma spero di trovare tale consenso –. Quindi chi vuole ancora iscriversi nella lista degli oratori, lo faccia adesso, poiché poi verrà chiusa la discussione. Almeno così sapremo chi ha ancora interesse ad intervenire. Ora suonerò la campana fuori nel foyer, in modo che anche gli altri consiglieri vengano messi a conoscenza di questa mia decisione. Siete dunque d'accordo con la mia proposta? Chi è favorevole, alzi la mano. Ho detto poc'anzi che erano necessari 5 consiglieri per fare passare la richiesta di chiusura della discussione – e questi hanno dato cenno di essere d'accordo –. Comunque chi intende ancora intervenire può iscriversi nella lista dei relatori; poi dichiareremo chiusa la discussione. Faccio riferimento all'art. 77. Tutto chiaro? Ci sono obiezioni in merito alla chiusura della discussione? Non ne vedo. Dichiaro quindi chiusa la lista dei relatori. Ultimo a parlare sarà l'Assessore Morandini per la replica. Questo era il primo punto.

Poiché si sono iscritti a parlare ancora 5 consiglieri, possiamo decidere di interrompere alle ore 18.00 oppure proseguire con i lavori ed eventualmente fare una pausa più breve. Continuare? Ho sentito la proposta di continuare. L'unico problema è che per le ore 18.00 era stata convocata una Commissione legislativa. Ma potremmo eccezionalmente far lavorare comunque la Commissione trattandosi di una seduta molto breve. Prendo atto dell'obiezione. Allora dobbiamo convocarla per altra data. I lavori del Consiglio regionale hanno priorità. E' stata manifestata la richiesta di continuare con i lavori, allora proseguiamo. Sono stati dunque chiariti anche questi due punti ancora aperti. Proseguiamo con i lavori sino ad esaurimento della lista dei relatori.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Meraner. Ha ancora 17 minuti a disposizione.

**MERANER:** Danke, Herr Präsident! Die Arbeiten... Ich würde schon gerne anfangen.

*(Grazie, signor Presidente! I lavori. ...Io potrei iniziare se...)*

*(Unterbrechung – interruzione)*

**PRÄSIDENT:** Ich bitte um ein bißchen Ruhe, sonst hört man wieder nichts.

**PRESIDENTE:** Un po' di silenzio, prego! Altrimenti non si sente niente.

**MERANER:** Ich habe vielleicht nicht so ein lautes Organ wie mein Vorredner, aber ein ganz leises auch nicht, aber jetzt dringt es tatsächlich nicht durch.

*(Forse non ho una voce così forte come l'oratore che mi ha preceduto, ma sicuramente non così silenziosa da non essere sentita.)*

**PRÄSIDENT:** Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und ein bißchen Ruhe zu sein. Es ist leider – ich wiederhole es – eine furchtbar schlechte Akustik im Saal. Wir studieren an einer Verstärkung der Lautsprecheranlage, aber so wie sie jetzt ist, muß ich einfach bitten, daß ihr alle ein bißchen ruhiger seid. Ich bitte alle Kollegen, die an Gesprächen beteiligt sind, wenn es unbedingt sein muß, hinauszugehen.

**PRESIDENTE:** Prego i signori consiglieri di voler prendere posto e fare un po' di silenzio. Purtroppo – lo ripeto – in questa sala c'è un'acustica pessima. Stiamo studiando un sistema di amplificazione migliore, ma così come è adesso, l'impianto purtroppo non è sufficiente e quindi devo pregarvi di fare un po' di silenzio. Prego i signori consiglieri che sono impegnati in colloqui di recarsi fuori dall'aula.

*(Unterbrechung – interruzione)*

**MERANER:** Ich glaube, Herr Präsident, nachdem ich Sie verstanden habe, werden Sie mich jetzt auch verstehen. Ich fange somit an.

Ich denke wir hätten diese Diskussion überhaupt um einiges abkürzen können, wenn nicht vom Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei weitere Stellungnahmen durch seine unwahren Darstellungen geradezu provoziert worden wären. Wir haben, meine Damen und Herren, schon mit den Vorfahren dieser Pakete 20 Jahre lang unseren Jammer gehabt und sie werden es uns nicht verargen, wenn wir zu den Kindern des Paketes ein nicht allzugroßes Vertrauen und schon gar nicht einen allzugroßen Vertrauensvorschuß haben. Aber nun hat dieses Paket tatsächlich Junge bekommen, unverwechselbar ähnlich mit dem altbekannten Paket. Man weiß nichts genaues, man weiß nicht wann, man weiß nicht wie und man weiß nicht ob! Zum Inhalt habe ich schon – wie ich meine konkret – 43 Minuten lang gesprochen. Ich möchte dazu nichts wiederholen.

Aber zum Arbeitsfortgang bei der Debatte über dieses Paket soll doch einiges gesagt werden, beispielsweise der Ablauf des heutigen Tages. Vielleicht würde es die Presse auch einmal für erwähnenswert halten, der Bevölkerung darzustellen, unter welchen Umständen gewisse Abgeordnete gezwungen sind, in diesem Hause zu arbeiten. Ich nenne ganz schlicht und einfach den heutigen Tagesablauf. 8.30 bis 10.00 Uhr die Haushaltsdebatte über die Region, ein Haushalt, bei dem der Kassahaushalt immerhin fast 650 Milliarden ausmacht und somit nicht

ganz ohne Bedeutung sein dürfte. Dann von 10.00 bis 12.30 Uhr wird seriös über dieses Gesetz diskutiert, dann wird bis 14.00 Uhr unterbrochen, von 14.00 bis 15.00 Uhr mußten wir wieder über den Haushalt diskutieren. Von 15.00 bis 18.00 Uhr – so war es ursprünglich geplant – sollte dann wieder über dieses Gesetz diskutiert werden und von 18.00 bis 19.00 Uhr wieder über den Haushalt. Das ist jetzt, Gott sei Dank, etwas geändert worden. Dies, meine Damen und Herren, sind unzumutbare Zustände. Nicht, weil wir nicht arbeiten wollen, aber weil wir uns nicht ständig von einer Arbeit herausreißen lassen und in die andere hineinstecken. Die Arbeit hier im Regionalrat ist wichtig, aber die Arbeit in der Haushaltskommission ist auch wichtig. Sie sollte bei einem Haushalt von 365 Milliarden in der Kompetenz und 650 in der Kassa, immerhin was die Ausgabefähigkeit betrifft, so wichtig sein, daß wir schlechtbezahlten Regionalratsabgeordneten uns wenigstens einen halben Tag dafür Zeit nehmen. Das wollte ich einmal anbringen, weil das kein seriöses und zumutbares Arbeiten ist. Der Herr Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei hat versucht, die Situation so darzustellen, als ob die Mehrheit tatsächlich interessiert wäre, dieses Gesetz zu genehmigen – ich rede schon nur fürs Protokoll, damit es dort festgelegt ist, ich erhebe absolut keinen Anspruch, daß mir jemand zuhört, aber bitte seid so nett und stört mich nicht übermäßig, damit ich mich wenigstens selbst verstehe –. Es ist so dargestellt worden, als ob die böse, obstruktionslüsterne Opposition diesen Gesetzentwurf unnötigerweise zu Fall bringen oder verzögern möchte. Die Wirklichkeit ist doch eine ganz andere, meine Damen und Herren. Wir von der Opposition haben vom Anfang an gefordert, daß das Paket Nr. 1 und Nr. 2 auf den Tisch gelegt werden soll und daß wir beides in Ruhe, nüchtern diskutieren und zu Ende bringen. Die Mehrheit ist es, die zunächst einmal gesagt hat, den zweiten Teil wollen wir vorläufig nicht vorlegen. Wir wissen nicht, wann sie es will. Die Gesetzesmaßnahme wird wahrscheinlich etwa um die Mitte des nächsten Jahres in Kraft treten können, aber nicht aus Verschulden der Opposition, sondern einzig und allein, weil es die Mehrheit so will und nicht umgekehrt. Das wollen wir einmal festhalten. Wir von der Opposition vertreten wie gesagt den Standpunkt: für das Paket Nr. 1 sind 50 Milliarden im derzeitigen Haushalt vorgesehen, für das Paket Nr. 2 sind im Kompetenzhaushalt 1992 weitere 55 Milliarden eingeschrieben. Übrigens fast genau gleich viel wie für die Berufsfeuerwehr. Das soll auch irgendwie einen Vergleich abgeben. Man sagt uns, der Text für das Paket Nr. 2 sei bereits fertig, spruchreif. Ich kann deshalb trotz der vielen Beteuerungen und Erklärungen auch jetzt noch nicht einsehen, warum wir nicht beides zusammen diskutieren. Dann könnten beide spätestens im Jänner in Kraft treten oder sogar schon heuer. Wir würden es sogar schon heuer schaffen. Bereits heuer könnten beide Gesetze in Kraft treten, aber die Mehrheit will es einfach nicht und sie sagt uns auch nicht, warum sie es nicht will. Sie sollte es uns sagen. Es ist ein paar Mal gesagt worden, daß es 400 Abänderungsanträge der Opposition gibt. Meine Damen und Herren, ich habe sie nicht alle durchgelesen. Das gebe ich zu, aber einen Großteil habe ich durchgeblättert und festgestellt, daß es sich in der Regel um sehr einfache Abänderungsanträge handelt, die auch ohne weiteres während der Artikeldebatte behandelt werden könnten. Das dürfte für eine Fraktion mit 20 oder mehr Abgeordneten immerhin leichter sein wie beispielsweise für eine Fraktion mit einem oder nur zwei, drei Mitgliedern. Die Regierung und die Mehrheit hat bis jetzt auf uns nie Rücksicht genommen. Ich denke beispielsweise an die Haushaltsdebatten, wo wir es uns immer gefallen lassen mußten, daß während der Diskussion zu einem Artikel manchmal noch ein halbes Dutzend Abänderungsanträge, zum Teil sehr komplizierte, herbeigeplattert sind, so daß manchmal tatsächlich materiell nicht die Zeit blieb, diese Abänderungsanträge zu diskutieren. Aber was die Mehrheit der Opposition zumuten kann, das ist umgekehrt offensichtlich nicht der Fall. Wahrscheinlich sind wir qualifizierter, so daß die anderen 21 zusammen das nicht fertigbringen, was bei uns einer oder zwei fertigbringen. Wenn wir beide Pakete jetzt schon nicht diskutieren sollen, dann hätte man wenigstens vorzeitig

Schluß machen sollen, dann würde man nicht unnötigerweise Zeit verlieren, denn das Gesetz wird, wenn wir jetzt die Generaldebatte abschließen, um keinen einzigen Tag früher in Kraft treten können. Das ist nun einmal das Faktum und es wird auch nicht so sein können, daß die Mehrheit ihr Gesetz schlicht und einfach der Opposition aufzwingen kann. Umgekehrt soll es auch nicht sein und das wollen wir auch nicht. Aber wir wollen mitgehört werden, wir wissen, daß wir nicht die Mehrheit haben und deshalb nicht entscheiden können, aber wir sind ebenso gewählte Vertreter der Bevölkerung wie ihr und ihr habt die heilige Pflicht, unsere Vorschläge nach Möglichkeit mit einzubeziehen und nicht einfach pauschal abzulehnen. Ansonsten schiebt ihr die vielen Tausend Wähler, die uns das Vertrauen gegeben haben, einfach vom Tisch. Ich rede jetzt von der gesamten Opposition, nicht von mir. Das ist auch vom demokratischen Standpunkt her nicht zulässig. Die Mehrheit verlangt die Verschiebung, so daß wir davon ausgehen müssen, daß das Paket Nr. 2 wahrscheinlich nicht vor April 1992 diskutierbar ist. Die Mehrheit behauptet aber auch gleichzeitig, daß die Opposition es wäre, die die Arbeit verzögert. Jetzt müßt ihr mir einmal sagen, was hat die Opposition getan, um die Arbeiten zu verzögern, außer, daß sie Abänderungsanträge eingebracht hat, die einfach diskutierbar wären und auch sofort diskutiert werden können. Das müßt ihr mir einmal erklären. Ich sehe hier eine sehr recht merkwürdige Art, Gesetze zu machen und es drängt sich in mir die Meinung auf, daß man wohl im Regionalwahlgesetz für die Zukunft eine Norm einführen müssen wird, die so heißt, daß die angehenden Landtags- bzw. Regionalratsabgeordneten, bevor sie sich auf die Kandidatenliste setzen, vorweg eine Eignungsprüfung machen, damit sie wenigstens die elementarsten Elemente einer normalen gesunden Gesetzgebungstechnik mitbringen. In diesem Lichte müssen die Aussagen Dr. Bruggers gesehen werden. Ich sage es sehr bescheiden, daß das, was er gesagt hat, die glatte Unwahrheit ist und eine Verdrehung der Tatsachen. Ihr – und ihr allein – habt die Verzögerung dieser beiden Gesetze gewollt. Wir wissen nicht warum, ihr habt sie gewollt und ihr müßt bitte auch die Verantwortung dafür tragen. Die Mehrheit allein also hat die Verantwortung zu tragen und in keiner Weise die Opposition. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie man in Anwesenheit der Betroffenen, die doch alle wissen, wie die Dinge laufen, die Sachen so verdrehen kann. Ich möchte nur wissen, wie ihr dann in euren Sonntagsreden über uns redet, wenn ihr in unserer Anwesenheit die Dinge schon so verdreht. Das möchte ich einmal wissen. Dann wäre ich einmal wundrig, was ihr in unserer Abwesenheit über uns sagt. Dann wundert es mich allerdings nicht, wenn manchmal, sowohl bei der Presse, die euch natürlich näher steht als uns, als auch bei der Bevölkerung ein sehr verzerrtes Bild über die Opposition entsteht. Denn die Opposition ist lange nicht so schlecht wie ihr Ruf und die Mehrheit lange nicht so gut, wie sie sich immer darstellt. Meine Damen und Herren, wenn wir uns schon nicht auf gewisse Gesetzesmaßnahmen einigen können, so haben wir wenigstens so viel Anstand, daß wir uns gegenseitig nicht unnötigerweise schlecht machen. Konzentrieren wir uns auf die Arbeit als Gesetzgeber und versuchen wir nicht, das Spiel des Schwarzen Peters zu spielen, um den Schwarzen Peter dem anderen auf hintertückische Weise in die Hand zu drücken. Etwas Korrektheit, meine Damen und Herren, oder ich muß in diesem Fall die Damen ausnehmen und sagen: etwas mehr Korrektheit, meine Herren von der Mehrheit wäre unbedingt erforderlich, dann glaube ich, würden wir im Interesse der Bevölkerung hier auch besser zusammenarbeiten können.

*(Signor Presidente, poiché ora sono riuscito a udire finalmente le Sue parole, presuppongo che anche Lei ora riesca a sentirmi. Quindi inizio.*

*Credo che avremmo potuto abbreviare di un bel po' l'attuale discussione, se il capogruppo della SVP – con le sue affermazioni non corrispondenti al vero – non avesse provocato ulteriori prese di posizione. Signore e signori, avremmo per 20 anni i nostri problemi con i precursori*

di questi pacchetti e quindi ora i consiglieri non ce l'avranno a male se non abbiamo troppa fiducia nei "figli" di questo pacchetto e non intendiamo dare loro nemmeno una possibilità di riscatto. Ora questo pacchetto ha avuto i suoi "figli", così come è già successo con il vecchio pacchetto. Anche qui non si sa nulla di preciso, non si sa "se", "quando" e "come"! In merito al contenuto ho già parlato concretamente per 43 minuti e non intendo ripetermi.

Ma sull'ordine dei lavori vorrei aggiungere ancora due o tre cose, ad esempio per ciò che concerne lo svolgimento della giornata odierna. Forse la stampa dovrebbe riferire alla pubblica opinione in che condizioni noi lavoriamo. Vorrei solo elencare gli impegni di oggi. Ore 8.30 – 10.00: dibattito in Commissione legislativa sul bilancio della Regione, un bilancio che per quel che riguarda la cassa raggiunge dopotutto la ragguardevole cifra di 650 miliardi e quindi è pure importante. Ore 10.00 – 12.00: si discute seriamente su questo disegno di legge, poi si interrompe sino alle ore 14.00. Ore 14.00 – 15.00: si ridiscute sul bilancio della Regione. Ore 15.00 – 18.00 (come era programmato all'inizio): si discute nuovamente su questa legge e poi dalle 18.00 alle 19.00 nuovamente il bilancio. Fortunatamente quest'orario è stato poi leggermente modificato. Signore e signori, questi sono orari disumani. Non perché non abbiamo voglia di lavorare, ma perché non vogliamo continuamente interrompere un lavoro, per iniziarne un altro. I lavori del Consiglio sono importanti, ma lo sono altrettanto i lavori della Commissione del bilancio. Con 365 miliardi di competenza e 650 miliardi di cassa, per ciò che concerne la capacità di spesa, questo bilancio mi sembra essere abbastanza importante da dedicarci (noi consiglieri malpagati) almeno mezza giornata. Questo è quanto volevo puntualizzare, perché non mi sembra che altrimenti si possa parlare di lavori seri e coscienziosi. Il capogruppo della Südtiroler Volkspartei ha cercato di fare capire che la maggioranza è interessata a far approvare questa legge – io faccio questo intervento solo perché venga messo a verbale e non perché qualcuno mi ascolti, ma siate almeno così gentili da farmi parlare, perché in questo momento non sento neppure la mia voce –. Si è voluto far credere che la accanita minoranza presa dalla sua fobia di ostruzionismo volesse far slittare questo disegno di legge in modo che non venisse approvato. In verità, signore e signori, noi della minoranza sin dall'inizio avevamo chiesto che venisse trattato il pacchetto n. 1 e n. 2, in modo da discuterne con calma e terminarlo al più presto. E' stata la maggioranza a dire che per ora non aveva intenzione di presentare la seconda parte. Noi non sappiamo quando la presenterà. Questo provvedimento di legge potrà entrare in vigore solo a metà dell'anno prossimo, ma non per colpa dell'opposizione, ma unicamente perché la maggioranza lo vuole e non viceversa. Questo lo vorremmo sottolineare. Noi dell'opposizione diciamo: per il pacchetto n. 1 sono previsti 50 miliardi nell'attuale bilancio, per il pacchetto n. 2 sono previsti ulteriori 55 miliardi nel bilancio di competenza 1992. Quasi come i fondi previsti per i vigili del fuoco: solo per fare un paragone. Ci hanno detto che il testo del pacchetto n. 2 è pronto, pronto per essere esaminato. Malgrado le molte assicurazioni e promesse fatte in quest'aula, non riesco a comprendere perché non dovremmo discutere congiuntamente questi due pacchetti. In tal modo potrebbero entrare in vigore tutti e due già a gennaio o forse già quest'anno. Forse ce la faremmo ad approvare i due disegni di legge ancora entro l'anno in corso, ma evidentemente la maggioranza non vuole e non ci dice nemmeno perché non vuole. Ma dovrebbe dircelo. Si è ripetuto che la minoranza ha presentato circa 400 emendamenti. Signore e signori, io non ho avuto modo di leggerli tutti, ma ne ho sfogliati molti e ho verificato che si tratta per la maggior parte di emendamenti molto semplici che potrebbero essere senz'altro esaminati durante la discussione articolata. Esaminarli sarà senz'altro più facile per un gruppo di 20 o più consiglieri che per un gruppo composto solo da uno o due consiglieri. La Giunta sino ad oggi non ha mai tenuto conto delle nostre esigenze. E penso ad esempio al dibattito sul bilancio, quando ha presentato spesso anche una dozzina di emendamenti, anche complicati, su ogni singolo articolo e non c'era nemmeno il tempo di esaminarli. Ma evidentemente la maggioranza si aspetta dall'opposizione maggiori sacrifici. Probabilmente siamo più qualificati poiché riusciamo a fare con uno o due

*consiglieri ciò che 21 consiglieri non riescono a fare. Se ora non si vogliono discutere i due pacchetti, allora si sarebbe dovuta troncata prima questa discussione, allora non avremmo perso tempo inutile; perché se chiudiamo ora la discussione, non per questo la legge entrerà in vigore prima. Questo è un dato di fatto. La maggioranza non riuscirà ad imporre all'opposizione questa legge. Viceversa nemmeno e neppure lo vogliamo. Ma vogliamo essere ascoltati, sappiamo di non avere la maggioranza e quindi di non poter decidere, ma siamo anche noi rappresentanti eletti del popolo come voi e voi avete il dovere di ascoltare ed eventualmente inserire nel disegno di legge le nostre proposte senza rifiutarle tout court. Altrimenti cancellate dalla scena tutti quegli elettori che ci hanno dato fiducia. Parlo ora dell'intera opposizione e non solo di me. Questo non è ammissibile nemmeno sotto il profilo democratico. La maggioranza chiede il rinvio e quindi dobbiamo presumere che non si discuterà il pacchetto n. 2 prima di aprile. La maggioranza afferma anche che è l'opposizione che prolunga i lavori. Adesso mi dovete dire che cosa ha fatto l'opposizione per prolungare i lavori fuorché l'aver presentato degli emendamenti concreti che potrebbero essere velocemente esaminati! Dovete spiegarmelo. Mi sembra un modo molto strano di legiferare e mi sembra che se le cose stanno così, presto dovremo introdurre in Consiglio regionale un provvedimento in base al quale i consiglieri regionali e provinciali prima di candidarsi dovranno fare una prova di idoneità per verificare se conoscono le norme legislative fondamentali. Sotto questa luce vanno lette le dichiarazioni del cons. Brugger. Vorrei spiegare molto modestamente che ciò che egli ha asserito non corrisponde assolutamente al vero ed è uno stravolgimento dei fatti. Voi — e solo voi — avete voluto che i due disegni di legge seguissero un iter così lungo. Non sappiamo perché, ma voi — e non l'opposizione — dovete assumervi l'intera responsabilità. Non riesco a capire come si faccia a stravolgere così i fatti, in presenza degli interessati che ben sanno come sono andate le cose. Vorrei proprio sapere cosa dite di noi nei vostri discorsi della domenica, se già ci accusate in questo modo quando siamo presenti. Vorrei proprio sapere cosa dite in nostra assenza. Non ci meraviglia quindi che la stampa, che vi è più vicina, ed anche la popolazione abbiano dell'opposizione un quadro completamente sbagliato. Perché l'opposizione non è di certo così incapace come la vogliono rappresentare, e la maggioranza di gran lunga non così capace come vorrebbe far credere. Signore e signori, se non riusciamo ad accordarci su certi provvedimenti di legge, almeno abbiamo l'onesta di non sminuirci a vicenda! Concentriamo le nostre forze sull'attività legislativa e non cerchiamo di darci la colpa l'un con l'altro. Un po' di correttezza, signore e signori! E in questo caso devo escludere le signore e dire: un po' di correttezza, signori della maggioranza, e riusciremo tutti a collaborare meglio, nell'interesse della collettività!)*

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Meraner.

Damit kommen wir zum nächsten Redner, zum Abg. Tonelli.

Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**PRESIDENTE:** Grazie, cons. Meraner.

Passiamo al prossimo oratore, il cons. Tonelli.

Prego, cons. Tonelli.

**TONELLI:** So che molti consiglieri si stanno chiedendo: cosa penserà Tonelli di questo disegno di legge e se non intervenissi probabilmente stanotte qualcuno non dormirebbe, per questo faccio uno sforzo incredibile ed esaudisco questo vostro desiderio di dirvi cosa penso del disegno di legge stesso.

Innanzitutto ritengo, signor Presidente, che lei dovrebbe fare un editto, proclama, delibera ecc. per proibire l'uso dei telefonini in quest'aula, altrimenti la prossima volta io vengo con il flipper, credo sia francamente una cosa non seria che ci siano assessori,

consiglieri che telefonano, almeno si vada fuori a telefonare e ricevere telefonate, altrimenti io vengo con un flipper e mi metto a giocare tutto il giorno.

Seconda questione, cosa penso del disegno di legge. L'ho già detto in Commissione, questa legge è errata nella sua impostazione, dal punto di vista di Solidarietà, e questa parte è indiscutibile, ma io vorrei iniziare dall'altra, quella secondo me indiscutibile, ed è quella che si può definire una legge Robin Hood alla rovescia, cioè ruba ai poveri per dare ai ricchi. Questo è un dato indiscutibile del disegno di legge ed è stato espresso in maniera velata anche da rappresentanti di associazioni che sono ideologicamente d'accordo con l'impostazione del disegno di legge.

Continuo ad insistere sull'audizione che il prof. Gubert ha svolto in Commissione, ci siamo visti tre giorni fa in albergo a Resistenza, in Argentina e le assicuro che la mia interpretazione è quella giusta, che poi lui abbia ritirato questo fatto, perchè si è reso conto che Tonelli ed altri potevano usare questa sua affermazione ai fini demolitivi del disegno di legge stesso, questo è un altro discorso.

Anche in queste associazioni c'è la paura che i 50 miliardi che questo disegno di legge stanziava possano andare alla moglie di Agnelli ed è esattamente così, perchè se noi guardiamo l'incasellatura delle proposte che vengono fatte nel disegno di legge e le raffrontiamo con lo spaccato sociale della nostra realtà del Trentino-Alto Adige, ho dei grossi dubbi che la casalinga, costretta ad essere tale, è casalinga perchè non trova lavoro o perchè determinati meccanismi le impediscono di trovarlo, la fascia sociale dell'eventuale bisogno non si iscriverà mai all'albo che qui è previsto, albo che è una finzione giuridica, inventata per poter dare una patente previdenziale ad un disegno di legge che di previdenziale non ha niente.

Il famoso problema del riconoscimento del lavoro casalingo, in questo disegno di legge, non esiste, qui dentro c'è il riconoscimento della procreazione, del fatto di essere madre, ma questo non ha niente a che vedere con il lavoro casalingo, semmai è un assegno di natalità che anche regimi del passato hanno inventato. Infatti l'intervento del cons. Taverna, che è fascista coerente, ha sostenuto in maniera molto forte nel suo intervento, viva l'assegno di natalità perchè un popolo non ha futuro se non fa figli e in questo arriva l'appoggio pieno a questo tipo di discorso. Ma questo non è riconoscimento del lavoro casalingo, semmai è riconoscimento del lavoro di gravidanza, ma non ha nulla a che vedere con il lavoro casalingo, non penso che la maternità possa essere considerata lavoro casalingo.

Le altre cose che sono qui previste sono micidiali. Si riceve l'assegno di educazione se non si usano i servizi pubblici, ma quale fascia sociale è nel bisogno di ricevere un contributo, che poi è talmente modesto da non risolvere determinati problemi, a condizione di non usare il servizio pubblico. E' ideologico da una parte, ma dall'altra è micidiale in termini concreti, non risolve alcun problema, perchè chi ha bisogno di andare a lavorare non firmerà mai una cosa del genere, cercherà una soluzione attraverso la nonna, il nonno, lo zio ecc. per sistemare i figli per un certo numero di ore al giorno e poter accedere ad un secondo reddito, che è ormai necessario per vivere nella società in cui viviamo.

Quelli che invece possono permettersi questo discorso o sono coloro che hanno fatto una scelta ideologica, che è quella che la madre non lavora, perchè deve stare a casa ad educare i figli, ma quelli che fanno questa scelta ideologica sono quelli che hanno anche un reddito che possono permetterselo, per cui il marito ha un reddito tale per cui la moglie può fare questa scelta ideologica, oppure per una scelta storica, culturale, area di agricoltori, contadini, nella quale storicamente si lavora la terra, la moglie è casalinga solo per modo di dire, perchè la moglie agricola non è mai soltanto casalinga, fa tutta una serie di lavori pesantissimi, l'allevamento di animali domestici, tutti questi sono compiti della moglie nella famiglia contadina e comunque anche se non ci sono questi compiti la moglie nella famiglia contadina

non svolge soltanto il lavoro domestico, ma svolge anche il lavoro agricolo, di aiuto al marito.

Queste sono le fasce che possono accedere ai benefici di questa legge. Quindi siamo in una situazione errata anche da un punto di vista della distribuzione del denaro pubblico.

Non si parli poi dell'assegno di ospedalizzazione che è una cosa pazzesca, perché se teniamo conto che noi diamo l'assegno di ospedalizzazione solo dopo il 4° giorno di ricovero, quando su tutte le leggi sanitarie nazionali il tentativo è quello di andare alla diminuzione la più contenuta possibile del numero di giorni di ospedalizzazione, appunto per i costi collettivi enormi, puntando invece sulla prevenzione, su altri tentativi di cura della malattia, questo articolo risulta in contraddizione con un ragionamento di questo tipo. Se lo paragoniamo poi al discorso delle fasce sociali che possono usufruire di questo disegno di legge, il risultato è sotto gli occhi di tutti.

L'altra questione che volevo sottolineare è quella della possibile creazione dei due enti, altra cosa assolutamente inaccettabile. Se teniamo conto che questa legge distribuisce quattro assegni, per essere chiari, e creare un ente a Bolzano e uno a Trento per questo tipo di operazione, è veramente incredibile.

Penso che questa parte della legge andrebbe comunque cassata, o si opera attraverso gli assessorati o attraverso l'INPS, ma non credo che l'INPS accetti di gestire una cosa di questo genere, semmai l'INPS può accettare di gestire un'eventuale pensione alle casalinghe, ma si rifiuterà categoricamente di distribuire assegni a chi va all'ospedale 5 giorni, assegni di natalità o cose di questo tipo, non c'è ombra di dubbio che a questo punto rimarrà l'alternativa di agire direttamente attraverso gli assessorati o di creare qualche ente per politici pensionati che non sanno che cosa fare, auto blu, autista, sede, sedie, tutte cose di cui alla fine la spesa in conto corrente dei due enti sarà superiore alla spesa di distribuzione degli assegni. E' una cosa assolutamente inaccettabile.

Quindi sono queste le ragioni che noi abbiamo tentato centomila volta di spiegare, che sono assolutamente sbagliate e contenute all'interno del disegno di legge.

Non si può dire che l'assegno di natalità, siccome si tratta di una legge previdenziale, va riconosciuto a tutte le donne, ma scherziamo, voi credete che sia un'operazione seria e giusta che la moglie di Agnelli, facendo sempre un esempio, pagando 176 mila lire all'anno possa ricevere 3 milioni e mezzo quando fa un figlio? Vi sembra una cosa corretta?

Nel mondo in cui viviamo oggi, con tutte le problematiche che abbiamo di fronte noi spendiamo una parte di questi 50 miliardi per dare l'assegno di natalità, che abbiamo voluto incastonare per una ragione politica sulla competenza previdenziale. La Giunta regionale meglio farebbe di dare i soldi alle due Province, basandosi sugli elementi di previdenza sociale che effettivamente vanno affrontati in questa regione.

Lavoro stagionale. Se ne sta parlando da anni nell'ambito del discorso degli enti bilaterali, se possiamo dare una mano da questo punto di vista, per garantire ai lavoratori del turismo che è una parte importante della nostra forza lavoro, per lavoratori di altri settori, anche dell'industria che hanno occupata una parte dell'anno in attività lavorativa, se è possibile integrare, attraverso delle forme da valutare, fino all'anno intero di contribuzione.

Problemi dei nostri emigrati, studiare la possibilità se attraverso le competenze della Regione, come del resto è stato fatto con la leggina che dava il contributo per il riscatto dei contributi maturati all'estero, è una legge valida nella regione Trentino-Alto Adige fino a questo momento; cioè problemi effettivamente previdenziali da valutare a livello regionale, da incastonare anche in questo il riconoscimento del lavoro casalingo ed il resto diviso alle due Province per fare interventi assistenziali a chi ne ha bisogno. Quindi non attraverso un

meccanismo contributivo ridicolo, perchè di questo si tratta, distribuire milioni a chi non ne ha bisogno.

Credo questo sia una cosa assolutamente errata, se c'è un discorso anche della sana amministrazione, che deve fermarci, a meno che non siano tali i contributi versati da superare largamente, cioè non si faccia per legge un discorso di solidarietà, per cui se uno vuole effettivamente contribuire a un discorso solidale lo può pure fare, ma allora il versamento della moglie di Agnelli non può essere 176 mila lire all'anno, deve essere 17 milioni e 600 mila lire all'anno, paragonato al reddito, in percentuale durissima, altrimenti credo che la moglie di Agnelli non ha assolutamente bisogno di mettersi nell'elenco delle casalinghe per avere l'assegno di natalità o di educazione o l'assicurazione per malattia. Si paghi la sua assicurazione privata, che del resto ne avrà probabilmente già 500, come ha 22 mila carte di credito fra poco, la moglie di Agnelli, le consigliere regionali ecc., non hanno assolutamente bisogno di questo tipo di contributo.

Questa è una ingiustizia che noi andiamo a fare, è un'ingiustizia all'interno del disegno di legge, è un'ingiustizia in generale, perchè noi introduciamo una disparità fra chi lavora e chi non lavora, anche da questo punto di vista, l'abbiamo dimostrato in Commissione, l'assegno di natalità che qui viene previsto è superiore a quello che complessivamente ricevono le donne di determinate categorie del privato, le operaie che lavorano in fabbrica, è superiore, quindi andava integrato fino a quella quota, quantomeno bisognerebbe utilizzare un ragionamento di questo tipo.

Se noi introduciamo il discorso dell'albo delle casalinghe, quindi un discorso previdenziale, tanto deve effettivamente riguardare il lavoro casalingo e avere per questo lavoro delle fasce di contribuzione che siano parametrare in maniera seria alle fasce di reddito, che viene accumulato all'interno del nucleo familiare.

Il modo con cui è stato congeniato questo disegno di legge non è accettabile, perchè si è fatta una scelta ideologica, che è quella di andare nella direzione assistenziale, vestendo le norme di un carattere previdenziale che non hanno e nel momento in cui sono previdenziali sono anche ingiuste, perchè vanno a rispondere a bisogni sociali che non esistono, mentre i vari bisogni rischiano di essere tagliati fuori completamente dal disegno di legge che voi avete presentato.

Per cui rimane, per quanto ci riguarda, una obiezione totale su questo disegno di legge: sul discorso previdenziale rispetto al lavoro casalingo vedremo, ma sul modo con il quale è stato affrontato il problema cosiddetto "pacchetto famiglia" all'interno di questo disegno di legge noi siamo totalmente contrari.

Siamo contrari all'assegno di natalità in questo modo concepito, che è un assegno che ha il sapore Mussoliniano o Hitleriano, tanto per essere chiari; siamo contrari all'assegno di educazione, perchè è esclusivo del servizio pubblico e noi siamo convinti che l'esclusione dal servizio pubblico sia errata, soltanto i pazzi possono oggi affermare che per il bambino non è fondamentale la socializzazione che avviene all'interno del cosiddetto servizio pubblico; non nego l'importanza enorme che hanno la madre e il padre per il bambino, chi di noi ha perso la madre o il padre nell'età giovanile sa che cosa vuol dire la mancanza di una di queste figure, secondo me il problema è la madre e il padre nell'ordine, perchè c'è anche un ordine gerarchico soprattutto nei primi anni di vita e non c'è ombra di dubbio, questo è un problema importante, ma dall'altra parte la socializzazione è fondamentale.

Del resto credo che voi, come me che vi occupate di problemi di tossicodipendenza, di devianza giovanile e di altri problemi, sapete bene quanto la famiglia sia fondamentale da questo punto di vista e quanto non sia vero che il ragazzo che proviene da una famiglia nella quale è stato cullato dai genitori e non è mai andato all'asilo-nido, non ha mai

avuto incontri cattivi ecc. sia immune dalla devianza e della delinquenza, non è vero per niente, perchè molto spesso la violenza è all'interno della famiglia, che va educata essa stessa ad essere educatrice, i genitori stessi hanno bisogno di essere educati ad essere educatori. Si nasce quasi tutti fisicamente capaci di fare figli, ma questo non vuol dire essere capaci di educarli, per la qual cosa si deve disporre di un meccanismo culturale diverso.

Per queste ragioni siamo totalmente contrari all'impostazione di questo disegno di legge, sull'altro discorso della pensione alle casalinghe vorremmo esaminare nel merito quando verrà presentato il secondo provvedimento, ma nel frattempo voteremo contro il disegno di legge, faremo la nostra battaglia, spero che la proposta avanzata possa contribuire alla revisione di alcune questioni, possa se non altro continuare a migliorare una legge errata nell'impostazione, ma tanto sarà verificato nel proseguo del dibattito politico.

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Tonelli.

Die nächste Wortmeldung ist vom Abg. Marzari.  
Sie haben das Wort.

**PRESIDENTE:** Grazie, cons. Tonelli.

Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Marzari.  
Prego, consigliere.

**MARZARI:** Signor Presidente, in effetti quest'aula non è che faciliti molto il confronto, non solo per questioni tecnologiche di un impianto di amplificazione che non rende come ciascuno di noi potrebbe desiderare, ma anche perchè troppo spesso abbiamo dovuto essere testimoni di un confronto, che se non è tra sordi è comunque muto, nel senso che troppe volte siamo costretti a ripeterci nei concetti, perchè troviamo dall'altra parte una sorta di muro di gomma, che risponde con argomentazioni che non sono pertinenti con le questioni che andiamo ponendo.

Questo vale tanto più di fronte ad un provvedimento importante, delicato, rilevante da molti punti di vista, come quello che la Giunta ha proposto.

Questa è una legge su un problema che da tempo doveva essere affrontato, che in qualche modo abbiamo sfiorato cercando di anticiparlo con alcuni pronunciamenti e impegni nelle legislature trascorse, ma che si è potuto estrinsecare, in ipotesi ancora perchè siamo di fronte ad una proposta, soltanto nel momento in cui la Regione è stata dotata di più significative risorse finanziarie. Però – aggiungo io – di fronte a delle competenze su cui non sto adesso a sottilizzare in termini di confini, ma che sono abbastanza chiare nello Statuto e che adesso andiamo a riempire con un intervento molto sostanzioso anche dal punto di vista dell'investimento e della spesa, non si capisce come le Province abbiano potuto andare avanti in questi anni, incrementando i loro bilanci e quindi anche gli interventi, andando a coprire le loro competenze e la Regione invece restare sempre al palo fino ad un anno fa.

Denuncio queste cose per dire la scarsità dell'investimento che le forze politiche della maggioranza hanno fatto sull'ente Regione rispetto all'investimento, di idee, di sforzi, di convinzioni che hanno fatto sulle due Province.

Questa legge è nata in qualche misura nell'equivoco e si porta dietro tutta una serie di equivoci, condizionata com'è dall'improvviso esplodere delle risorse disponibili e legge che da un lato non ha sviluppato un confronto approfondito con le parti sociali, perchè questo non si può affermare, se è vero, come ho appreso ieri e come è stato detto stamattina in una conferenza stampa, che si è tenuta alle 11.00 da parte delle organizzazioni sindacali, che la Giunta si era impegnata, prima di portare in aula questo disegno di legge, a confrontarsi e trattare in modo approfondito il complesso della materia con le organizzazioni

sindacali, non solo con quelle della provincia di Trento, perchè lì risiede anagraficamente il Presidente della Giunta o l'assessore competente, ma con le organizzazioni sindacali di entrambe le province.

Non solo, ma è una legge che non tiene conto delle priorità, rischia, proprio perchè dispone a monte di una dotazione finanziaria abbastanza vasta, di mettere assieme cose utili, cui possiamo riconoscere priorità, con cose meno utili, che quindi potrebbero essere considerate in un secondo tempo.

E' una legge inoltre che non è riuscita mai a dimostrare quanto costerà in proiezione futura, perchè conti attendibili, fatti in maniera seria da esperti, oltre che da conoscitori della situazione socio-demografica di questa regione, non ci sono mai stati forniti. E quindi è una legge che rischia di far scoprire domani, non so se alla Regione o alle due Province, dei buchi grossi su una materia delicata, rispetto alla quale cittadini che in qualche modo si scopriranno creditori di un diritto, certamente faranno di tutto per mantenere questo tipo di diritto.

A me pare di poter dire che tutti gli interessati ad una rivalutazione nella considerazione dell'ente pubblico verso la famiglia e tutti gli interessati ad una rivalutazione del lavoro casalingo e noi siamo tra questi, avendo anche a livello nazionale proposto alcuni interventi che si muovono in questa direzione, avendo spuntato risultati parziali, tutti gli interessati in termine di singole persone e anche di organizzazioni e alla rivalutazione della famiglia e a quella del lavoro casalingo, più che questo pacchetto che oggi è in discussione, fatto di questi 35 articoli, attendono il cosiddetto secondo pacchetto, ed hanno ragione dal mio punto di vista, perchè lì sono inserite questioni più fondate, priorità più certe e riconoscibili rispetto a questo prima.

Del resto, se voi leggete con attenzione, come abbiamo fatto noi, anche perchè siamo stati omaggiati da un gradito di fiori ieri, il messaggio che accompagnava quei fiori dice: speriamo che approviate il Familien-paket, ma attendiamo soprattutto che la seconda parte venga affrontata; poi si dilungano nel dire quanto a loro preme: la possibilità dei versamenti volontari per la pensione minima, la costituzione della pensione a favore delle donne che non avrebbero il diritto ad acquisirla attraverso la volontaria sopra i 45 anni e poi evidentemente gli assegni familiari e di educazione.

Allora penso che non si può chiedere a questo Consiglio e singolarmente a ciascuno di noi di ragionare solo su questa prima parte, ma bisogna cominciare a tenere assieme tutto l'ordine dei problemi, che in qualche modo sono posti alla nostra considerazione.

E' per questo che noi riteniamo che una momentanea battuta d'arresto, che poi in termini di tempo non significa un allungamento dei tempi, sarebbe stata più che necessaria, proprio per consentirci di riformulare l'ordine delle priorità.

Vengo rapidamente ad alcuni aspetti di contenuto, del resto già sottolineati da molti altri colleghi ed in particolare dai colleghi Chiodi e Rella. Noi condividiamo alcune delle scelte che sono dentro questo disegno di legge e altre che sono prefigurate in un futuro disegno di legge e in particolare diciamo la nostra condivisione senza riserve in termini di obiettivo, salvo poi discuterne eventualmente, la organizzazione pratica, noi condividiamo l'assegno di maternità, la rivalutazione degli assegni familiari, che deve essere più pronunciata e deve partire dal primo figlio, condividiamo la istituzione di un fondo che consenta di aiutare il pagamento della volontaria alle casalinghe che possono vantare qualche breve periodo di lavoro dipendente e quindi raggiungere la pensione integrata al minimo, noi siamo per il fondo che istituisca una pensione ad hoc per il lavoro casalingo, sappiamo che riguarderà al 99% le donne, ma parliamo di lavoratori che prestano il loro lavoro per la cura della famiglia, o comunque di persone che fanno riferimento alla famiglia, noi siamo per la integrazione infine delle possibilità di acquisire

minime forme di previdenza per le fasce che definiamo deboli, cioè i precari e i stagionali.

Queste, secondo noi, sono quattro grandi priorità che dovrebbero figurare ai primi posti nelle nostre preoccupazioni, anche in ordine di tempo e anche in ordine di risorse, poi se abbiamo ulteriori risorse e se questa Regione non ha altro di utile a favore della collettività da fare può anche spingersi oltre.

Perchè dico questo con una sorta di indicazione pragmatica? Perchè mi domando l'effetto che potrà avere questa proposta di legge a livello del Governo che la esamineranno. Penso che rischiamo un grosso effetto boomerang, non alludo qui ai cavilli che possono essere trovati per dire questo non vi compete, questo non lo potete fare e perciò una eventuale bocciatura, sempre possibile peraltro, alludo all'effetto che può avere una decisione della Regione Trentino-Alto Adige di disporre alcune previdenze che non ho nominato perchè non riconosco così prioritarie, sull'intero paese, sulle altre regioni.

Il punto di domanda che nasce su come le risorse riservate a questa regione vengono impiegate e sul perchè altre zone del paese, nelle quali magari si produce come e più di qui, non hanno queste possibilità di intervenire ad integrare una serie di previdenze minime che lo Stato garantisce a tutti i cittadini. Io metterei nel conto anche questo, perciò mi pare che una proposta che sia un attimino più austera e che guardi realmente alle priorità e alle questioni riconosciute prioritarie anche a livello nazionale, mi parebbe più idonea che non questo procedere in modo un po' disordinato.

Del resto leggo sull'"Avvenire" di ieri, l'avevo comperato ad hoc perchè mi interessava leggere il testo integrale del discorso della CEI dei Vescovi, su come funziona la vita pubblica collettiva di questo paese, ho trovato in un trafiletto la protesta delle casalinghe in piazza contro i tagli della finanziaria. Quali tagli? I tagli per l'assegno di maternità alle casalinghe, per esempio, il fatto che nella legge finanziaria vengono ristornati un'altra volta i fondi promessi per questo tipo di provvidenza, approvata agli inizi di quest'anno, proprio su proposta anche nostra, poi confluita in un testo divenuto più complessivo.

Voglio dire che c'è una richiesta che non è solo quella delle donne di questa terra, ma è una richiesta più vasta che fanno tutte le donne e che sta nei loro diritti. Ecco la ragione per la quale a me sembra che dovremo procedere con un attimo di maggiore austerità ed anche parsimonia e senso della misura e priorità nella scelta degli obiettivi.

Questo è un ragionamento molto sintetico sui contenuti, non vado oltre a dire fin dove potremmo essere d'accordo e perchè non lo siamo su altri aspetti, come l'assegno di educazione, che è diventato di cura, come gli aiuti per la malattia e la degenza ad alcune categorie di lavoratori, come l'aiuto a pagare una differenza tra quello che pagano oggi e quello che dovranno pagare domani, in virtù della finanziaria, alcune categorie di lavoratori agricoli.

Non mi dilungo perchè lo hanno fatto altri colleghi e poi lo potremo fare nel corso della discussione articolata.

C'è un altro aspetto di ordine generale che ci preoccupa e cioè la non chiara definizione tra assistenza e previdenza e quindi il confronto che si apre tra Regione, quello che manterrà la Regione in termini di competenza e di capacità di amministrazione e le Province, che hanno competenza in materia assistenziale e che più opportunamente potrebbero gestire anche queste forme integrative.

L'altra questione è la possibilità concreta che si verifichi di fatto uno sperpero di risorse materializzato dal mantenimento di istituti a ciò deputati, INPS e INAIL, che sono presenti con sedi regionali e provinciali sul nostro territorio e la volontà di creare nuovi istituti. Io sono invece per darci la possibilità di mettere lo zampino dell'autonomia dentro quegli istituti, con convenzioni, con supporto di personale se necessario, con definizione di protocolli di procedure ecc., affidando a quegli istituti anche queste forme previdenziali. Non vedo nè

istituti autonomi, nè gestioni dirette da parte di un ente pubblico politico, a rappresentanza generale qual è l'ente Regione e men che meno le due Province in materia di integrazione previdenziale.

Altro è il discorso che ho già fatto riguardo all'assistenza, dove opportunamente vedo un ruolo esclusivo delle due Province e la Regione potrebbe disporre finanziamenti alle due Province, come fa già oggi in altri settori distanti da questo. I vigili del fuoco hanno un bilancio che è garantito da una certa ripartizione della Regione, quindi non scopro l'acqua calda.

Per tutte queste ragioni di ordine culturale, di metodo che si è adottato, di confronto non sviluppato fino in fondo, di contenuto soprattutto, di preoccupazioni di quadro più generale, io credo che serva una riapertura del confronto e il rinvio in Commissione della materia, non per ripartire da zero, perchè ormai quel che pensiamo sui diversi punti lo abbiamo detto e abbiamo verificato un largo incontro su alcuni obiettivi, che sono i più importanti, quindi non c'è qui problema di qualcuno che non vuol far niente, ci mancherebbe altro.

Voi pensate che siano solo le donne vostre, cioè quelle che fanno riferimento alla vostra maggioranza che chiedono queste cose e non anche quelle che fanno riferimento ad altri per caso? Ci fate così tonti!

Allora se ci diamo reciprocamente rispetto, dovremmo capire che la nostra richiesta di tornare in Commissione con "Beiden Paketen" e lì decidere quello che dal secondo viene al primo e quello che dal primo va al secondo, quello che va cancellato e quello che va aggiunto, per non lasciare fuori nessuna delle possibilità, è una richiesta seria che non ci fa perdere tempo, ma ci fa recuperare in consenso e in possibilità di confronto anche con le forze sociali.

Per questo, pur avendo detto qui chiaramente che alcune cose sono condivisibili, altre no, sono costretto in questa fase a dichiarare una contrarietà al proseguimento dell'iter di questo disegno di legge, in assenza di una possibilità di un confronto, non solo sul secondo in fase di recupero, ma sul secondo assieme a questo.

**PRÄSIDENT:** Damit ist die Rednerliste früher als erwartet erschöpft und ich darf den Regionalassessor Morandini, der so lange gewartet und aufmerksam zugehört hat – dafür möchte ich ihm danken – für seine Replik bitten.

**PRESIDENTE:** La lista degli iscritti a parlare è stata esaurita prima del previsto. A questo punto darei la parola all'Assessore Morandini che ha atteso così pazientemente e attentamente, – e per questo lo ringrazio – per la sua replica.

**MORANDINI:** Grazie Presidente. Debbo preliminarmente dire, cari colleghi, che al di là del contenuto dei singoli interventi, che peraltro ho ascoltato con molta attenzione, vi ringrazio sinceramente, perchè mi pare che questo esprima tutta l'attenzione, la sensibilità che anima ciascuno su questi temi. Penso che almeno vada dato atto che finalmente si parla anche di queste cose in Consiglio regionale.

La seconda premessa che tengo a fare riguarda il coinvolgimento dei colleghi delle realtà sociali su questa materia. Sicuramente avrò molti limiti, su questo punto peraltro penso di aver fatto nei limiti del possibile tutto quanto era nelle mie facoltà come assessore e come semplice cittadino per confrontarmi, per sentire fuori e dentro quest'aula i pareri dei colleghi, per vedere di arrivare insieme a elaborare delle proposte, in sostanza per confrontarci su questo.

Mi pare che il confronto è soltanto avviato, non è sicuramente chiuso e quindi

da questo punto di vista resta tutta aperta questa possibilità di confronto.

Devo quindi partire doverosamente con il rispondere a varie domande che avete posto e vado subito su una questione di fondo, che è stata sollevata da molti colleghi, perchè seriamente si pongono il problema di quale tipo di competenza legislativa esercitiamo, di quale sia l'ambito entro cui la regione si debba muovere e quindi come si può concretare, fin dove arriva questa competenza integrativa.

Debbo subito dire che vari interventi hanno ipotizzato la non competenza, da questo punto di vista tre cose sono assodate: primo, non è facile certo distinguere, tanto più oggi alla luce degli ultimi sviluppi, fin dove arrivi l'assistenza e fin dove arrivi la previdenza, penso che è un terreno così arduo da delimitare, che non è sicuramente il Consiglio regionale di questa Regione in grado di farlo, ci ha provato più volte e mi pare che con una sentenza sia riuscita almeno a fissare un punto fermo la giurisprudenza della Corte costituzionale, la quale ha detto, con una sentenza che è rimasta storica, che sicuramente fra i vari criteri, per dire che siamo nel campo della previdenza, molti opinabili, alcuni un po' meno, uno c'è sicuramente ed è quello che allorquando è previsto un versamento contributivo da parte di potenziali utenti, naturalmente che abbia natura periodica, l'intervento ha natura previdenziale.

Debbo precisare, da questo punto di vista, che c'è il conforto, in questo senso, anche dei funzionari governativi con i quali ho intrattenuto rapporti in questi mesi, proprio perchè era dovere mio quello di vedere in sostanza, per non creare aspettative poi frustrate, di muoversi entro l'ambito della previdenza.

Pur nell'incertezza dei termini resta questo punto che mi pare molto importante, quindi la contribuzione diventa "relata refero" in sostanza, alla luce di quanto i tecnici hanno evidenziato, la contribuzione resta elemento discriminante da questo punto di vista, per cui non c'è più oggi il vecchio concetto di previdenza, ma c'è il fatto che bisogna, allorquando c'è il versamento contributivo periodico, rendersi conto che siamo entro l'ambito della natura previdenziale dell'intervento.

Una terza cosa mi pare importante ed è questa una conquista recentissima, ma estremamente significativa, dentro questi confini non semplici fra assistenza e previdenza, quella che recentemente il Ministero del lavoro, della Previdenza Sociale, del Tesoro ha evidenziato come ambito della competenza integrativa, dicendo che non si fanno leggi in materia di competenza integrativa solo allorquando si viene ad integrare la disciplina statale, questa è previdenza integrativa classica, ma anche quando si interviene con proposte innovative nei confronti di soggetti, peraltro considerati da parte dell'ordinamento giuridico, meritevoli di attenzione. In questo caso potremo dire la cittadina madre ed altri cittadini che sono contemplati in questo primo pacchetto di proposte.

Da questo punto di vista penso di poter dire, con assoluta sincerità, che tutto quanto è stato possibile fare per approfondire il tema della competenza è stato fatto e da questo punto di vista abbiamo anche ricevuto assicurazioni a livello regionale.

Del resto la Regione Trentino-Alto Adige è già intervenuta su questi versanti, quindi non è vero che non ci siano testimonianze di previdenza integrativa attuata, mi riferisco alle leggi oggi in essere, ne ricordo solo qualcuna, quella sul riscatto dei lavoratori all'estero, quella sulla reversibilità della pensione dei coltivatori diretti, le quali sono state ritenute di natura previdenziale da parte dello Stato, in occasione del visto governativo, anche se non sono previsti interventi contributivi da parte degli interessati.

Queste previsioni, che oggi si pongono alla vostra attenzione, hanno questa previsione dell'intervento contributivo, che peraltro in qualche istituto sarebbe neanche necessaria, a detta dei tecnici romani, ma che comunque si è voluta prevedere proprio per garantire questo tipo di natura.

Fatta questa premessa di tipo doverosamente tecnico-giuridico, perchè moltissimi interventi sono giustamente andati in questa direzione, debbo dire molto serenamente perchè è nato questo disegno di legge. Qui sono state fatte molte congetture, le ho ascoltate con molta attenzione, ma vorrei che si tenesse presente che ci muoviamo in un campo limitato di competenza e che non si volesse chiedere a questo disegno di legge le iniziative che non può dare.

Primo. Il disegno di legge è nato semplicemente per prendere atto, pur con tutto il rispetto delle varie opzioni sul campo, per prendere atto che oggi c'è nella società, non solamente trentina o altoatesina, ma comunque a questa società dobbiamo porre attenzione per il nostro compito, c'è in atto una discriminazione a danno delle persone casalinghe.

Badate che questa non è ideologia, è prendere atto, al di là di un tipo o dell'altro di famiglia, che non c'entra con questa legge, come dirò fra poco, è prendere atto di una discriminazione che c'è di fatto. Ripeto, ce ne sono tanti altri problemi, me ne rendo conto, ma mi pare che sino ad oggi la politica non abbia posto attenzione a questo tipo di problema, ha posto attenzione con tanto approfondimento, serietà e sensibilità ad altri problemi, ma su questo versante è sempre stato dimenticato un approccio in questo senso.

A suo tempo qualche iniziativa è stata proposta, ma la presentazione di una proposta di legge, che si vuole porre alla vostra attenzione, mi pare non sia stata pensata. Allora si vuole prendere atto semplicemente di questo e si cerca, è un tentativo che si fa e non è semplice perchè si va a perecorrere un terreno assolutamente vergine, come è stato già evidenziato da qualcuno e si cerca di vedere come si può limitare questa discriminazione in questo senso, non per ricacciare in casa le donne, non per dire che il lavoro extradomestico delle donne non vale niente, personalmente mia moglie lavora fuori casa, è profondamente convinta del suo lavoro, è contenta di avere il suo lavoro, anche se è faticoso dividere e trovare il tempo e la possibilità di conciliare il ruolo di madre e di moglie con quello di lavoratrice, chiaramente apprezzo questa scelta, ma torno a dire che dobbiamo porre attenzione anche all'altro versante.

Da anni abbiamo assistito ad un massiccio ingresso di donne sul mercato del lavoro e questo sicuramente è un fatto di cui dobbiamo prendere atto e che vedo anche positivamente, purché si cerchi di aiutare le donne a contemperare questi ruoli e quindi le valutazioni sui tempi del lavoro, che purtroppo la Regione, per sua competenza, non può disciplinare, è sicuramente un tema da tenere presente, non a caso il gruppo della DC ha presentato in Consiglio provinciale una mozione in questo senso, anche con altri gruppi consiliari.

La realtà peraltro è anche di un certo numero di donne che, nonostante tutto, per loro scelta o non scelta, di fatto lavorano in casa. Allora penso che come politici dobbiamo prendere atto di queste realtà, certo non è semplice fare sintesi di una situazione sociale molto complessa oggi, ma questo disegno di legge, con tutti i limiti che può avere, cerca di mettere i fari su questa realtà.

Allora mi chiedo: queste donne casalinghe che cosa rappresentano oggi per la nostra realtà regionale? Anche visto nell'ambito più generale italiano e europeo rappresentano sicuramente un contributo forte che danno alla società, non soltanto perchè rappresentano il 25% del prodotto nazionale lordo, penso che da questo punto di vista già questo dato è sintomatico, ma perchè in sostanza producono servizi nei limiti in cui lo possono fare, che di fatto vanno a dire che il loro è un lavoro socialmente utile e qui non mi soffermo, anche perchè non vorrei intrattenermi più di tanto su questi temi, perchè più volte in Commissione mi sono intrattenuto.

Ecco il perchè di questa proposta, che tende a vedere cosa dentro il limitato ambito delle competenze regionali si può fare. Lo scopo del disegno di legge è quello di vedere

insieme come si può cercare di pensare, di scrivere strumenti normativi legislativi che riconoscano concretamente il valore sociale di questo lavoro, non per ricacciare in casa le persone che vi lavorano fuori o per dire che il lavoro extradomestico non conta nulla, ma per porre anche l'attenzione sul lavoro casalingo, che a mio avviso è stato oggetto, dal punto di vista di concreti interventi, di scarsa attenzione, naturalmente dentro il limitato ambito delle competenze regionali.

Per cui, anche se sarebbe bello intervenire su vari temi che qui sono venuti fuori, vedi i tempi di lavoro, quindi la flessibilità che giustamente le donne oggi rivendicano, vedi il riordino dei servizi sociali, vedi gli interventi fiscali, in modo da far sì che le famiglie meno abbienti siano meno penalizzate, tutti questi interventi, per quanto importanti, esulano dalle competenze regionali, per cui non ci è dato a noi di poter intervenire, a noi è dato di poter intervenire dentro il piuttosto ristretto, perché la competenza è solamente integrativa, ambito delle competenze previdenziali e quindi già prevedendo due cose: la prima dentro un rapporto sinelagmatico, che vede il potenziale utente versare il suo contributo periodico e alla fine di una certa capitalizzazione ricevere il quantum e dentro la competenza integrativa, che consente oggi anche di prevedere interventi innovativi, purché vadano nei confronti di categorie meritevoli di tutela da parte dell'ordinamento giuridico.

Il tutto colleghi dentro l'Europa. Penso sia noto a tutti che siamo ormai l'unico paese d'Europa a non aver previsto questo tipo di interventi e questo lo dico pensando alle diverse colorazioni dei vari governi che in Europa oggi sono presenti, la Francia, la Polonia, il Lussemburgo, la Germania, la Scandinavia ecc., proprio per far presente che indipendentemente dal colore dei governi politici si è sentita l'esigenza in Europa di intervenire in questa direzione. Questo lo dico perché oggi siamo, da questo punto di vista, il fanalino di coda in questo senso.

Nè va dimenticato anche il fatto che ci sono alcune precise risoluzioni del Parlamento europeo. In più occasioni ha invitato gli Stati membri, fra i quali anche l'Italia, a intervenire in questa direzione, proprio perché ha pensato di individuare questo tipo di interventi fra le priorità degli Stati membri medesimi.

E' questa la ragione molto semplice, attraverso la quale si muove il disegno di legge.

Come concretamente ha cercato di snodarsi questa proposta, prendendo atto di alcune discriminazioni in atto e cercare di porvi rimedio, in che modo? La prima con una cosa che mi pare molto importante, il riconoscimento legislativo, quindi ufficiale e formale, del valore sociale del lavoro casalingo. Da questo punto di vista l'istituzione dell'albo non è qualcosa che va a cercare di mascherare di natura previdenziale, qualcosa che altrimenti natura di questo tipo non avrebbe, ma corrisponde ad una richiesta precisa, che le casalinghe a livello nazionale hanno fatto, cioè per porre un certo ordine all'interno di questa categoria per evitare che ci siano abusi, nel senso che tutte possano dirsi teoricamente potenziali titolari di certi diritti e quindi prevedere particolari requisiti con la titolarità dei quali si può avere diritto all'accesso all'albo.

L'assegno di maternità prende semplicemente atto di questo, che oggi l'esperienza della maternità, qualora vissuta da persone casalinghe, da disoccupati, da studentesse, in sostanza da persone che non sono oggi riconosciute lavoratrici e invece di fatto prestano la loro opera che ha anche un significato sociale, nel caso dell'esperienza della maternità non ricevono quella indennità che invece giustamente ricevono le altre donne che sono considerate, dal punto di vista giuridico, lavoratrici.

Quindi non si tratta assolutamente, colleghi Meraner e Berger, di monetizzare la maternità, avete pienamente ragione che da questo punto di vista è un'esperienza così importante, da una funzione sociale così ampia che non sarebbe sicuramente il caso nemmeno di

pensarci, ma si tratta di prendere atto che c'è questa discriminazione e quindi se vogliamo porre sullo stesso piano la maternità per tutte le donne va fatto questo intervento.

Per quanto riguarda la giusta osservazione che prima qualcuno faceva, ma che già ho recepito a suo tempo perchè avevo presentato l'emendamento relativo, nel senso che se ci sono oggi possibilità di sperequazione se introduciamo questo tipo di assegno, con riferimento a soggetti che ne prendono uno inferiore, ho già dato disposizioni agli uffici perchè prevedano un intervento integrativo, in modo da riportare una equità anche quantitativa in questo senso.

Del resto penso sia sotto gli occhi di tutti il fatto che oggi la maternità è anche culturalmente penalizzata, ora non è che un'indennità di maternità toglie questa penalizzazione, ma nei limiti della competenza previdenziale, siccome la previdenza può intervenire solamente in termini di intervento finanziario, mi pare che cercare di togliere almeno questa discriminazione questo sia il meno.

Vorrei dire fra l'altro che questo intervento ha piena natura di previdenza integrativa, perchè integra sia la legge statale n. 1204 del 1971 per le lavoratrici dipendenti, sia la legge statale n. 546 del 1987 per le lavoratrici non dipendenti.

Da questo punto di vista anche l'intervento per gli infortuni domestici ha la stessa logica, cioè prende atto che trattandosi di lavoro quello prestato dalla persona casalinga, allorquando questa si infortunia nel suo lavoro ha diritto alla tutela per gli infortuni allo stesso modo che hanno diritto le altre persone considerate lavoratrici e quindi per questa ragione si interviene in questa direzione, proprio perchè consegue al riconoscimento della funzione casalinga come lavoro questo tipo di intervento.

Quanto alle osservazioni sull'assegno di cura debbo solamente farmi carico, a nome della Giunta, anche proprio di una domanda che è venuta da tantissimi potenziali utenti e che le ricerche hanno evidenziato. Mi pare che due sono domande di fondo che i potenziali utenti hanno evidenziato in questo senso, la prima che allorquando i genitori interessati sono nella necessità di porsi a fare la scelta in questa direzione, se possibile, se fossero messi in grado, preferirebbero di gran lunga far sì che uno dei due potesse restare, almeno per i primi tempi della vita del bambino, a accudire ai propri figli e qualora non potessero per ragioni di vario tipo preferirebbero di gran lunga la baby sitter all'asilo nido.

Sono queste due le istanze che sono venute fuori da queste ricerche, mi pare che in questa direzione va la proposta che si è fatta. Debbo anche dire che la proposta che si era fatta originariamente riguardava un'entità più alta dell'assegno di educazione e arrivava fino al terzo anno di vita del bambino, ma poi evidentemente la riduzione del quantum finanziario richiesto ha costretto purtroppo a intervenire in questi termini.

La stessa cosa riguarda l'assegno al nucleo familiare, che mi rendo conto oggi rappresenta poca cosa, ma che nella previsione originaria aveva ad oggetto tutte quante le persone presenti in famiglia, mi riferisco ai figli maggiorenni e minorenni ed estendeva ai primi la possibilità di un intervento integrativo.

Quanto alla paventata possibilità che si arrivi a intervenire nei confronti delle fasce socialmente più forti, vorrei evidenziare che questo tipo di preoccupazione è stata costante nel lavoro e nella stesura del disegno di legge e siccome trattasi di interventi previdenziali per cui non possiamo togliere la teorica possibilità a tutti i soggetti di accedervi, perchè la previdenza ha questa natura generale, allora si è prevista la graduazione della contribuzione sul reddito e mi pare che le fasce di reddito introdotte siano tali da assicurare che le fasce socialmente più abbienti siano disincentivate ad avvalersi di questi istituti.

Questo primo pacchetto non rappresenta un'elemosina nei confronti di certe categorie, è vero che gli interventi previsti inizialmente sono stati purtroppo ridotti, ma rappresenta comunque un messaggio molto forte che viene dato alla società, perchè in sostanza

interviene con alcune innovazioni che tendono ad andare nel riconoscimento di questo valore sociale e dentro i limiti delle competenze previdenziali, a cercare di farsi carico naturalmente con gli strumenti che sono previdenziali e quindi con l'intervento finanziario.

Allora, amici, il nodo non è quello di scontrarsi su quale tipo di famiglia vogliamo porre in essere con questo disegno di legge, vorrei sbarazzare il campo da alcuni interventi che sono stati fatti, perchè probabilmente non hanno avuto il tempo o l'occasione di leggere le norme, qui la questione non è in questi termini, come avete potuto vedere gli interventi vanno nelle direzioni delle famiglie in generale e quindi è abbastanza ideologico l'osservazione di chi si pone, da un punto di vista di previsione legislativa costituzionale, per dire che non sono oggetto di attenzione le altre famiglie.

Mi pare importante sottolineare questo, proprio perchè è un dato di fondo su cui vale la pena riflettere.

La legge non è nè ideologica, collega Berger, perchè lei converrà con me che il discorso della famiglia non è oggetto di questa previsione normativa, nè quindi vuole attestarsi su modelli precostituiti, il problema è che quando si prevede la famiglia così come è prevista dalla Costituzione, questi sono vincoli giuridici dal punto di vista della tecnica legislativa che il Governo ci ha imposto, ma comunque gli interventi poi vanno in direzione molto più vasta.

Lo scontro, che penso di aver sempre dato prova di cercare di evitare, non è su quale tipo di famiglia vogliamo, ma penso che oggi la questione di fondo sia quella di chiederci di fare in modo che la donna e l'uomo siano effettivamente liberi di scegliere e quindi è tutt'altro che tornare indietro, cioè sia cercare di porre la coppia nella possibilità di scegliere, soprattutto in quei momenti in cui si accumulano spesso responsabilità professionali, educative, verso la famiglia e fuori, di metterli nella possibilità di scegliere quando ritengano di avere dei figli, di allevarli ed educarli e quindi voglio dire cercare di dare questa possibilità di scelta, che oggi ci pare profondamente compromessa.

Certo non è che questa proposta di legge dà una piena possibilità di scelta per le riduzioni, non dovute a mia volontà, che sono state operate, però certo che va in questa direzione e quindi si muove in questo senso.

E' quindi un'applicazione, come faceva rilevare il cons. Boato nel suo intervento, del principio di sussidiarietà. Voi sapete che molte volte abbiamo parlato di questi temi, ma abbiamo anche detto che poco varrebbe il nostro impegno se non cercassimo di concretizzare nelle norme questo principio e allora questo principio non vuol dire soltanto fare in modo che sia fatto dalle realtà inferiori quelli che le realtà superiori vorrebbero tenersi, che possano in sostanza delegare, ma vuol anche dire, in un'accezione che mi pare più stimolante, che le realtà intermedie, e mi riferisco a tutte le realtà sociali, in modo particolare a partire dalle famiglie, siano aiutate a svolgere i compiti che oggi fanno fatica a svolgere.

Quindi l'ente pubblico intervenga laddove può e se interviene nel campo della previdenza non può che farlo soltanto in termini finanziari, intervenga per assicurare questo tipo di aiuto, naturalmente nei limiti in cui il dibattito politico, la mediazione glielo consente.

Dovrei rispondere alle varie domande che mi sono state poste, mi pare peraltro che questo si potrà riprendere in un secondo tempo, perchè potremmo andare, quando si tratterà nella discussione successiva, a rispondere a queste sollecitazioni, volevo solamente dire due brevissime cose per concludere.

La prima. Le paventate differenze, collega Berger, che si realizzerebbero nei confronti delle altre regioni, qualora approvassimo questo tipo di interventi, evidentemente non devono essere viste come una sorta di discriminazione in atto, perchè allora lo stesso discorso varrebbe col secondo pacchetto e con qualsivoglia tipo di misura, vanno viste invece come uno stimolo che la nostra regione fa, come un messaggio che lancia alle altre regioni che pure hanno

questa competenza, perchè si attivino in questa direzione, visto che lo Stato su questo punto è latitante.

Veniamo al secondo pacchetto. Questo contiene sia la possibilità per le casalinghe di procacciarsi una pensione versando dei contributi e con un intervento accostato regionale, sia la possibilità di un intervento per il pagamento contributivo per i lavoratori stagionali, che oggi vivono questo tipo di discriminazione, sia altri interventi che stiamo mettendo in campo.

Vorrei richiamare un attimo la vostra attenzione per dire una cosa che mi pare molto importante ed è doveroso che il Consiglio sappia e che è poi il frutto di quasi due anni di lavoro e che genera a sua volta una proposta dentro quest'aula.

Prendiamo atto che la pensione alle casalinghe oggi è, a differenza di ieri, politicamente percorribile, debbo dire peraltro che questa è una trasformazione abbastanza repentina di questi ultimi tempi, perchè molte persone che sino ad oggi su questo versante erano contrarie, hanno cambiato opinione e questo è solo positivo.

Ci sono peraltro alcune difficoltà giuridiche, su cui dobbiamo fermarci ed è questo che vorrei dire alla luce dei contatti romani avuti. La prima cosa che è "conditio sine qua non" dal punto di vista della sua approvazione è condizione essenziale perchè passi il secondo pacchetto che venga approvato questo primo pacchetto e mi pare che questo ci induca anche ad una gradualità necessaria nei confronti dello Stato, con il quale già si è concordato, parola per parola, questo provvedimento, da questo punto di vista vorrei dire – cogliendo la giusta provocazione del collega Tribus – che questo tipo di provvedimento che si pone alla vostra attenzione è stato concordato parola per parola con il Governo e vi assicuro che non è stata cosa semplice, perchè si tratta di una materia assolutamente nuova, su cui per la prima volta una regione si muove e quindi in sostanza questo è quello che oggi è politicamente percorribile nei confronti del Governo centrale.

Il lavoro che è stato fatto è profondamente importante; sono state contenute varie formulazioni di questa proposta, soprattutto è stato fatto un lavoro di confronto con i colleghi, ma anche di contatti con Roma, profondamenti intensi e difficili.

Ancora due cose e poi ognuno deve assumersi la propria responsabilità. La prima, che il secondo pacchetto passerà solo se passerà il primo pacchetto, questo non lo dico io, ma sono chiarissime note che nei contatti romani sono state evidenziate; la seconda che, trattandosi di materia assolutamente nuova in un caso e anche nell'altro ci vorrà una certa gradualità. Allora penso, se davvero abbiamo a cuore la pensione alle casalinghe, perché non pensiamo di confrontarci su questo primo pacchetto, anche per non cancellare le provvidenze del '91 e quindi, visto che il collega Marzari ha fatto prima una proposta, mi permetto di concludere con la seguente proposta, che naturalmente va incontro in termini molto forti a quanto veniva chiesto ed è quella che, appena approvato in Commissione legislativa il secondo pacchetto, si esamini questo primo pacchetto in aula. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Danke!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zum Übergang zur Sachdebatte. Wer mit dem Übergang zur Sachdebatte einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Bitte zählen! Wer stimmt dagegen?

...Es müssen 5 Abgeordnete einverstanden sein, die den Namensaufruf wollen. Wer sind die 5 Abgeordneten?

...Ja, es sind genügend. Also kommen wir zum Namensaufruf. Wir beginnen mit dem Namen des Abg. Bazzanella.

PRESIDENTE: Grazie!

Passiamo alla votazione del passaggio alla discussione articolata. Chi è favorevole al passaggio alla discussione articolata è pregato di alzare la mano. Prego di eseguire il computo dei votanti. Contrari?

...Devono essere favorevoli 5 consiglieri per chiedere l'appello nominale. Chi sono i 5 consiglieri? ...Sì, sono sufficienti. Passiamo all'appello nominale. Iniziamo con il cons. Bazzanella.

MORELLI: (Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben und dann gleich bitten, einen Augenblick sitzen zu bleiben, weil wir den nächsten Termin vereinbaren müssen.

Mit Ja haben 33 gestimmt, mit Nein niemand und es waren auch keine Enthaltungen. Damit ist die gesetzliche Zahl nicht erreicht und die Abstimmung muß wiederholt werden. Es braucht 36 Abgeordnete für die Mehrheit. Jetzt sieht die Geschäftsordnung vor, daß innerhalb der nächsten 8 Tage der Regionalrat einberufen werden muß. Ich wollte eigentlich fragen, wann die Sitzungen in Trient stattfinden. Wir können am Dienstag, Mittwoch oder notfalls auch am Donnerstag um 10.00 Uhr Vormittag einberufen.

Damit ist der Regionalrat für Donnerstag, den 21. November um 10.00 Uhr einberufen und die Abstimmung wird dann wiederholt.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto. Comunico immediatamente l'esito della votazione e prego di stare un attimo seduti perché dobbiamo concordare una nuova data.

Hanno votato sì 33 consiglieri, nessuno si è astenuto o ha votato contro. Il numero legale non è stato raggiunto e la votazione deve essere ripetuta. Ci vuole una maggioranza di 36 consiglieri. Il regolamento prevede che il consiglio venga riconvocato entro 8 giorni. Volevo sapere quando è stato convocato il consiglio provinciale di Trento. Potremo rivederci martedì, mercoledì o anche giovedì mattina.

Il Consiglio regionale viene riconvocato per giovedì 21 novembre alle ore 10.00 per ripetere la votazione.

La seduta è tolta.

(Ore 19.24)

